

soeben erschienen

Edition FDCL 9

ISIDORO BUSTOS



DIE VERFASSUNG DER DIKTATUR

DIE ENTWICKLUNG DER GRUNDRECHTE IN CHILE

FCL

Anhand der Entwicklung der Grundrechte analysiert Isidoro Bustos Geschichte und Grenzen der bürgerlichen Demokratie in Chile. Die neue, von der Diktatur unter General Pinochet erlassene Verfassung ist der Versuch, Wirtschaftsliberalismus und politischen Autoritarismus festzuschreiben und zu legitimieren.

Herbst 1986, ca. 256 Seiten
ISBN 3-923020-06-6

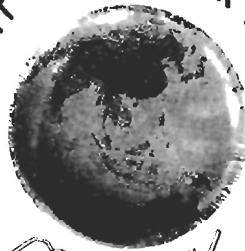
DM 19,80

In Ihrer Buchhandlung oder bei:
LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, D-1000 Berlin 61

FOOD FIRST COMICS

4,50

NICHT GENUG FÜR ALLE?



HUNGER UND VERSCHWENDUNG
USA, PHILIPPINEN UND WIR



Ein Comic wie dieser reicht nicht aus, um das Problem von Hunger und Verschwendung umfassend darzustellen. Er kann dem Leser aber dabei helfen, zu entdecken, daß dies kein trauriges Thema ist, dem man besser aus dem Weg geht, sondern daß man an diesem Problem einiges darüber lernen kann, warum die Welt so ist, wie sie ist.

40 Seiten

DM 4,50

In Ihrer Buchhandlung oder bei:

LN - Vertrieb

Gneisenaustr. 2 1000 Berlin 61

jetzt lieferbar

LATEINAMERIKA nachrichten

14. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN
Berlin (West) April 1987 DM 4,50

158

Das Volk zahlt die Schulden

Auslandsschulden
in Milliarden Dollar

Brasilien 108

Mexiko 103

50 Argentinien

34 Venezuela

24 Chile

14 Peru

13 Kolumbien

9 Ecuador

Aus dem Inhalt:

ARGENTINIEN: Kredite für Musterkneben / **CHILE:** Politische Gefangene im Hungerstreik / Mörderischer Gehorsam / **NICARAGUA:** Contra kritisiert Contra / **VERSCHULDUNG:** Ende der Nachkriegsordnung / **BRASIL:** Das Volk zahlt die Schulden

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	3
— ST. LUCIA: Irangate — und kein Ende	5
— NICARAGUA: Ein Contra kritisiert die Contra	11
— KOLUMBIEN: Mörderisches Kolumbien (Fortsetzung)	16
— VERSCHULDUNG: Das Ende der Nachkriegsordnung	19
— PERU: Überfall auf Universitäten	29
— BRASILIEN: Das Volk zahlt die Schulden	35
— ARGENTINIEN: Kredite für einen Musterknaben	44
— CHILE: Politische Gefangene im Hungerstreik	52
Mörderischer Gehorsam	55
— KULTUR: Berlinale-Nachlese	65
— Ohne Filter — Unabhängige Pressefotografie in Chile '83 - '86	69
— SOLIDARITÄT: Freiheit für Beatriz Brinkmann	71
Gegen das Amnestie-Gesetz in Uruguay	74
Keine Kinderpatenschaften!	75
Orientierungsgruppe für Lateinamerikaner	76
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	77
— EINGEGANGENE BÜCHER	78
— TERMINE	79

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 158
 April 1987
 Jahrgang 14 der CHILE-NACHRICHTEN
 erscheint monatlich
 (mindestens 11 Nummern pro Jahr)
ISSN 0174 - 6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
 V.i.S.d.P.: Christian Klemke
 Druck: Movimento, Berlin-West
 Redaktionsschluß: 19. März 1987

Abo-Preise:
 Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
 Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährig berechnet, angelangene Jahre anteilsmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83 - 103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
 LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
 im Mehringhof
 Gneisenaustraße 2
 1000 Berlin 61
 Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushandigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushandigung umgehend zurückzusenden.

Editorial

Ein Schauspiel besonderer Art fand dieser Tage in Berlin statt. In einem der größten Gerichtsgebäude der Welt, den Messehallen unter dem Funkturm, wurde an sechs Verhandlungstagen dem bundesdeutschen Gesamttouristen der Prozeß gemacht. Die Anklage lautete: Verletzung der Reiseverpflichtungen.

Als Kläger waren Touristikvertreter von ca. 140 Staaten angereist. Ihre Anklage begründeten sie mit der Feststellung, daß eine Nation, die über Jahre hinweg solche Leistungsbilanzen aufzuweisen hat, dazu verpflichtet werden muß, mehr Urlaub im Ausland zu machen. Die Zeugen der Anklage waren hochkarätig: Sonne, unberührte Natur, Erholung und viel Demokratie.

Die Verteidigung dagegen stellte die großartigen Anstrengungen ihres Mandanten in den Vordergrund. Sie verwies auf die zahllosen Neckermann-, Rucksack- und Revolutionstouristen, die, ob traditionell, aktiv, sanft, alternativ oder einfach nur neu, unermüdlich ihren Reiseverpflichtungen nachkämen. Staranwalt TUI legte in seinem leidenschaftlichen Plädoyer die großartigen Leistungen der Touristikbranche in der Unterstützung seines Mandanten offen, nannte Wachstumserfolge und machte Zielvorgaben für die Zukunft, appellierte schließlich an die Kläger, doch endlich die letzten weißen Flecken von der Reiselandkarte zu wischen.

Zum Abschluß kam es zu einem Urteilsspruch, den die Kläger wie Verteidiger gleichermaßen begrüßten: Im Namen der bundesdeutschen Leistungsbilanz wurde der Angeklagte zum Reiseweltmeister auf Bewährung verurteilt. Die Auflagen sehen vor, daß sich der Verurteilte mindestens einmal im Jahr im Ausland bei der jeweils zuständigen Tourismusbehörde melden muß.



WEITERE VERLAGE IM VERTRIEB DER LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Im Herbst 1982 haben die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN, das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile/Lateinamerika e.V. (FDCL) und die PERIPHERIE beschlossen, die Auslieferung ihrer Publikationen gemeinsam zu besorgen. Der neue Vertrieb wurde den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN angegliedert.

Inzwischen konnten neue Partner gewonnen werden. Seit Oktober 1985 sind wir für die Auslieferung der Schriftenreihe ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN der Gesamthochschule Kassel zuständig und seit Mai 1986 für die der Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit der Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung. Seit Juli 1986 vertreiben wir die Bücher des Londoner LATIN AMERICA BUREAU in der Bundesrepublik.

Ab April 1987 sind wir auch Auslieferer für die Bücher des BRASILIEKUNDE VERLAGS, Mettingen, der INFORMATIONSTELLE LATEINAMERIKA, Bonn, und des Buchvertriebs für Entwicklungspolitik, Wien. Zusätzlich übernehmen wir den Vertrieb für die Schriftenreihe URBS ET REGIO der Gesamthochschule Kassel und Organisation und Inkasso für Abonnements der BARRICADE INTERNACIONAL, Managua.

Wir werden die Programme der genannten Verlage in den nächsten Monaten auf den Anzeigenseiten der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN vorstellen. Ein Prospekt mit allen lieferbaren Titeln wird leider erst in einigen Wochen fertiggestellt werden können.

entwicklungsperspektiven GhK FB 6

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

ila bkv brasilienkunde verlag Mettingen

PERIPHERIE ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT

BUCHVERTRIEB für ENTWICKLUNGSPOLITIK

URBS ET REGIO GEE

BARRICADE INTERNACIONAL

Lotin America Bureau Research and Economic Data Services

FDCL

ST. LUCIA

Irangate — und kein Ende

Die kleine karibische Fluggesellschaft St. Lucia Airways ist in die internationalen Schlagzeilen geraten, weil sie geheime Einsätze mit Waffen und Passagieren geflogen hat. Die Waffen waren u.a. für den Iran, die UNITA-Rebellen in Angola und möglicherweise auch die Contra in Nicaragua bestimmt. Die prominentesten Passagiere waren Präsident Reagans ehemaliger Sicherheitsberater Robert McFarlane und Col. Oliver North.

St. Lucia hat zwei Flugplätze, einen kleinen im Norden der Insel, nahe der Hauptstadt Castries, und den internationalen Flughafen im Süden. Zwischen den beiden Flugplätzen verkehrt ein Zubringerdienst der St. Lucia Airways. Vor zehn Jahren, kurz nach Gründung der Gesellschaft, war so ein Inselhüpfer eine sympathische Angelegenheit. Pilot und Copilot machten den Check-in und schoben eigenhändig das Gepäck zu einer alten zweimotorigen DC 3, in deren behäbigem Bauch sie es verstauten. Der Pilot ging einmal kurz um die Maschine, stieß mit dem Schuh gegen die Reifen, um die Luft zu prüfen, man stieg an Bord und ab ging es, quer über die dicht bewaldete, bergige Insel, durch Regenschauer und Nebelschwaden. Es gab einen Hinflug am Morgen und einen Rückflug am Abend. Letzterer fiel aus, wenn sich die Piloten zu lange in der Flughafenbar aufgehalten hatten. Diesen Zubringerdienst betreibt St. Lucia Airways immer noch, aber inzwischen besitzt sie neben ihren Inselhopsern mindestens zwei Boeing 707 und eine, möglicherweise auch mehrere, Hercules-Transportmaschinen - die Arbeitspferde der US-Armee - und ihr Operationsgebiet erstreckt sich über vier Kontinente.

Nach Aussagen von Angestellten der Gesellschaft wurde in letzter Zeit der regelmäßige Frachtflugdienst häufig durch sogenannte "Sonderflüge" durcheinandergebracht. Diese Flüge hatten Vorrang und wurden von besonderen Crews erledigt. Erst als die US-Waffengeschäfte mit dem Iran bekannt wurden, konnten sich die Angestellten einen Reim darauf machen, warum manchmal eine Crew überraschend in den Iran geschickt wurde oder eine andere unvermittelt aus Israel zurückkehrte. "Die Flugzeuge muß-

ten kurzfristig einsatzbereit sein, das war das oberste Prinzip der Gesellschaft", sagte ein ehemaliger Angestellter.

Flugregister und andere Quellen belegen eine Reihe von mysteriösen Flügen. Einige begannen auf dem Kelly-Luftwaffenstützpunkt in Texas und gingen über die Kapverdischen Inseln nach Zaire, wo, gemäß unterrichteter Luftfahrtstellen, Waffen - leichte Waffen, Luftabwehr- und Panzerabwehrraketen - für die UNITA, die von Südafrika unterstützte, gegen die Linksregierung in Angola kämpfende Rebellenarmee ausgeladen wurden. Ein anderes Beispiel ist der St. Lucia Airways 707 Flug vom 25. November 1985, der HAWK-Raketen für den gescheiterten Austausch gegen US-Geiseln im Libanon nach Teheran flog. Im Bericht des US-Senats zur Iran-Contra Affaire wird der Name der betreffenden Fluggesellschaft nicht genannt, es wird lediglich erwähnt, daß sie sich in CIA-Besitz befände. Am 23. Mai 1986 schließlich flog dieselbe Maschine von Ostende, Belgien, nach Tel Aviv mit Zwischenlandung auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein, Westdeutschland. Dieser Flug fand am selben Tag statt, wie die Verschickung von TOW-Raketen durch die CIA nach Tel Aviv und die allseits bekannte Reise von Robert McFarlane und Oliver North über Tel Aviv nach Teheran.

Bereits 1982 wurde eine St. Lucia Airline Maschine in Ruanda beschlagnahmt, und im November 1985 beschwerte sich die türkische Regierung wegen Verletzung ihres Luftraums durch St. Lucia Airways bei der Regierung in St. Lucia und berechnete ihr - da sie fälschlicherweise annahm, es handle sich um eine staatliche Gesellschaft -, US \$ 400 dafür. 1984 äußerten US-Botschaftsangehörige den Verdacht gegenüber der Regierung von St. Lucia, daß die Fluggesellschaft in Waffentransporte nach Nicaragua und im Drogenhandel in Lateinamerika verwickelt sei. Zwei Monate später wurde dies allerdings von US-Seite wieder dementiert.

Die Besitzverhältnisse bei St. Lucia Airways sind nicht klar. Als Besitzer werden gehandelt, ein Rechtsanwalt oder eine Geschäftsfrau aus St. Lucia. Premierminister Compton meinte in einem Interview, die eingetragenen Besitzer seien "Strohmannen bzw. -frauen" und St. Lucia würde nur als "Tarnflagge" dienen, die eigentlichen Besitzer seien Deutsche. Fest steht, daß die meisten Geschäfte über Büros in Fort Charlotte, Florida, und Frankfurt, Westdeutschland, abgewickelt werden. Zum Management gehören die beiden Westdeutschen Dietrich Reinhardt - mit Wohnsitz in Florida - und Peter Meyer,

der die Gesellschaft in St. Lucia managed. Reinhardt leugnet die militärische Natur der Aufträge, sagte aber, er könne sich nicht äußern, da es sich um Geheimaufträge



Wir öffnen doch nicht jede Kiste ...

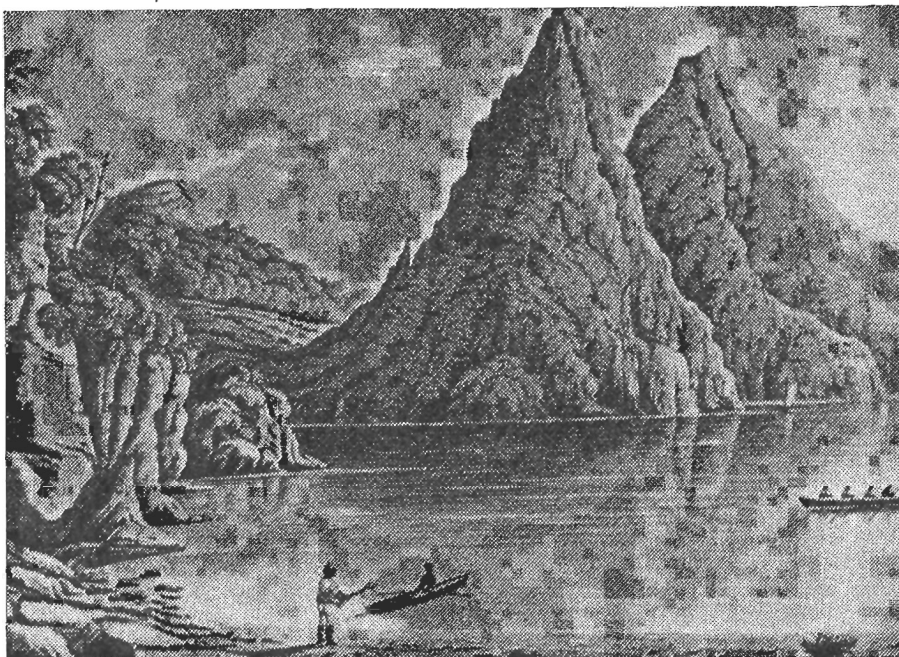
handle. "Wir öffnen doch nicht jede Kiste, um nachzusehen, was drin ist. Wir verlassen uns auf die Begleitpapiere", verteidigt sich Reinhardt weiter. Die meisten Geschäfte, so hat es den Anschein, haben mit Unternehmungen der US-Regierung nichts zu tun. So fliegt die Gesellschaft beispielsweise regelmäßig Hühner aus Belgien nach Afrika und einmal, so Reinhardt, auch fünf Tonnen Kronenkorken für eine Brauerei in Zaire. Ein ehemaliger Angestellter hält allerdings die "Sonderflüge" für das Hauptgeschäft und die anderen lediglich für Zeitvertreib.

Als einzige konkrete Maßnahme, hat Premierminister Compton St. Lucia Airways aufgefordert, den Namen zu ändern, um das Land nicht weiter in Mißkredit zu bringen. Eine Untersuchung der Affaire wurde zwar eingeleitet, aber Ergebnisse sind bisher nicht bekanntgegeben worden. Es könnte sein, daß die Reagan-Regierung solche Klärungsversuche gar nicht gerne sieht, und schließlich steht Comptons United Workers Party der Republikanischen Partei in den USA sehr nahe und erhofft sich von dieser direkte Unterstützung für die dieses Jahr anstehenden Wahlen.

WO DIE WUNDER KEIN ENDE NEHMEN

"Wir sind ein kleines Land", klagt jetzt der Premierminister, "wir wollen mit solchen internationalen Verwicklungen nichts zu tun haben. Wir sind zu klein. Wir wollen uns nichts verderben ... legt Euch an unseren

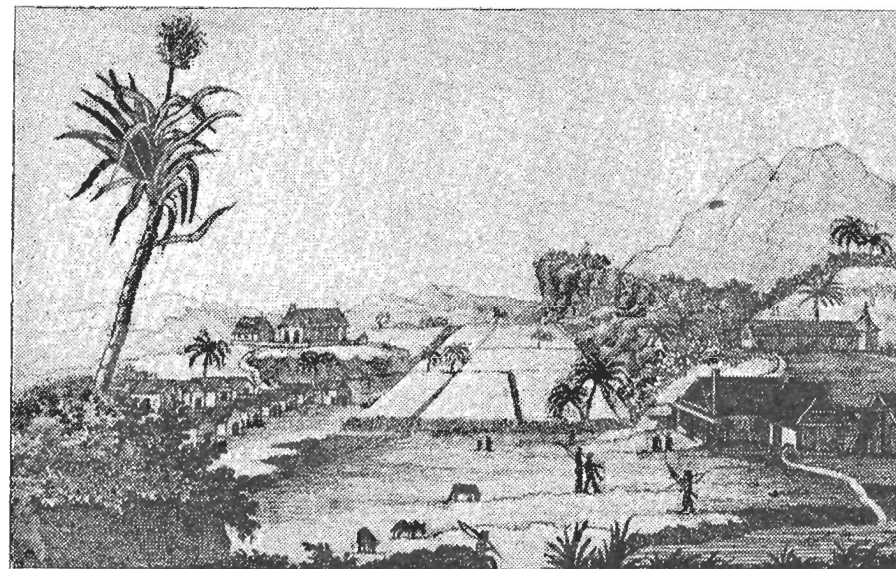
Strand, das Wetter ist jetzt wunderbar." Damit bringt der Premier sicherlich den Wunsch der meisten St. Lucians zum Ausdruck, die sich vom Tourismusgeschäft viel versprechen. "St. Lucia, wo die Wunder kein Ende



nehmen", heißt ein Slogan der Tourismuswerbung und meint damit den einzigen drive-in Vulkan der Welt, wo schwarze, kochendheiße Wassertümpel brodeln, aus denen teuflisch stinkende Schwefeldämpfe emporwallen oder die zwei Vulkankegel, die in atemberaubenden Steilkurven aus dem karibischen Meer aufsteigen, sozusagen zwei Zuckerhüte auf einmal.

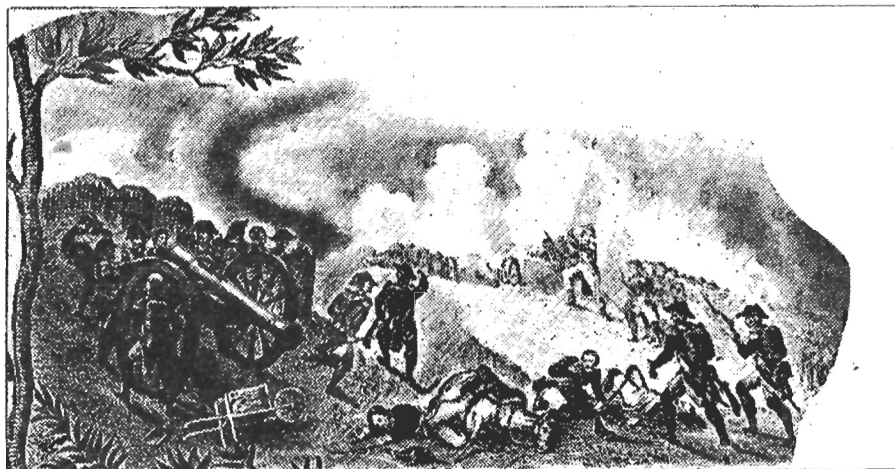
Mit genausoviel Staunen, wie vor den Naturwundern steht man jedoch vor der Geschichte dieser kleinen Tropeninsel. Geradezu ein historisches Wunder ist es allerdings, daß die Insel ausnahmsweise nicht von Kolumbus entdeckt worden ist, aber ansonsten hat sie die Weltgeschichte nicht verschont. Wie überall in den Antillen sind die indianischen Ureinwohner in blutigen Kämpfen mit den europäischen Eroberern ausgerottet worden. Die Insel wurde in Besitz genommen, verkauft und verschachert, sie diente Piraten als Stützpunkt und Versteck und in einem zwei Jahrhunderte dauernden Krieg zwischen Frankreich und England wechselte St. Lucia 14 Mal den Besitzer. Wo die gebirgige Regenwaldlandschaft

es zuließ, wurden mit dem Schweiß und Blut afrikanischer Sklaven Baumwoll- und Zuckerplantagen betrieben. Zucker machte die karibischen Inseln zu einem begehrten Besitz und eine zeitlang war die Karibik das Hauptschlachtfeld der europäischen Mächte. St. Lucia war darin schon immer von strategischer Bedeutung, denn, so der britische Admiral Rodney, wer St. Lucia kontrolliert, kontrolliert Westindien, wie die Inseln aufgrund von Columbus Irrtum heute immer noch häufig genannt werden.



Westindische Zuckerplantage

Die Französische Revolution brachte außer der Tricolore, den Sklaven für kurze Zeit die Freiheit und den Pflanzern, denen der Wahlspruch "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" nicht einleuchten wollte, die Guillotine. Später, während der Napoleonischen Kriege war St. Lucia britischer Marinestützpunkt und wiederum Schlachtfeld. Während es - seit 1814 endgültig in britischer Hand - vom Ersten Weltkrieg relativ verschont geblieben war, richteten im Zweiten Weltkrieg die USA auf der Insel eine Luftwaffenbase ein - im Tausch gegen einige veraltete Schlachtschiffe für England. Auch ein US-Marinestützpunkt wurde eingerichtet und prompt hatten die St. Lucians den Krieg vor der Haustür bzw. der Kaimauer, als ein deutsches U-Boot in den Hafen schlich und zwei Schiffe torpedierte.



Mit der politischen Unabhängigkeit kehrte aber kaum die ersehnte politische Ruhe ein. Wie auch! Die Karibik wird von wichtigen Schifffahrtslinien durchkreuzt, die alten und neuen Kolonialmächte sind präsent wie eh und je, die USA betrachten die Karibik als Hinterhof und benutzen sie ausgiebig für ihre Kriegsspiele. Menschenhandel, Drogenschmuggel und illegale Waffenschiebereien sind die Plagen der Karibik.

"Die St. Lucia Airways Affaire" schreibt die angesehene regionale Zeitung Caribbean Contact, "ist nur ein weiteres Beweisstück dafür, daß sich die karibischen Gesellschaften, meist durch Zutun ihrer "Führer", wenn auch nur als Randfiguren, in jede anrühige Angelegenheit in der internationalen politischen Szene hineinziehen lassen."

Quellen: WASHINGTON POST, 24. Februar 1987
CARRIBBEAN CONTACT, März 1987
Harriet F. Durham, Florence Lewisohn: ST. LUCIA - TOURS AND TALES, New York 1971

NICARAGUA

Ein Contra kritisiert die Contra

Die costaricanische Tageszeitung "La República" veröffentlichte am 18.2.1987 einen Artikel des Contra-Aktivisten Wilfredo Montalván, in dem dieser die Fehler der Contra kritisiert. Seine Perspektive ist naturgemäß die eines Menschen, der Kritik übt, um das gemeinsame Ziel zu erreichen. Sie geht nicht an die strukturellen Ursachen dieser Mängel, sondern sieht als Ursache "menschliches Fehlverhalten". Seine Vorschläge zielen auf die Steigerung der Effizienz, und sie wollen unter diesem Primat häufig eher verschleiern als der Sache auf den Grund gehen, so z.B. wenn er nicht die Abhängigkeit der Contra von den USA kritisiert, sondern den publizistischen Reflex dieser Tatsache, oder wenn Greuelthaten der Kampfverbände "in aller Stille" bereinigt werden sollen. In diesem Zusammenhang kommt auch ein typisch faschistischer Gedankengang zum Vorschein, wenn den Intrigen der Zivilisten der Heldennut, die Opferbereitschaft und die Uneigennützigkeit der kämpfenden Truppe entgegengestellt wird.

In manchen Punkten kommt allerdings die Bitterkeit jeglichen Exils zum Vorschein, sie finden ihre Entsprechung in anderen Fällen politisch bedingter Emigration.

Wir haben den Artikel fast vollständig übersetzt, weil er aufzeigt, in welchem Zustand sich die "demokratische Alternative" befindet, die angetreten ist, Nicaragua zu retten: ohne Programm, ohne Strategie - ohne Demokratie.

"DIE SÜNDEN DER NICARAGUANISCHEN OPPOSITION IM EXIL"

(...)

In den fünf Jahren meines Exils bin ich zu dem Schluß gekommen, daß unser gerechter Kampf wegen einer Reihe von Mängeln nicht vorangekommen ist. Ich meine folgende Mängel:

1. Mangel an Ideenreichtum: Stendhal sagt, daß "die Politik das Werk des Ideenreichtums ist". Und die Exil-Nicaraguaner haben wegen des Fehlens dieses Ideenreichtums die Bezeichnung "Contras" übernommen. Es genügte, daß der Diktator Ortega uns diesen Namen gab und Präsident Reagan ihn in einer Rede wiederholte - was er später korrigieren wollte -, und schon fanden sich einige Führer durch diesen Spitznamen bestätigt. Der Hinweis, daß diese Bezeichnung unangemessen ist, ist überflüssig, und wir erwähnen sie nur, um den Mangel an Ideenreichtum zu belegen.

2. Mangel an einer Strategie: Soweit ich die Opposition gegen das pseudo-sandinistische Regime kenne, ist sie unfähig gewesen, eine Kampfstrategie gegen den Totalitarismus zu entwickeln. Es ist unmöglich, einen Kampf zu führen, ohne zu wissen, wohin er führt. (...) Die Taktiken werden improvisiert, und man ist immer in der Defensive, und nicht in der Offensive, wie es sein sollte. Das ist schlimm, weil das Land untergeht, ohne daß der Widerstand sich als Rettung präsentieren kann.

3. Mangel an Wissen: Um den Feind zu bekämpfen, muß man ihn kennen, und es scheint, daß unsere Opposition nicht weiß, wie die Marxisten-Leninisten handeln. Ein Beispiel: sie verhandeln, wann es ihnen paßt und wenn sie Zeit gewinnen können. Das gilt für Contadora im internationalen Rahmen und für den Dialog, den sie gegenwärtig mit der katholischen Kirche führen, und der nach elf Treffen kein Ergebnis zugunsten der Kirche erbracht, aber der FSLN erlaubt hat, ihr Image zu verbessern.

4. Fehlender Kampfgeist: Die Basis des Widerstands hat an Enthusiasmus und Opfergeist verloren, weil sie keine Hoffnung auf eine baldige Rückkehr ins Vaterland hat. Der politische Kannibalismus hat ohne Zweifel zu dieser Geisteshaltung beigetragen. Diese Haltung kontrastiert natürlich mit der der heldenhaften Kämpfer an den Kriegsfronten, die nicht nur furchtbare Entbehrungen erleiden, sondern bewiesen haben, daß sie bereit sind, ihr Leben für die Sache der nationalen Befreiung zu opfern.

5. Mangel an Vertrauen: (...) Häufig äußern Führer der Opposition defätistische Thesen, womit sie ihr fehlendes Vertrauen in das demonstrieren, was sie tun. Wir können keine Sache zum Sieg führen, wenn wir von vornherein glauben, daß sie zum Scheitern verurteilt ist. Dieser Defätismus vergiftet die anderen und führt dazu, daß alle glauben, daß die Sache verloren sei und es sich nicht lohne, dafür zu kämpfen.

6. Mangel an Patriotismus: Häufig stellen wir fest, daß die Interessen von Gruppen oder Personen über die Rettung des Vaterlands gestellt wird. Sie sprechen von Demokratie, aber praktizieren sie nicht. Einige Organisationen versuchen, eine gewisse Hegemonie auszuüben, Privilegien zu genießen und sogar mittels ihrer Position das Bewußtsein einzelner zu manipulieren, wobei sie sich die Überlebensnotwendigkeiten einiger Landsleute im Exil zunutze machen. Es scheint, daß es für einige das wichtigste ist, daß ihre Gruppe oder Person dominiert, auch wenn Nicaragua verloren geht. (...)

7. Mangel an Solidarität: Man vergißt die nicaraguanischen Brüder, die in den Flüchtlingslagern oder in den Gefängnissen leiden, wie auch die Kriegsversehrten und diejenigen, die - ohne Papiere - ebenfalls den bitteren Kelch des Exils trinken.

8. Mangel an Koordination: Stattdessen herrscht Konkurrenz. Der Kampf der Parteien und um Wähler muß aufgeschoben werden bis wir Nicaragua zurückgewonnen haben. Es ist absurd und zugleich dumm, im Exil von "Anteilen an der Macht" zu reden, wenn es darum geht, Kampfpositionen zu suchen - und nicht Erträge und Pfründe. Mit der Konkurrenz verdoppeln sich die Anstrengungen und man mißachtet Gelegenheiten zugunsten der patriotischen Sache der Nicaraguaner. Soweit wir wissen, hat es keine wirkliche Koordination zwischen den Sekretariaten gegeben, und man hat das Potential der Koordination der nicaraguanischen Opposition (CON), die die Parteien, Gewerkschaften und Privatunternehmen des nicaraguanischen Exils umfaßt, nicht zu nutzen gewußt.



Contra in Nicaragua

9. Mangel an Information: Die schriftlichen Medien des Widerstands, mit der Ausnahme des "Foro Centroamericano", scheinen eher dafür gemacht, die Freunde oder Familienunternehmen ihrer Herausgeber zu befriedigen als der Befreiung der Nicaraguaner zu dienen. Sie veröffentlichen lange und langweilige Artikel und berichten kaum über das, was die Leser wirklich interessiert: Die Tragödie unseres Volkes und der Heldenmut unserer Kämpfer. (...) Auf der anderen Seite sind eine Reihe von Schmähchriften erschienen, die von Oppositionellen herausgegeben wurden, aber mehr gegen die Führer des Widerstands gerichtet zu sein scheinen als gegen die neun Kommandanten der verratenen Revolution.

10. Mangel an Einheit: Das ist mehr als offensichtlich und allgemein bekannt. Wir sprechen von einer zukünftigen Regierung der nationalen Versöhnung und sind nicht in der Lage, uns untereinander zu versöhnen. Das stellt auch die Glaubwürdigkeit der Führung gegenüber der Basis in Frage, denn diese zweifelt an der Ehrlichkeit von Leuten, die das eine sagen und das andere tun.

11. Mangel an Nationalismus: Es könnte scheinen, daß der nicaraguanische Widerstand allein von den Anweisungen Washingtons abhängt und nicht von den legitimen Interessen des nicaraguanischen Volkes. Das hat nicht nur das Ansehen des Widerstands in unserem Volk beeinflußt, sondern auch in den anderen lateinamerikanischen Nationen und in West-Europa. Es besteht der Glaube, daß die Probleme nicht von den Nicaraguanern, sondern von den hohen Funktionen der Regierung Reagan gelöst werden.

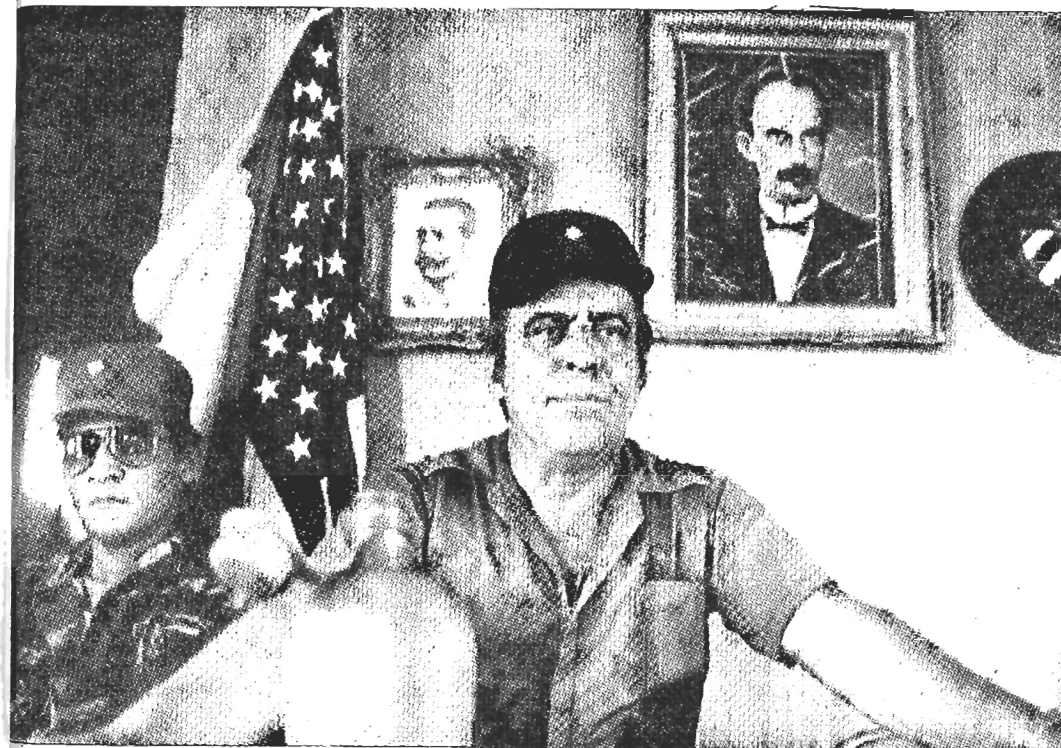
12. Mangel an Integration: Im Exil gibt es Tausende von Akademikern (Rechtsanwälte, Ärzte, Lehrer usw.), die sich nicht in den Kampf für die Rückeroberung des Vaterlands integriert fühlen. Desillusioniert versuchen sie, sich fest in dem Land einzurichten, das sie aufgenommen hat, und zweifeln sogar, ob sie zurückkehren werden, wenn sich die Situation in Nicaragua ändert. Diesen "brain drain" hat die Opposition nicht ausnutzen können, um ihre politischen Erklärungen zu bereichern. Außerdem hat die Führung sich nicht um eine bessere Kommunikation mit der Basis gekümmert, was ihre Mobilisierungskraft geschwächt hat.

13. Mangel an Anreizen: Es ist vorgekommen, daß die Kämpfer, anstatt angespornt zu werden, angegriffen und ihr Verhalten kritisiert wurde. Das ist sehr schmerzhaft und enttäuschend. Die hervorragenden Kämpfer müssen angespornt werden, indem ihnen Auszeichnungen und Anreize geboten werden, und wenn sie ein Delikt begehen, müssen sie innerhalb der Organisation bestraft werden. Daraus darf aber kein Skandal gemacht werden, der nur den Feinden nutzt.

14. Mangel an einem Programm: Ein politisches Projekt oder ein Regierungsprogramm, das uns verpflichtet und allen Nicaraguanern eine demokratische Zukunft garantiert, ist eine vitale und unaufschiebbare Notwendigkeit. Es würde den Widerstand nicht nur international als Alternative zur Diktatur der FSLN darstellen, sondern auch das Vertrauen unter den nationalen Führern und im Volk selbst stärken, das das Recht hat, zu wissen, wofür es kämpft.

15. Mangel an Anerkennung: Das gilt für die patriotischen und von großer Zivilcourage getragenen Anstrengungen der Parteien, Gewerkschaften, Privatunternehmer und Kirchen in Nicaragua. Nach den Kämpfern nehmen sie die größte Last des Kampfes auf sich, mit all seinen Risiken und Entsagungen. Sie verdienen unsern Ansporn und unsere Anerkennung, und unser Versprechen, daß die demokra-

tische Zukunft Nicaraguas nur Wirklichkeit wird, wenn wir jetzt und in der Stunde des Sieges auf ihren außerordentlichen Beitrag rechnen können.



Konterrevolutionäre 'Comandantes' im paramilitärischen Trainingslager in Florida

Das sind einige der Sünden des nicaraguanischen Widerstands, menschliche Fehlleistungen, die mit gutem Willen und einem hohen Maß an Patriotismus korrigiert werden können. Inner- und außerhalb Nicaraguas sind alle Bedingungen für die Verwirklichung der Demokratie in nicht ferner Zeit gegeben, wenn die notwendiger Veränderungen vorgenommen werden. Die Veränderung des Kräfteverhältnisses auf internationaler Ebene zu unseren Gunsten ist unbestreitbar, und der Kampfwille unserer Kämpfer und unseres Volkes ist optimal. Wir hoffen nur, daß die Führer des Widerstands all diese Faktoren berücksichtigen, damit Nicaragua einen Teil der demokratischen Nationen der Region bildet und man im großen zentralamerikanischen Vaterland die Luft der Freiheit atmen kann."

KOLUMBIEN



Hier nun die Fortsetzung des langen Kolumbien-Artikels von E.J.Hobsbaum (sorry!). Nachdem in der letzten Ausgabe (LN 157) die Gewalt und die Guerilla im Mittelpunkt der Analyse standen, beschäftigt er sich im folgenden insbesondere mit der Bedeutung des Drogenhandels für Kolumbien. Der Text aus der New York Review of Books vom 20.11.86 wurde übersetzt und leicht gekürzt.

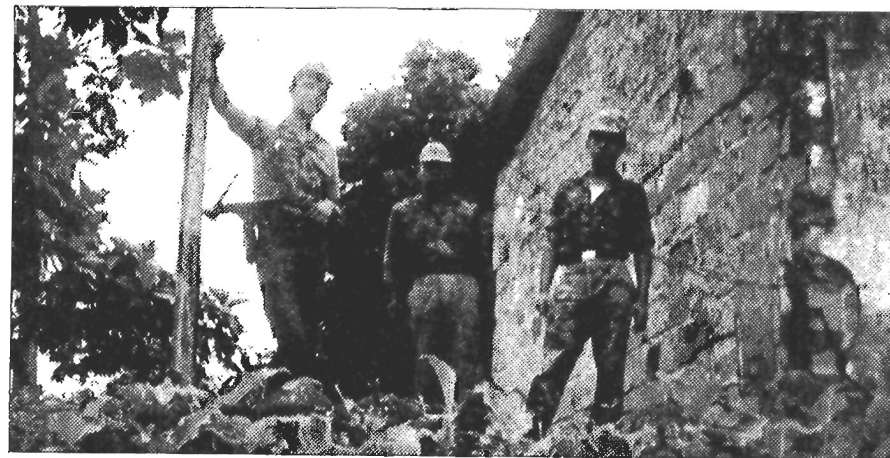
Mörderisches Kolumbien (Fortsetzung)

Wo, in diesem Panorama der Gewalt, sehen die Kolumbianer den Drogenhandel angesiedelt? Es kommt darauf an, von wo man es betrachtet. Aus der Sicht der Bauern in den Pioniergebieten (...) ist Coca in erster Linie ein zwar unsicheres, aber hohe Gewinne versprechendes Produkt. Als "Profit-maker" ist der Anbau von Coca ohne Konkurrenz, ebenso sind es die für das Pflücken gezahlten Löhne. Und die Kosten steigen, weil die Soldaten – die offiziell zur Bekämpfung der als Lokalregierung agierenden FARC dort sind – ihre Schweigegeldforderungen zu immer schwindelerregenderen Höhen steigern. Zu Beginn der 80er Jahre kam es zu einem Preissturz. Zum Glück für die Coca-Anbauer verstärkte die nationale Regierung nach 1984 den Druck auf den Drogenhandel, so daß die Preise inzwischen wieder ein hohes und stabiles Niveau erreicht haben.

Das Problem einer Drogenmafia existiert in den Pioniergebieten nicht, da jeder, der in diesen Gegenden in irgendeinem Geschäft tätig ist, dies in einer für die Lokalbehörden akzeptablen Form tut. Das eigentliche Problem sind die sozialen Konsequenzen, die jede Hoffnung auf schnellen Reichtum in derart abgelegenen Gebieten mit sich bringt: die Kinder, die die Schule verlassen, um nie-gehörte Summen wie fünf oder zehn Dollar an einem Tag zu verdienen; die harten Männer, die sich von überall der Jagd nach den Coca-Dollars anschließen und für die sich in Siedlungen von 500 Hütten 400 Prostituierte einfinden; und all die Formen von Ordnungsstörungen, die aus jedem Wildwest-Film bekannt sind. Am schwerwiegendsten ist die Aushöhlung der einfachen Pionier-Wertvorstellungen, nach denen sowohl Siedler als auch Guerilleros gelebt haben. Wer wird jemals wieder daran glauben, daß "das gute Leben" aus einem Stück gerodeten Land im Urwald, einem Jagdhund und etwas Yucca und Bananen besteht?

"DIE LEGALISIERUNG DES DROGENHANDELS WIRD ERNSTHAFT VORGESCHLAGEN..."

Von einer höheren Warte aus gesehen ist der Drogenhandel wesentlich alarmierender, wenn auch nicht – bis jetzt – wegen der Suchtprobleme, die die Kolumbianer wenig beunruhigen. Niemand hat großes Aufheben von der Tatsache gemacht, daß die Polizei von Bogotá in den vergangenen sechs Monaten genau 500 Gramm Kokain beschlagnahmt hat ("soviel, wie sich in diesem Augenblick in diesem Gebäude – oder in jedem anderen Büro dieser Größe – befindet", um einen Informanten in Bogotá zu zitieren). Die wirkliche Sorge, die von einer Industrie ausgeht, die Kolumbien inzwischen mehr Exporterlöse einbringt als der Kaffee (M. Arango/J. Child: *Narcotráfico imperio de la cocaína*, Medellín, S.318ff); und die, dank der geringen Zahl von Beteiligten, die weitaus reichsten Männer des Landes hervorbringt, ist die alles erfassende Korruption: die Korruption der Richter, welche sich vor die Entscheidung gestellt sehen, reich oder tot zu werden; die Korruption der Armee bis hin zu einigen Generälen, wie aufrechte Offiziere bitter bestätigen werden (denn nichts ist für den Drogenhandel nützlicher als das Straßen- und Lufttransportsystem der Streitkräfte); die offensichtliche Korruption der Polizei, und die weniger offensichtliche der Guerilla. Paradoxerweise ist der



einzige Teil der kolumbianischen Gesellschaft, der sich geweigert hat, den Drogenbaronen Platz zu machen, die Politik. Während der Präsidentschaft von Turbay gab es Anzeichen dafür, daß die verzweifelt nach Anerkennung im alten Establishment strebenden Drogenbarone Einzug in die nationale Politik halten würden. Doch während die Kandidaten Geld nehmen, wo sie es kriegen können, werden die bekannten Repräsentanten der (Drogen-) Industrie außenvor gehalten. Das nationale Leben ist derart durch-

drungen von dieser Korruption, daß die Legalisierung des Drogenhandels in weiten Kreisen ernsthaft vorgeschlagen wird als der einzige Weg, die Superprofite zu beseitigen und der Bestechung und den Schmiergeldern Herr zu werden.

Während dieser Ansatz der Theorie nach den Reagonomics-Anhängern gefallen sollte, basiert er tatsächlich auf einem überall vorhandenen Anti-Amerikanismus, den auch die Drogenbarone, die so patriotisch wie jeder andere Kolumbianer sind, teilen.

"IM GRUNDE EIN GEWÖHNLICHES BUISINESS..."

Denn, wie die Kolumbianer es sehen, ist Kokain nur ein weiteres Produkt in der Geschichte tropischer Länder, wie es auch Zucker, Kaffee und Tabak sind. Sein Export ist ein Geschäft wie jedes andere, und in diesem Falle eines, das einfach deshalb besteht, weil die Vereinigten Staaten darauf bestehen, dieses Zeug in immer astronomischeren Mengen zu sniffen und zu rauchen.

Sich selbst und den Prinzipien von Adam Smith überlassen, würde sich das Investoren-Konsortium von Medellín nicht mehr als Kriminelle betrachten als es die Holländer oder Engländer bei ihren wagemutigen (Opium einschließenden) Handelsunternehmungen in Übersee taten; sie hatten ihren gewinnversprechenden Handel ganz ähnlich organisiert. Eine Mafia genannt zu werden weist die Branche mit Recht zurück. Sie ist sowohl strukturell als auch soziologisch von der italienischen oder italo-amerikanischen Mafia grundverschieden. Es ist im Grunde ein gewöhnliches "Business", das kriminalisiert worden ist - wie Kolumbianer es sehen - von einer USA, die ihre eigenen Probleme nicht bewältigen kann. Zweimal in den vergangenen zwei Jahren haben die größten Namen der Branche angeboten, für die Garantie ihrer Straffreiheit und Legitimität sich vom Kokainhandel zurückzuziehen und die Außen-schuld des Landes zu zahlen.

Einige der größten jedenfalls sind inzwischen vom Kokainhandel auf Frachtversicherungen umgestiegen (...). Eine oft gehörte Bemerkung (Arango/Child, s.o.) lautet, daß, wenn die Gringos die Drogengefahr so ernst nähmen, wie sie behaupten, warum besprühen sie dann nicht die Marihuanafelder in Mendocino County (in Kalifornien) mit chemischen Mitteln, so wie sie es in Guajira (in Nordkolumbien) tun, oder schicken ihre Truppen durch Georgia anstatt durch Bolivien?

Präsident Barco sprach für alle Kolumbianer, einschließlich jene, die die US-Außenpolitik vorbehaltlos unterstützen, als er erklärte, daß unter gar keinen Umständen US-Truppen auf kolumbianischem Boden geduldet würden.

Dennoch, Drogen stehen nicht an erster Stelle in den Köpfen der meisten Kolumbianer. (...) Sie haben über schwerwiegendere Probleme nachzudenken (...), und wenn wir in ihren Schuhen steckten, hätten wir das auch.

VERSCHULDUNG

Das Ende der Nachkriegsordnung

Der US-Senator Bill Bradley steuert einen Schuldenerlaß an. Keynes bietet mittelfristig ein neues Weltwährungssystem.

Die Bundesrepublik Deutschland modernisiert, hortet Geld und verwaltet die Arbeitslosigkeit. Der Stern der Verfechter der Nachkriegsordnung versinkt. Die Finanz-Zentren der Welt, in denen heute täglich 24 Stunden lang das Geld um die Welt geschoben wird, haben mit den Strukturen von 1944 nichts mehr zu tun.

GELD IM DIENSTE DES STÄRKEREN

Geld und Währungsstrukturen haben immer als Instrument und Ausdruck der Macht gegolten. Der Zerfall des britischen Commonwealth zu Beginn dieses Jahrhunderts brachte auch den Niedergang des britischen Pfunds als Leitwährung mit sich. Als Leitwährung (L) gilt in der Regel die Währung, die im int. Geld- und Kapitalmarkt weit verbreitet, möglichst frei konvertierbar ist und auch in Gold umgewechselt werden kann. Sie dient als internationales Reservemedium. An ihrem Kurs orientieren sich auch andere Währungen. Ein weiteres Merkmal ist die Bereitschaft anderer Länder, ihre Währungspolitik (v.a. Wechselkurspolitik) an den Bewegungen der L zu orientieren. Die L setzt eine ökonomische Macht voraus.

Die L gibt dem Land im Welthandel eine gewisse Vorzugsstellung, wie wir später noch sehen werden. Andererseits bringt diese Rolle auch eine große Verantwortung mit sich, z.B. das Tauschverhältnis zwischen Gold und Währung stabil zu halten. Ein Merkmal das heute der Vergangenheit angehört.

Mit dem Niedergang des Pfundes setzte Ende der 20iger Jahre ein Run auf das Gold ein, d.h. Umtausch von Pfund in Gold. Das gleiche wiederholte sich zu Beginn der 70iger Jahre mit dem Dollar. Um die Wirtschaft trotzdem am Laufen zu halten, war Großbritannien damals einfach dazu übergegangen, mehr Geld zu drucken. Das Gleichgewicht zwischen Gold und Pfund war damit verloren. Beim Dollar war es das Anheizen der Kriegswirtschaft (Vietnam) über die Notenpresse, wodurch ebenfalls das Gleichgewicht zerstört wurde.

Beide Regierungen sahen sich daraufhin gezwungen, das feste Tauschverhältnis zum Gold aufzuheben, ansonsten hätten sie bald keinen einzigen Goldbarren mehr im Keller gehabt. Anfang der 30iger Jahre besaßen die Amerikaner 40% aller staatlichen Goldreserven. Durch die



entsprechende Anhebung des Dollar-Gold-Kurses wurden die Goldbesitzer automatisch reicher. Franklin D. Roosevelt, der damit die Möglichkeit sah, das Land aus der Depression herauszuführen, behielt es sich selbst vor, den Goldpreis steigen zu lassen. Er folgte dabei ganz seinen persönlichen Inspirationen, wenn er den Goldpreis für den nächsten Tag bestimmte.

So entschied er sich einmal für den Anstieg des Goldpreises um 21 Cent - mit der Begründung, 21 sei eine Glückszahl, sie ergebe sich aus drei mal sieben. Auf diese Weise trieb er den Goldpreis von 20,67 Dollar auf 35 Dollar hoch. Dann fand er, das Gold sei nun teuer genug. Auf diesem Preis blieb das Gold dann 35 Jahre. Der Wert der anderen Währungen fiel daraufhin jedoch bis zu 40%.

Der int. Handel erhielt somit noch mehr Schlagseite zu den Amerikanern hin, die im 2. Weltkrieg über rund 80% aller monetären Goldvorräte des Planeten verfügten.

Gegen Ende des 2. Weltkrieges ging man daran, sich Gedanken über eine Neuordnung der Weltwirtschaft zu machen. Dabei ging es vor allem um den Welthandel und um eine neue Weltwährungsordnung.

Die 44 Teilnehmer auf der Konferenz von Bretton Woods (1944) waren sich einig, daß eine verstärkte internationale Kooperation angestrebt werden müsse. Über das Wie gingen jedoch die Vorstellungen von Lord Keynes dem ökonomischen Chefdenker der britischen Regierung und dem Staatssekretär im US-Finanzministerium Harry D. White auseinander.

Der Plan von Keynes sah vor, eine internationale Währung zu schaffen, den "Bancor" mit einer Art Weltzentralbank und einer "Internationalen Clearing Union". Über entsprechende Kontroll- und Sanktionsmechanismen hätten sich so die in den letzten Jahren entstandenen Ungleichgewichte verhindern lassen. Doch der Vertreter der mächtigsten Nation setzte sich durch und der Dollar wurde zur Leitwährung.

Geld hat im Idealfall drei Funktionen. Es bildet eine Art Recheneinheit, es eignet sich zur Wertaufbewahrung und es eignet sich als Tauschmittel. Im Falle einer harten Währung sind alle drei Merkmale gegeben. Die Währungen der Schuldnerländer erfüllen nicht alle diese Ansprüche.

Die USA hatten nach dem 2. Weltkrieg ausreichend Gold im Tresor und waren im Gegensatz zum zerstörten Europa potent genug, in den 50er und 60er Jahren ständig Defizite produzieren zu können. Das Vertrauen in die Leitwährung wurde dadurch allmählich zum Mißtrauen. Um ihre Defizite zu decken, druckten die USA einfach mehr Geld. Bald begann der Wert der Dollarreserven außerhalb der USA den Wert der US-amerikanischen Goldvorräte zu übersteigen. Und da die USA kein Interesse hatten, ihr Gold gegen die Dollarschwemme einzutauschen, wie es Bretton Woods vorschrieb, gaben sie Anfang der 70er Jahre die feste Gold-Dollar-Parität auf.

Die Industrienationen, die keine Alternative zur Leitwährung Dollar sahen, begannen somit, den Dollar durch Aufkäufe kontinuierlich künstlich zu stützen, um die Leitwährung zu erhalten. Wir hängen am Funktionieren des Dollar fast so stark wie die Amerikaner.

Damit war das Bretton-Woods-Konzept zerbrochen. Weder der IWF, dem eine Ordnungs- und Ausgleichsfunktion zufallen sollte, noch die Weltbank, die zum Wiederaufbau der zerstörten Länder errichtet wurde, konnten diesen

Niedergang aufhalten. Wie die gegenwärtige Entwicklung zeigt, konnten sie auch keine ausgleichende und vernünftige Rolle im Verhältnis zu den Entwicklungsländern spielen. Die Grenzen spiegeln sich bereits in den in diesen Institutionen herrschenden Machtverhältnissen wider.

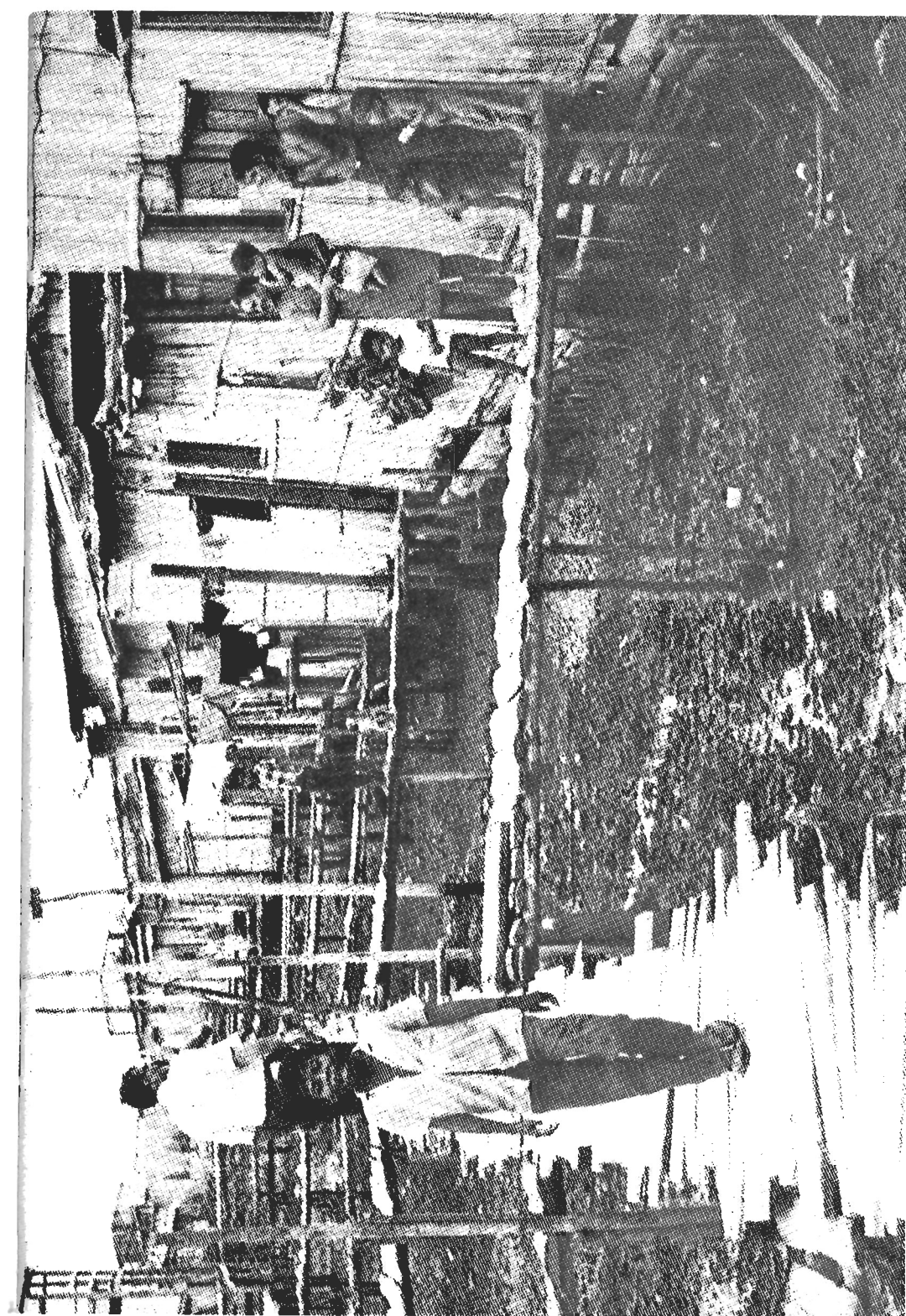
Da dieses System ein wesentlicher Teil des Problems ist, kann es auch nicht zur Lösung beitragen.

VOM TROJANISCHEN PFERD ZUR HYDRA

Mit der Finanzierung des Vietnamkrieges über die Notenpresse heizten die USA die Inflation an. Mit der Aufhebung der Goldparität sank der Wert des Dollars und damit auch der Preis des international in Dollar bewerteten Erdöls. Die OPEC Länder traten diesem Verlust mit entsprechenden Preiserhöhungen entgegen und lösten damit die Ölkrise aus.

Mit der Schwächung des Dollars und der Erschütterung der wirtschaftlichen Macht der Industrieländer durch die OPEC setzte eine neue Phase der Internationalisierung der Wirtschaft ein. Die Multinationalen Konzerne begannen, sich verstärkt weltweit auszubreiten und es entstand das, was wir heute "Internationale Arbeitsteilung" nennen. Die Ausbeutung wurde weltweit neu organisiert.

Es entstanden neue Märkte. Die westlichen Industrienationen, die bedingt durch die Ölkrise wirtschaftlich stagnierten, boten für die Ölmilliarden, die aus den OPEC-Ländern zurückflossen keine lukrativen Anlagemöglichkeiten. Mit wachsender globaler Präsenz begannen die Banken, das Geld, dessen Preis (Zins) durch das Überangebot billig geworden war, in die Entwicklungsländer (EL) zu pumpen. Bevorzugt wurden dabei vor allem die "NICs" (newly industrialized countries), von deren wirtschaftlicher Entwicklung man sich viel versprach. Diese Länder konnten sich in der zweiten Hälfte der 70-iger Jahre vor Über- und Sonderangeboten der Banken nicht mehr retten (wie der ehemalige mex. Finanzminister Silva Herzog einmal erklärte). Und als die Inflation auch noch die Zinshöhe überstieg, konnte das Geschäft für die EL gar nicht mehr besser sein. Da das tatsächliche Geldangebot die wirtschaftlich sinnvollen Anlagemöglichkeiten überstieg, wurde so die Grundlage für das Mißmanagement und die Kapitalflucht geschaffen. Vielen Entwicklungsländern fehlten die nötigen Infrastrukturen und die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, um die plötzlich hereinströmen-



den Kapitalmengen sinnvoll einzusetzen.

Die Banken hatten ihr Ziel erreicht, sie hatten das Kapital wieder aus den Ölländern zurückgeholt und, da es nicht Ziel einer Bank ist, das Geld nur in den Tresoren zu lagern, hatten sie es gewinnbringend angelegt.

Um die entsprechenden Gewinne zu machen, mit denen die EL die Schulden wieder begleichen hätten können, hätten sie eines Exportmarktes bedurft, den es nie für sie gab. Statt dessen stürzten Anfang der 80iger Jahre die Rohstoffpreise in den Keller, Die Zinsen und die Notierung des Dollars gingen in die Höhe und die Industrieländer dominierten wieder verstärkt auf den Exportmärkten.

Plötzlich hatten die EL ein Trojanisches Pferd im Stall, das sich, bei dem Versuch es wieder los zu werden, in eine Hydra verwandelte.

Die wirtschaftliche Stagnation in den EL trieb nun dort die Inflation in die Höhe und beschleunigte so die Kapitalflucht. Gleichzeitig waren sie gezwungen, das billig erhaltene Geld nun wieder teuer zurückzuzahlen. Die Banken die sich aus der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verantwortung stahlen, blieben hart. Sie blieben bei ihren Forderungen. Das einstmals billige Geld, das schon längst wieder aus dem Land geflossen war, mußten sie nun teuer zurückzahlen. Kein schlechtes Geschäft für die Banken, die Zeit haben und sich jedes kleine Zugeständnis abpressen lassen.

Dabei ist die Zahlungsmoral der Schuldner bei weitem nicht so schlecht, wie es die Banken und Zeitungsmeldungen vorgeben. Laut Weltbank flossen den EL 1986 zwar netto (nach Tilgungen) 21 Milliarden frisches Kapital zu. Da die EL aber 50 Mrd. Dollar Zinsen zahlten, war die Dritte Welt unter dem Strich 1986 mit 29 Mrd. Dollar Kapitalexporteur. Bei 109 Mrd. Dollar Schulden bezahlte Brasilien allein in den letzten zwei Jahren 24 Mrd. Dollar Zinsen, importierte aber nur 2 Mrd. Dollar neues Kapital.

Würde Brasilien die vereinbarten Tilgungsraten und Zinsen in diesem Jahr korrekt bezahlen, müßte das Land über 23 Mrd. Dollar an das Ausland abführen.

Durch diese Zinsknechtschaft und die Wertverschiebung des Geldes haben die EL bereits mehr zurückgezahlt, als sie wertmäßig erhalten haben.

Statt mit dem eigenen Kapital die heimische Wirtschaft zu sanieren und die Entwicklung zu stärken, finanzieren die EL die technologische Modernisierung der Industrieländer. Dadurch werden dort Arbeitskräfte freigesetzt

und neue und gefährlichere Zwänge und Bedingungen geschaffen.

Wie immer sich die EL auch verhalten, sie werden die Hydra Verschuldung nicht so einfach los. Mit jedem Akt steigt die Verschuldung und es wachsen neue Köpfe nach.

BUNDESREPUBLIK: "DEISEN-KRÖSUS" NUMMER EINS

Während die Währungsreserven der Dritten Welt 1986 laut IWF erheblich geschrumpft sind, wuchsen die Devisenreserven der Industriestaaten auf 306 Mrd. Dollar ohne Goldbestände an. Für die EL bedeutet das, daß ihnen Gelder, "harte Währungen" fehlen, um Importe und Zinsen für ihre Auslandsschulden zu bezahlen.

Innerhalb der Industriestaaten bleibt laut IWF weiter die Bundesrepublik Spitzenreiter vor Japan und den USA. Die Reserven der Bundesbank stiegen ohne Goldbestände um 4,7% auf umgerechnet 51,6 Mrd. Dollar.

Wenn Vermögen eine soziale Verpflichtung hat, dann muß man sich fragen, wo das Grundgesetz geblieben ist. Das Kapitalvermögen der Banken ist weder für die Entwicklungsländer sozial wirksam geworden, noch tut es das hier. Die Beschäftigungswirkungen der hiesigen Kapitalströme sind verschwindend. Weitgehend kritiklos versichern hier die Milliarden im Bereich neuer Technologie, in Raumfahrt- und Luftfahrtprogrammen und in den Modernisierungskonzepten.

Der Preis dafür ist die hohe Arbeitslosigkeit, die anhaltende Zerstörung der Umwelt und die Verschärfung der Unterentwicklung. Letzteres geschieht vor allem durch das Festschreiben der Zinsknechtschaft, durch die abgekoppelte Modernisierung hier, durch die zunehmende Substitution der Rohstoffe und durch die starke Kontrolle der Weltmärkte durch die Industrieländer.

Geld ist in Deutschland ausreichend vorhanden, es stimmt nur die Verteilung nicht. Wo immer Geschäfte zu machen sind, ist Deutschland mit dabei: Ob durch Waffengeschäfte mit dem Iran und dem Irak, oder in Südafrika, wo die Deutsche Bank dem Regime treu die Stange hält oder wenn es darum geht den Dollar zu stützen.

Mit unserem Geld können wir uns auf dem Wochenmarkt wie auf dem Weltmarkt gebärden. Wir können alles haben, Ananas aus den Philippinen, Trauben aus Südafrika, Äpfel aus Chile, Bananen aus Ekuador, Kaffee aus Kolumbien, Honig aus Mexiko und Mangos aus Brasilien. Und was können die Brasilianer mit ihrem Cruzado oder die Mexikaner mit ihrem Peso kaufen, wo sie schließlich genauso hart wie wir arbeiten.

Die ersten beiden Abschnitte haben gezeigt, daß weder die Strukturen noch die Umgangsformen etwas mit Gerechtigkeit zu tun haben. Grundlage der Strukturen ist das Konzept der Stärke, wie das Weltwährungssystem zeigt. Grundlage der Umgangsformen ist die Abhängigkeit, wie die Verschuldungsdynamik zeigt.



ÜBERHOLTE NACHKRIEGSSTRUKTUREN

Wie der erste Teil deutlich gezeigt hat, ist das System von Bretton Woods endgültig zerbrochen. Weder das heutige Provisorium des Weltwährungssystems noch dessen Institutionen werden den heutigen Erfordernissen gerecht. Die Unruhe auf den Finanzmärkten durch den frei floatenden Dollar, die Hilfschieriffrolle des IWF in der Zange zwischen Gläubigern und Schuldnern und der Prestigeverlust der Weltbank produzieren immer wieder neue Krisen.

Nicht von ungefähr drängt sich das Konzept von Keynes wieder in den Vordergrund. Auch wenn die Tendenz hin zu einzelnen Währungsblöcken anhält, sollte die Diskussion über eine neue Leitwährung, ob in Form des "Bancor" oder als Sonderziehungsrechte, verbunden mit entsprechend paritätisch besetzten internationalen Kontroll- und Ordnungsgremien, wieder aufgegriffen werden.

Als mittelfristige Perspektive bietet dieses Konzept einen Weg aus dem Dilemma der Schein und Notlösungen. Das Konzept der klassischen Leitwährungen wie Pfund und Dollar ist überholt. Die Machtstrukturen der Nachkriegszeit haben sich entscheidend verschoben.

Die im zweiten Teil behandelte Verschuldung zeigt, daß es unverantwortlich und untragbar ist, die bisherige Politik weiter zu verfolgen. Alle Lösungs- und Anpassungskonzepte, die seit dem ersten Krach in Mexiko im August 1982 ausgearbeitet wurden, sind gescheitert. Die Umschuldungen haben das Problem nur verschärft. Der fallende Dollar und die sinkenden Zinsen brachten nur eine leichte Linderung. Auch die kurze Belebung des Welthandels in den letzten Jahren konnte keine entscheidende Verbesserung herbeiführen. Alle bisherigen Modelle gingen an der Wirklichkeit vorbei.

Auch der Baker-Plan "Program for sustained growth", der darauf abzielte, die Anpassungsanstrengungen der Schuldnerländer durch wachstumsorientierte Investitionen zu intensivieren und den Marktkräften mehr Spielraum für die Wiederbelebung der Wachstumsdynamik zu gewähren, kann als gescheitert angesehen werden.

Wie sollen die Schuldnerländer eine positive Entwicklung ansteuern können, wenn sie ihr Kapital in Zinsen und Tilgung stecken müssen. Die kurzfristig notwendige und einzig realistische Antwort lautet: "Streichung der Schulden". Niemand glaubt heute im Ernst noch an eine Rückzahlung der Schulden. Das ökonomisch völlig absurde Festhalten an der Rückzahlung zeigt die Naivität und Engstirnigkeit der Bankiers.

Obwohl viele der kleinen Gläubigerbanken (Mexiko muß allein mit 500 Gläubigerbanken verhandeln, Brasilien mit 700) es müde sind, weiter Kredite einzutreiben, versuchen die Großbanken, bei denen mehr auf dem Spiel steht, Zeit zu gewinnen. Das Argument des Generaldirektors des Schweizerischen Bankenvereins (SBV) Franz Lütolf: "wenn man anfängt, Schulden zu erlassen, gibt sich der Schuldner wesentlich weniger Mühe und der Kredit droht verloren zu gehen", entbehrt jeder vernünftigen Grundlage. Schließlich liegt die Ursache der Verschuldung, wie der zweite Abschnitt gezeigt hat, nicht in der fehlenden Mühe der EL. Lütolf setzt auf einen Sanktionsmechanismus, der die Falschen trifft und obendrein die Wiederbelebung der Entwicklung verhindert.

Mit dem jüngst veröffentlichten Bradley-Plan wächst der Druck, einen zielgerechten und gestaffelten Schuldenerlaß anzustreben. Auf der IWF- und Weltbank-Tagung im Herbst 1988 hier in Berlin müssen deshalb die beiden Themen Schuldenerlaß und Neue Struktur hoch gehandelt und von allen gemeinsam zum Topthema hochgepowert werden.



PERU

Überfall auf Universitäten

Wie eine zynische Antwort auf die am 9.2.87 erfolgte weltweite Veröffentlichung des Berichts von amnesty international zu den Gefängnis-Massakern im Juni 1986 erscheint der brutale Überfall von Polizei- und Militäreinheiten auf drei staatliche Universitäten Limas im Morgengrauen des 13. Februar, bei dem ein Wächter erschossen und mindestens 800 Studenten, Professoren und Arbeiter verhaftet wurden. So verschwindet diese gründlich belegte Dokumentation über das von der APRA-Regierung angeordnete Massaker nicht - wie unter der Belaúnde-Regierung die ai-Dokumentationen zu den "Verschwundenen" und dem "schmutzigen Krieg" der Streitkräfte gegen Sendero Luminoso - nicht im Papierkorb; sie wurde gelesen und "beantwortet": mit erneuter Repression großen Stils und fadenscheinigen Lügen zu ihrer Rechtfertigung. Die APRA-Regierung demonstriert, daß sie den Empfehlungen der Menschenrechtsorganisation nach Aufklärung und Bestrafung der Verbrechen, nach Entmilitarisierung und Dialog nicht folgen wird, sondern der Pentagon-Doktrin der "Nationalen Sicherheit" verpflichtet ist, der im Kampf gegen den "Weltkommunismus" alle Mittel recht sind und die Verfassung nur ein Stück Papier ist, aus dem man zu besonderen Anlässen demagogisch Nutzen zieht, um kritische Gemüter im eigenen Land und auf internationaler Ebene irrezuführen. Wovon Bush, der letzte Innenminister Belaúndes, nur laut träumen konnte, haben nun Salinas und Mantilla, die jetzt an der Spitze des Innenministeriums stehen, Wirklichkeit werden lassen.

NACHT- UND NEBELAKTION

Am 13. Februar 1987 zwischen 1 Uhr nachts und 5 Uhr früh (Zeit der Ausgangssperre) fallen in einer geheim vorbereiteten Simultanaktion Polizeieinheiten (nach amtlichen Angaben 4.000 Polizisten der Guardia Civil und der PIP), unterstützt durch Militärs und begleitet von ortskundigen Spitzeln, über die drei Universitäten her, an denen insgesamt 90.000 Studenten eingeschrieben sind: SAN MARCOS, die älteste Universität Amerikas, die UNI (Technische Hochschule) und LA CANTUTA (Pädagogische Hochschule).

Vorwand: Man hätte nachprüfen müssen, ob es stimmt, daß diese Universitäten zu Brutstätten und Zufluchtsorten der Subversion verkommen seien. Fadenscheinige Rechtfertigung angesichts der Empörung der Bevölkerung, der linken Opposition und der mit Gewalt an ihrer Arbeit gehinderten Medien: Alles sei im Rahmen und Namen der Gesetze abgelaufen, die in Art. 31 der Verfassung garantierte Autonomie der Universitäten beziehe sich nur auf deren innere Verwaltung; man hätte die Zustimmung der Rektoren angesichts des

über Lima verhängten Ausnahmezustands auch nicht einholen müssen, denn sonst hätten die ja die Subversion warnen können. "Man muß verstehen, daß es in Peru eine Autorität gibt, die sich Respekt verschafft", so Alán García am folgenden Morgen.

Im Schutz der Ausgangssperre werden die Universitätsgelände umzingelt und mit Panzern umstellt, die auch teilweise eingesetzt werden, um die Tore einzudrücken. Dann werden in Gangstermanier die diensttuenden Wächter entführt und die Telefonleitungen gekappt. Jetzt konzentriert sich die Aktion auf das jeweilige Hauptangriffsziel, die Wohnheime der Studenten und (in La Cantuta) der auf dem Unigelände lebenden Professoren. Die Polizisten treten Fenster und Türen ein, zerstören Infrastruktur und persönliches Eigentum, rauben Geld und Gegenstände aller Art und schlagen auf die Studenten ein, die dann in Unterwäsche abgeführt werden. In San Marcos werden die 500 Heimbewohner zunächst ins Unistadion gebracht, wo sie sich gefesselt auf den Bauch legen müssen, um dann nach vier Stunden in Großraumbussen zum Ausbildungszentrum der PIP in Ate gebracht zu werden. Ein Toter wurde offiziell bestätigt, sein Name aber nicht bekannt gegeben. Erst am Samstag fanden die Angehörigen des Wächters Enrique Pacheco (22) seine Leiche in der Morgue und mußten um ihre Freigabe kämpfen.



Während des Überfalls auf die Unis

UNIFORMIERTE VANDALEN

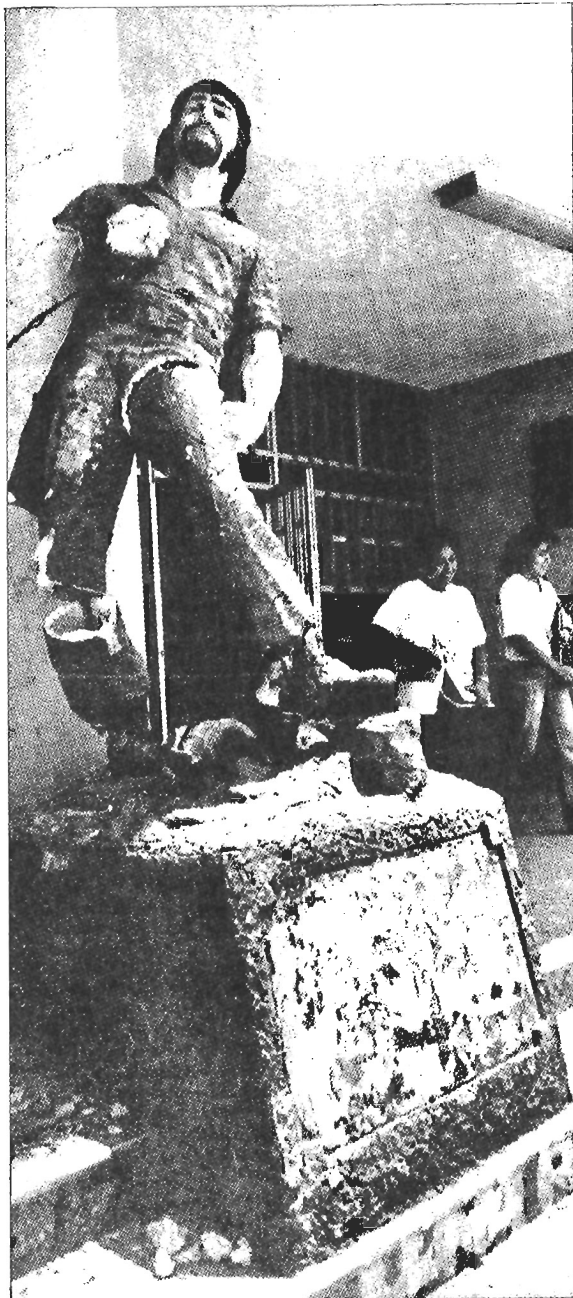
Das Schlachtfeld am nächsten Tag: Außer den Wohnheimen wurden u.a. zerstört: das Chemie-Labor von San Marcos, die Räume der Studentenvertretung, Büros und Archive der Verwaltung, Lehrerzimmer, Bibliotheken, die Statue des "Che" am Eingang zur Juristischen Fakultät, die Abteilung für Tropenmedizin, wobei gefährliche Viren und Bakterien freigesetzt worden sein sollen; Blankoformulare von Diplomen und Stempel wurden gestohlen; Schreib- und Rechenmaschinen, Fernseher Cassettenrecorder und ein neues Computerzentrum wurden abtransportiert: Staatlicher Vandalismus an ohnehin in ständigen Finanznöten dahinvegetierenden staatlichen Einrichtungen, gepaart mit den bekannten Mißhandlungen und Drohungen, diejenigen Augenzeugen "verschwinden" zu lassen, die es wagen, über Details des Verbrechens zu informieren.

Am 16.2. sind von den nach offiziellen Angaben 793 Festgenommenen knapp zwei Drittel freigelassen und 273 wegen angeblicher Verbindungen zur Subversion – unter ihnen viele Mitglieder der Vereinigten Linken (Izquierda Unida) – endgültig in Haft genommen worden. Vor dem PIP-Ausbildungszentrum und dem Staatssicherheitsgefängnis warteten die verzweiferten Angehörigen tagelang und versuchten, etwas über den Aufenthaltsort und Gesundheitszustand der Gefangenen herauszubekommen – auch das eine makabre Parallele zu den Gefängnismassakern im Juni 1986.

EIN ARSENAL VON LITERATUR

Die eher dürftige Ausbeute an beschlagnahmten Gegenständen wurde am Tag nach dem Überfall als "gefährliches Arsenal an Waffen und Sprengstoff" der Presse vorgeführt: vier Pistolen und zwei Jagdgewehre, Sprengstoffpäckchen, Plakate und Flugblätter, die nach Zeugenaussagen zu einem guten Teil von den stürmenden Polizisten mitgebracht und unter die Matratzen gesteckt worden waren, leere Bierdosen, Perücken, ein Paar grüne Hosen, erstaunlicherweise auch diverse Elektrogeräte und viele, viele Bücher: u.a. Marx, Lenin und Mariátegui, die man in jeder Buchhandlung in Lima kaufen kann, auch ein "Handbuch des Arbeitsrechts" und ein Buch mit dem gefährlichen Titel "Die wissenschaftlich-technologische Revolution (!) und ihre Auswirkungen auf die Umwelt".

Angesichts des augenfälligen Ungleichgewichts zwischen der aufgewandten repressiven Energie und dem zu Tage geförderten "Arsenal" sprach der Erziehungsminister denn auch von "prophylaktischen Maßnahmen", und Innenminister Salinas drohte während einer Pressekonzferenz, diese Art von Aktionen könne ja weitergeführt werden, "jedoch nicht notwendigerweise an den Universitäten". Dazu erklärte der Rektor der UNI, Dr. López Soria, nach diesem ersten Schritt gegen die Universitäten "wird die Aggression weitergehen, und zwar gegen die Presse, die Gewerkschaften und andere Institutionen, bis die APRA die völlige Gleichschaltung des Landes erreicht hat."



Der zerstörte und wieder aufgerichtete "Che"

Nach dem Motto: "Lügen, lügen, etwas wird schon hängenbleiben", wird nun in Pressekonferenzen und seitens der großen Mehrheit der Medien der "geglückte Schlag gegen den Terror" gelobt, die Pistolen werden zu Maschinengewehren, die grünen Hosen zur Polizeiuniform und die aufgrund von erzwungenen Selbstbezeichnungen (leere Blätter unterschreiben, auf die die Polizei dann die "Aussagen" setzt) Verhafteten zu gefährlichen Terroristen hochstilisiert.

Und der Präsident, nachdem er sich mit zwei Töchterchen auf dem Arm im Hof des Regierungspalastes, wo jetzt neben den Alpaca-Schafen auch ein Panzer steht, hat filmen lassen, spricht von einer "positiven Operation" und "notwendigen Untersuchungen", die die gesamte Bürgerschaft schon lange gefordert hätte. "Wir machen solche Dinge öffentlich (!) und auf legale Weise", brüstet sich der Präsident angesichts der Kritik von amnesty international und wird nicht rot dabei, wenn er hinzufügt: "Wir verfallen nicht in den 'schmutzigen Krieg'".

POPULARITÄTSVERLUST DER REGIERUNG

In Wirklichkeit ist die APRA in den letzten Monaten in starke Bedrängnis gekommen. Die manipulierten Kommunalwahlen brachten ihr zwar viele Bürgermeisterposten – u.a. in Lima – ein, aber prozentual lag die Partei 12% unter dem im April 1985 bei den Präsidentschaftswahlen erzielten Ergebnis. Den ehrgeizigen Perspektiven (Wiederwahl Garcías und das Verbleiben an der Regierung bis zum Jahr 2.000) wurde der Boden entzogen. Immer mehr Peruaner nehmen die größer werdende Kluft zwischen den Interessen der Regierung und ihren eigenen Interessen wahr. Der Wahlsieg wurde zum Pyrrhussieg, die autoritäre Arroganz läßt sich nicht mehr – wie noch vor eineinhalb Jahren – mit schönen Worten zudecken, zumal die wirtschaftliche Lage trotz des offiziellen Optimismus weiterhin düster ist: Es wird monatlich abgewertet, und die Preise steigen. Sendero Luminoso agiert weiter wie bisher: Attentate, Stromausfall, Chaos. Neue Massaker in Andendörfern, Bekanntwerden von Folterpraktiken (zuletzt an zehn erwiesenermaßen unschuldigen Bauern in Cuzco), die Endphase des Prozesses um den Journalistenmord in Uchuraccay, wo selbst der Staatsanwalt die wirklich Schuldigen (Sirchis, Marinesoldaten, General Noel) beim Namen nennt; Skandale, in denen die Verbindung wichtiger Parteileute mit dem Kokain-Handel aufgedeckt werden – all das hat dazu geführt, daß die Popularität der Regierung spürbar abnahm und damit die Rückendeckung schwindet, die eine Regierung braucht, um unpopuläre Maßnahmen im Interesse des in- und ausländischen Kapitals und der reaktionären Militärs gegen das Volk durchzusetzen. So hagelt es denn auch Knüppel gegen alles, was sein Recht fordert und protestiert, auch gegen Mütter und Kinder, die die Fortsetzung des von Barrantes (III-Bürgermeister von Lima) initiierten Milch-Programms fordern.

Angesichts der vertrackten Lage schritt der Präsident zur Gegenoffensive: Zuerst die Staatsbesuche in Nicaragua und Indien, die der Image-Verbesserung dienten, dann – nach seiner Rückkehr – will er Ordnung schaffen im eigenen Haus. Zunächst sind es nur einige effekthascherische Verlautbarungen, eher harmlos bis absurd: Die Funktionäre der Partei sollen weniger feiern und mehr arbeiten; die Subversion werde in Zukunft unter aktiver Beteiligung der Bürger per Telefon bekämpft – durch denunzierende Anrufe beim Innenministerium. Dann, ernst und folgenreich, die Einberufung von außerordentlichen Legislaturperioden, um u.a. die Sondergerichte für Terrorismus-Angeklagte durchzustutzen; das heißt: Verdreifachung der Strafen, Ausschuß der Öffentlichkeit, Sonderrichter, Geheimhaltung des Aufenthaltsorts der Angeklagten, usw. Und schließlich der Frontalangriff auf die Universitäten, der in der gesamten Intelligenz und einem Gutteil der Bevölkerung Abscheu, Angst und tiefe Sorge um die Zukunft des Landes und seiner gebrechlichen Demokratie-Ansätze hervorruft.

Auf die Frage, ob er meine, der Faschismus stehe schon vor der

Tür; antwortete der Rektor der UNI: "Nein, ich glaube, er ist schon eingetreten"; der Rektor von San Marcos sieht "einen Schritt weiter auf dem von General Cisneros vorgezeichneten Weg", d.h. in die von ultrarechten Militärs vorgezeichnete Richtung. Brecht wird viel zitiert, auf Goebbels und den deutschen Nazismus verwiesen. Der neue Exzeß hat nicht das gebracht, was er bringen sollte. Unter legalem Aspekt handelt es sich um eine eklatante Verfassungsverletzung, gepaart mit gewöhnlichen Verbrechen (Raub, Freiheitsberaubung, Körperverletzung, Mord). Polizeilich ist die Aktion gescheitert: Das Hauptquartier von Sendero Luminoso wurde nicht ausgehoben, die Waffenschmiede nicht entdeckt. Und politisch wurde der formal noch herrschenden Demokratie ein weiterer Fußtritt versetzt. Sie taumelt, und es ist möglich, daß sie bald ganz umstürzt.

Aber die Studenten von San Marcos haben den übel zugerichteten und umgestürzten "Ché" am nächsten Morgen wieder aufgestellt und mit Draht an einer Säule festgebunden - Anlaß zur Hoffnung?



Das gefährliche Arsenal der Studenten

BRASILILIEN

Das Volk zahlt die Schulden

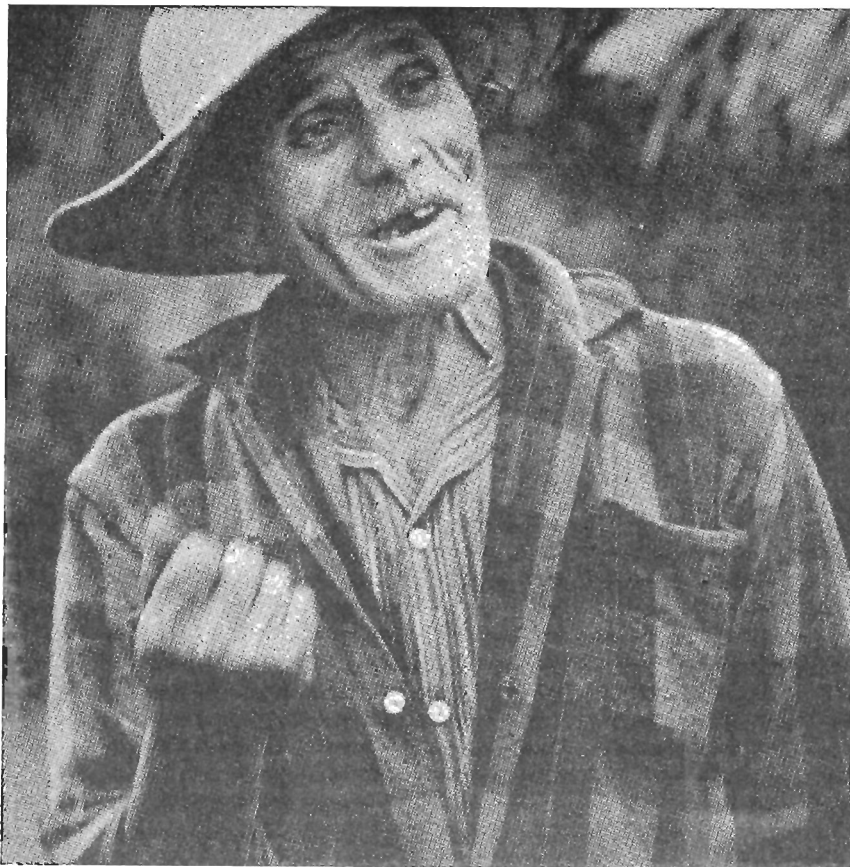
Am 20.2.1987 hat die Regierung Sarney ein Schuldenmoratorium verkündet. Brasilien war an die Grenzen seiner Zahlungsfähigkeit gelangt. Und das nur kurze Zeit, nachdem im letzten Jahr eine Währungsreform den Brasilianern Hoffnung auf eine grundlegende Besserung der wirtschaftlichen Lage gemacht hatte. Das Moratorium war kein politisch fundierter Akt - so wie es die lateinamerikanische Linke immer wieder fordert -, sondern die direkte Konsequenz der wirtschaftlichen Entwicklung. Der folgende Artikel umreißt die wirtschaftspolitische Situation, die nach dem Scheitern des "Plan Cruzado" zu der Verkündung des Moratoriums geführt hat.

Am 28. Februar hatte Brasilien einen Geburtstag zu feiern. Der "Plan Cruzado" - und damit die neue Währung - wurde ein Jahr alt, aber das Neugeborene ist schon ein ungeliebtes Kind. Waren im letzten Jahr noch die "Kontrollleure Sarneys" ausgezogen, um Verstöße gegen den Preisstopp zu brandmarken und zierte viele Autos der Aufkleber "Cruzado - ich glaube 'dran", ist heute wieder der inflationäre Alltag eingelehrt. Der Traum von einer stabilen Währung bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum war kurz, gerade lang genug, um der Regierungspartei PMDB einen hohen Wahlsieg zu beschern. Nur wenige Tage nach den Wahlen am 15. November wurde der "Plan Cruzado II" verkündet, d.h. drastische Preiserhöhungen für einige Artikel (vgl. LN 156). Zwar blieb der Preisstopp für die meisten Produkte in Kraft, aber der Glaube an einen festen Cruzado war dahin. Die staatliche Kontrolle der Preise, die bis heute für viele Artikel gilt, wird immer mehr zu einer Verwaltung der Inflation. Anfang 1987 war Brasilien wieder zu den Inflationsraten zurückgekehrt, die es vor dem "Plan Cruzado" hatte. Im Januar betrug sie 16,8% (monatlich!), für Februar wird sie auf 15% geschätzt. Damit ist der "Plan Cruzado" - gemessen an seinem Hauptziel, der Inflationsbekämpfung - gescheitert.

Auch andere Wirtschaftsdaten verschlechterten sich rapide: Im Januar sank die Industrieproduktion im Raum São Paulo (dem wichtigsten Industriegebiet des Landes), der Handelsumsatz ging zurück, zum ersten Mal seit langem erhöhte sich wieder die Zahl der Arbeitslosen. Gleichzeitig schwanden die Devisenreserven, und der Außenhandelsüberschuß betrug im Januar nur noch 129 Mio. Dollar, das schlechteste Ergebnis seit dem Krisenjahr 1983. Die Wirt-

schaftsprognosen sind düster, nur Optimisten rechnen noch mit einem geringen Wirtschaftswachstum für 1987. Die Anzeichen sprechen für eine schwere Krise.

Läßt man einmal die Komplexe und Schulden beiseite, stellen sich vor allem zwei Probleme: Der plötzliche Wiederanstieg der Inflation hat vor allem die unteren Lohngruppen hart getroffen. Der Kaufkraftverfall wird durch eine Lohngleitskala, die eine Anpassung nach einer Preissteigerung von 20% vorsieht (der sog. "gatilho"), nur unzureichend ausgeglichen. Damit erreichte der staatlich garantierte Mindestlohn seinen tiefsten Stand seit der Einführung durch den Diktator Getulio Vargas 1940 (!). Besonders betroffen vor der Wirtschaftskrise sind jene zwei Drittel der Lohnarbeiter/innen, die nur bis zu drei Mindestlöhnen verdienen, und jenes Drittel, das sogar nur einen Mindestlohn oder noch weniger verdient.



Dieser Verfall des Mindestlohns wird von der Regierung eingestanden, die sich im Januar und Februar mit einer Reihe von Verbesserungsvorschlägen befaßte. Ein Vorschlag sah die Koppelung an den Dollar vor, bei einer Festschreibung auf 200 Dollar. Der Vorschlag hätte sogar bei dem niedrigen Dollarkurs eine Vervielfachung des Mindestlohnes bedeutet. Der Vorschlag verschwand schnell in einer Schublade, genauso wie alle anderen, die weitaus geringere Erhöhungen vorsahen. Die Folge war eine Serie von Streiks in den ersten beiden Monaten: bei der Post in São Paulo, der Hafenarbeiter in Santos, bei der Müllabfuhr in Rio. Während in einzelnen Branchen die zersplitterten Lohnkämpfe durchaus Erfolge erzielen konnten, blieben die schlecht organisierten Sektoren der Lohnarbeiter(innen) auf der Strecke, vor allem diejenigen in den ärmeren Landesteilen und insgesamt die lohnabhängigen Frauen. Die anfängliche Unterstützung für die Wirtschaftspolitik der Regierung – gerade seitens der Schlechterverdienenden – ist in Enttäuschung und Wut umgeschlagen. Sehr spät (zum 1. März), rang sich die Regierung zu einer Erhöhung des Mindestlohns durch: Sie liegt nur 3,7% über der Inflationsrate.

Für Bauern und Unternehmer dagegen liegt das entscheidende Versagen der Regierung in ihrer Unfähigkeit, das Ansteigen der Zinsen zu verhindern. Anfang Februar schnellten die Zinsen für Festgelder auf 800% p.a. hoch, wobei an einem einzigen Tag eine Steigerung um 100 Punkte registriert wurde. Die Zinsen für kurzfristige Kredite erreichten 30% pro Monat, eine ähnliche Höhe haben die Zinsen für langfristige Kredite mit flexibler Finanzierung. So sehen sich Bauern und Kleinunternehmer, die zu Zeiten von Null-Inflation und niedrigen Zinsen Kredite aufgenommen hatten, nun mit geradezu abenteuerlichen Forderungen konfrontiert – ohne die Möglichkeit, diese Steigerungen über den wesentlich langsamer funktionierenden und z.T. staatlich kontrollierten Warenmarkt zu kompensieren.

Die Lage der Landwirtschaft ist grotesk: Brasilien erwartet eine Rekorderte, aber es besteht die Gefahr, daß ein Großteil der Ernte verrottet, weil die Finanzierungsbedingungen und Erzeugerpreise eine Vermarktung verhindern. Die Bauern – angeführt vom ultrarechten Agrarverband UDR – haben schnell wirksame Proteste organisiert und erste Zugeständnisse erreicht (Anhebung einiger Erzeugerpreise, ein spezielles Programm für Agrarkredite). Gleichzeitig hat die Regierung die Zinsen zum "Feind Nr. 1" erklärt und den Chef der Zentralbank entlassen. Aber: Die Zinsen werden im Wesentlichen von zwei Faktoren beeinflußt, der Inflationserwartung und dem Haushaltsdefizit. Letzteres liegt bei ca. 50% des Bruttoinlandsprodukts, eine abenteuerliche Zahl. Will die Regierung wirklich zur Zinssenkung beitragen, muß sie das Haushaltsdefizit senken. Weniger technisch ausgedrückt heißt das: Sie muß die Ausgaben senken, sie muß sparen, was sie auch tun will.

Es bedarf keiner prophetischen Gaben, um zu sehen, daß die Ver-

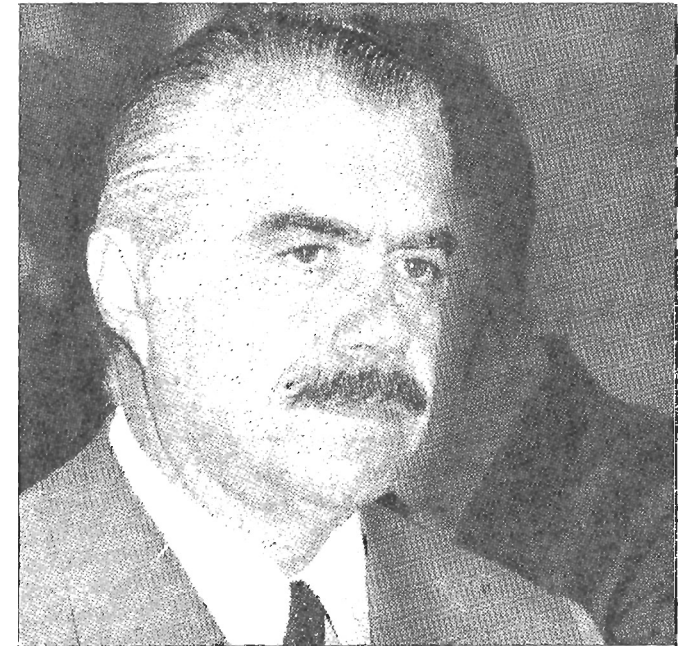
bindung dieser Faktoren (Inflationsrate, Anstieg der Arbeitslosigkeit, Höhe der Zinsen, Haushaltseinsparungen) eindeutig in Richtung Rezession weisen. Vieles spricht dafür, daß die nächsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen aus dem klassischen Arsenal der Austeritätspolitik stammen werden. Bis zum 19. Februar war die wirtschaftspolitische Situation, d.h. die drohende Krise, das bestimmende Thema in Brasilien. Aber dann kam es zu einem plötzlichen Szenenwechsel.

DIE REGIERUNG APPELLIERT ANS VOLK

Am 20.2. verkündete die Regierung ein Moratorium, d.h. Brasilien wird bis auf weiteres seine Auslandsschulden nicht bezahlen. Die Auslandsschulden Brasiliens betragen ca. 100 Mrd. US-Dollar, zwei Drittel dieser Summe (ca. 64 Mrd. Dollar) schuldet Brasilien ausländischen Privatbanken. 1986 mußte Brasilien ca. 10 Mrd. Dollar aufbringen, den größten Teil für Zinszahlungen, die Schuldentilgung ist minimal. Das Geld für diese Zahlungen muß aus Außenhandelsüberschüssen erwirtschaftet werden, d.h. konkret: Brasilien braucht einen monatlichen Außenhandelsüberschuß von fast 1 Mrd. Dollar. Im Januar betrug der Überschuß aber gerade noch 129 Mio. Gleichzeitig waren die Devisenreserven auf 3,7 Mrd. Dollar geschrumpft. Die Situation, die zur Verkündung des Moratoriums führte, ist simpel: Brasilien steht am Rande der Zahlungsunfähigkeit.

In einer rhetorisch geschickten und demagogischen Rede wandte sich Präsident Sarney auf allen Fernsehkanälen ans Volk und machte aus der Zahlungsfähigkeit einen antiimperialistischen Akt. Er machte Banken, multinationale Konzerne und den Weltmarkt für die Zahlungskrise verantwortlich und hielt den Gläubigern selbstbewußt den Satz des verstorbenen früheren Staatspräsidenten Tancredo Neves entgegen: "Die Schulden werden nicht mit dem Hunger des Volkes bezahlt!" Sarney, der in der letzten Zeit von den Karikaturisten nur noch als lächerlicher Gnom dargestellt worden war, unfähig, angesichts der Krise Entscheidungen zu treffen, hatte plötzlich Statur gewonnen. Beifallskundgebungen von rechts bis links, breite Zustimmung für die Rede in der Bevölkerung, Glückwunschtelegramme u.a. aus Argentinien, Kuba und China. Dabei hatte die Regierung immer die Forderung der Linken nach einem Schuldenmoratorium zurückgewiesen, und Finanzminister Funaro wollte noch letztes Jahr dieses Wort nicht mehr hören. Umso unverständlicher ist, daß von vielen Linken – insbesondere dem linken Flügel des PMDB – die "Entscheidung" der Regierung als Fortschritt gefeiert wird. Sogar Lula, der Vorsitzende der PT, ließ sich zu der Äußerung hinreißen: "Wir haben es ja schon immer gesagt." Was? Daß Brasilien zahlungsunfähig werden soll?

Die Regierung hat mächtig aufgetrumpft, hat auf die bedeutende Rolle Brasiliens in der Weltwirtschaft (8. Platz der Industriationen) hingewiesen – so als gäbe es nichts Bedeutenderes als ho-



Präsident Sarney

he Schulden. Gewiß, Brasilien ist nicht Grenada (ein oft zitierter Spruch) und kann von den Multis und Banken nicht einfach fallengelassen werden. Aber ein Schuldner ist nur dann souverän, wenn er es sich leisten kann, seine Schulden nicht zu bezahlen – und das muß im Fall Brasiliens bezweifelt werden. Im Grund läßt sich die Lage des Schuldnerlandes Brasilien in zwei Axiome fassen:

- 1) Brasilien kann und wird seine Schulden und die Zinsen nicht – in der bisherigen Form – bezahlen.
- 2) Brasilien muß weiter zahlen.

Den ersten Punkt haben inzwischen wohl die Regierungen der wichtigsten Gläubigerstaaten eingesehen, während die entscheidenden Gläubiger, die Privatbanken, bisher eher durch Arroganz und Härte hervortraten. In den Jahren 1978 – 1983 hat Brasilien 47 Mrd. \$ allein durch den Anstieg der Zinsrate verloren, die Summe der Zinsen ist unterdessen höher als die ursprüngliche Höhe der Schulden. Weiterhin fast 10 Mrd. \$ pro Jahr zu bezahlen, erscheint unerträglich.

Den zweiten Punkt aber, daß Brasilien weiter zahlen muß und wird, übersieht man nur allzu leicht in der innerbrasilianischen Diskussion. Streichung aller Schulden und Zinsen würde den Ausstieg Brasiliens aus der Weltwirtschaft bedeuten. Aber die brasiliani-

sche Industrie ist fest in den Weltmarkt integriert, sie ist - wie jede entwickelte Industrie - von Rohstofflieferungen und Technologietransfers abhängig. Abkoppelung vom Weltmarkt würde das Ende der INDUSTRIENATION Brasilien bedeuten - und damit das Ende auch der brasilianischen Mittelklasse. Natürlich könnte Brasilien sich abkoppeln, aber dafür bedürfte es eines brasilianischen Pol Pots. Es gibt auch gar keine Versuche, ein glaubwürdiges Ausstiegsszenario zu entwickeln. Und solange das so ist, bleibt die "Stärke" des Schuldners Brasilien relativ.

Nachdem der rhetorische Dunst sich etwas gelegt hatte, wurde auch klar, worum es der Regierung geht: Neuverhandlung der Schulden, neue Kredite sowie eine Begrenzung der Zinszahlungen auf eine bestimmte Summe (im Gespräch sind 7 Mrd. \$ für 1987).

DAS MORATORIUM 1982: UNANGENEHME ERINNERUNGEN

Der rhetorische Kraftakt der Regierung war auch deshalb notwendig, weil mit der Einstellung der Zahlungen unangenehme Erinnerungen wach wurden. Die Regierung Sarney ist nicht die erste, die einen Stop des Schuldendienstes verkündet hat, und das letzte Beispiel ist den Brasilianern noch deutlich in Erinnerung. 1982 war Brasilien unter der Regierung von General Figueiredo zahlungsunfähig; die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit wurde schließlich mit einer schweren Wirtschaftskrise, einem Canossa-gang zum IWF und einer Beaufsichtigung der Wirtschaft durch den IWF erkaufte. Diese Erinnerung ist traumatisch, und die Regierung muß heute alles tun, um Parallelen mit 1982/83 zu vertuschen. Der Unterschied soll darin bestehen, daß Brasilien noch 3,7 Mrd. Dollar Devisenreserven besitzt (was jedoch von vielen bezweifelt wird), daß Brasilien diesmal nicht zum IWF gehen wird und daß am Ziel des Wirtschaftswachstums festgehalten wird.

Das sind nun löbliche Vorsätze, aber die reale Wirtschaftsentwicklung zeigt in eine andere Richtung. Sarney hat denn auch in seiner Ansprache drei weniger beachtete Schritte angekündigt:

- Der Staat soll in diesem Jahr nur soviel ausgeben, wie voraussichtlich eingenommen wird.
- Die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten werden alle Investitionen aus eigenen Einnahmen bestreiten.
- Um die öffentlichen Ausgaben zu senken, wird die Regierung die gesamte Investitionspolitik überprüfen.

Das ist die äußerst unspezifische - und damit folgenlose - Ankündigung eines Sparprogramms. Grundsätzlich Anderes würde dem IWF auch nicht einfallen. Die beiden immer wieder vorgebrachten Versicherungen der Regierung, sie werde sich nicht dem IWF unterwerfen und keine Rezession in Kauf nehmen, erscheint so als reine Demagogie, da die Regierung bisher kein Programm vorgelegt hat, wie sie die drohende Rezession verhindern will. Die Regierung wird auch in diesem Jahr Schulden bezahlen und muß deshalb Maßnahmen ergreifen, um die Exporte zu fördern und die Importe zu drosseln; auf seiner Europareise hat Wirtschaftsminister Funaro

einen Außenhandelsüberschuß von 8 Mrd. Dollar in Aussicht gestellt. Eine Maxi-Abwertung des Cruzado ist wahrscheinlich. Aber jede Importdrosselung hat auch rezessive Folgen.

Ebenso demagogisch ist der Spruch: "Die Schulden werden nicht mit dem Hunger des Volkes bezahlt!" Brasilien zahlt seine Schulden mit dem Hunger des Volkes. Trotz (?) Wirtschaftswachstum und Industrialisierungserfolgen in den letzten Jahren leben weite Kreise der Bevölkerung im Elend. In Maranhão, dem Bundesstaat im Nordosten, aus dem der Großgrundbesitzer und Präsident der Repu-



Brasilien zahlt seine Schulden mit dem Hunger des Volkes

blik Sarney stammt, beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung 51 Jahre - vergleichbar mit der in den ärmsten Regionen Afrikas. In Paraíba, einem anderen Staat des Nordostens, entfallen 48,3% aller Todesfälle auf Kinder unter vier Jahren. Und das Einkommen der zwei Drittel der Bevölkerung, das bis zu drei Mindestlöhnen beträgt, liegt nach Berechnungen des Wirtschaftsinstituts der Gewerkschaften (DIESS) unter dem Existenzminimum.

Dennoch hat die Regierung durch die Ankündigung des Moratoriums Zeit gewonnen, hat zumindest an einem Punkt breite Zustimmung erzielt und den Blick auf das Ausland gewendet, auf die Schauplätze der Reisen Funaros und die internationalen Banken. Denn bei aller Kritik an der demagogischen Ausschlichtung der Zahlungsunfähigkeit kann ja nicht übersehen werden, daß Brasilien gute Gründe hat, eine Neuverhandlung der Schulden zu fordern. Das Verdienst

des Moratoriums ist es, das Problem der Schulden wieder in den Blickpunkt gerückt zu haben und deutlich zu machen, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Die Regierung versucht jetzt, die anderen Schuldnerländer und die "gemäßigteren" Regierungen der Gläubigerländer für eine umfassende Revision der Schuldenregelung zu gewinnen. Glaubhafter allerdings wären diese Bemühungen, wenn sich die Regierung schon vor der Zahlungsunfähigkeit um eine breite politische Front – sowohl innerhalb Brasiliens als auch unter den Schuldnerländern – bemüht hätte. Das Gegenteil war der Fall, die Forderung nach einem Moratorium war immer als linke Spinnerei abgetan worden.

DER "SONDERFALL BRASILIEN": ENDE DES MUSTERSCHULDNERS

Die jetzige Wirtschaftssituation hat wieder einmal den Traum von einem brasilianischen Wunder zerplatzen lassen. Bis zum vergangenen Jahr bestand der Stolz der brasilianischen Regierung darin, die Schulden pünktlich zu bezahlen – und das bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum. Auch in den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN wurde vor nicht einmal einem Jahr der "Sonderfall Brasilien" herausgestellt (vgl. LN 150): ein Beispiel dafür, daß Wirtschaftswachstum und verschuldete Entwicklung keine Gegensätze sein müssen. Innerhalb von wenigen Monaten ist aus der Erfolgsbilanz ein Katastrophenszenario geworden: Die Regierung hat die Haushaltsreserven aufgebraucht (um noch einmal die Wahlen zu gewinnen), hat den Außenhandelsüberschuß heruntergewirtschaftet, ist mit dem "Plan Cruzado" gescheitert. Dabei hing der "Sonderfall Brasilien" von positiven Faktoren ab, die sich in der Zwischenzeit kaum geändert haben. Brasilien hat als Erdöl-importierendes Land (im Gegensatz zu Mexico) vom Verfall des Ölpreises profitiert, die internationalen Zinsen sind auf einem niedrigen Niveau. Insofern ist 1987 wirklich nicht 1982. Damals kostete ein barrel Öl 34 \$, und die Zinsrate erreichte 20%. 1982 konnte die Regierung glaubhaft die Änderung äußerer Faktoren für die Schuldenkrise verantwortlich machen. Dieser Vergleich macht die jetzige Bilanz noch niederschmetternder. Aber wie konnte aus dem Wunder so schnell ein Alptraum werden?

Die Regierung hat dafür bisher nur eine Erklärung geliefert: Das Ausbleiben neuer Investitionen durch Auslandskapital. Unzweifelhaft existiert ein Investitionsboykott gegen Brasilien. Aber allein dies kann den Umschwung nicht erklären. Zur Verschlechterung der Außenhandelsbilanz hat der Anstieg der Importe beigetragen. Als nach dem Preisstop im vergangenen Jahr Fleisch, Milch und andere Lebensmittel knapp wurden, griff die Regierung zu verstärkten Importen. Der vorübergehende Anstieg der Kaufkraft und die damit wachsende Inlandsnachfrage konnte ebenfalls teilweise nur durch Importe befriedigt werden. Gleichzeitig sanken die Exporterlöse, was nur zum Teil durch den Preisverfall auf dem Weltmarkt zu erklären ist. Auch der mengenmäßige Umfang der Exporte ging zurück.

POLITISCHE FOLGEN

Die Atempause dürfte der Regierung nur dann nützen, wenn ihre optimistischen Voraussagen (8 Mrd. \$ Außenhandelsüberschuß, Wirtschaftswachstum von 1 – 2%) wirklich zutreffen. Die Anzeichen sprechen eher dagegen. Damit aber stehen erneut die Diskussionen auf der Tagesordnung, die vor dem 20. Februar (dem Tag der Verkündung des Moratoriums) die politische Landschaft geprägt haben.

Die Regierung ist mit ihrem Versuch, Gewerkschaften und Unternehmer zu einem Sozialpakt zu bewegen, gescheitert. Selbst die Regierung nahestehende Gewerkschaft CGT hat das Ansinnen zurückgewiesen, ohne ein konkretes Angebot der Regierung ein Stillhalteabkommen zu unterzeichnen. Angesichts der Kaufkraftverluste der unteren Einkommensgruppen haben sich die Positionen von CGT und (linker) CUT angenähert. Nachdem im letzten Jahr die CUT noch allein zu einem (nur teilweise erfolgreichen) Generalstreik aufgerufen hatte, wollen jetzt CGT und CUT gemeinsam einen Generalstreik im April organisieren.



Mit der schlechten Wirtschaftsbilanz wird auch die politische Legitimation Sarneys in Frage gestellt. Der Präsident der "neuen Republik" ist der indirekt gewählte Vizepräsident, gewählt von einer korrupten Institution des Militärregimes und bis kurz vor Toresschluß Repräsentant dieses Regimes. Die am 15. November 1986 gewählte Verfassungsgebende Versammlung wird auch über die Dauer des Mandats Sarneys befinden. Es formieren sich Kräfte, die Direktwahlen noch für das laufende Jahr fordern. In einer Wirtschaftskrise wird Sarney es schwer haben, sich im Amt zu behaupten, auch wenn er verkündet, er werde nicht den brasilianischen Kerensky (bürgerliche Übergangsregierung nach dem Sturz des Zaren) spielen. Niemand erwartet, daß ein brasilianischer Lenin zur Stelle ist, aber der linkspopulistische Brandt-Freund und Ex-Gouverneur von Rio, Leonel Brizola, ist trotz seiner Wahlniederlage im letzten November wieder ein ernst zu nehmender Kandidat der Opposition.

ARGENTINIEN

Kredite für einen Musterknaben

Im Januar gewährte der Internationale Währungsfonds Argentinien einen dringend benötigten Stand-by-Kredit über 1,35 Mrd. US-Dollar, den höchsten in der Geschichte des Landes. Auch von der Weltbank kamen Kreditzusagen zur Wirtschaftsförderung. In der Folgezeit gab die Regierung neue einschneidende Wirtschaftsmaßnahmen gegen die steigende Inflation und zur Förderung der Exporte bekannt, die vor allem dazu dienen soll, Devisen für den Schuldendienst zu erwirtschaften.

"Guten Abend. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß die Regierung nach einer Analyse der Preisentwicklung der letzten beiden Monate sowie einer Betrachtung der Auswirkungen der gestiegenen Inflation auf die gegenwärtige wirtschaftliche Wiederbelebung und auf die Kaufkraft der Bevölkerung beschlossen hat, mit Wirkung des morgigen Tages (26.2.) die Preise und Löhne einzufrieren." So beginnt die Fernsehansprache von Wirtschaftsminister Sourrouille, in der er die neuesten wirtschaftspolitischen Maßnahmen begründet.

Nach dem monatelangen rigiden Lohnstop und dem weniger rigid durchgehaltenen Einfrieren der Preise im Zuge des "Plan Austral" (Juni 1985) lockerte die Regierung diese Maßnahmen, was aber sofort wieder zu einem Ansteigen der Inflation auf 86% 1986 führte (geplant war nur ein Drittel dieses Betrags). Im Januar 1987 stiegen die Preise um 7,6% (gegenüber geplanten 3%).

Folgende Daten verdeutlichen die schwierige wirtschaftliche Situation Argentiniens.

Auslandsverschuldung 1986: 51 Mrd. \$ (+ 4%)

Schuldendienst 1986: 4,2 Mrd. US-\$

1987: 5,0 Mrd. US-\$

Handelsbilanzüberschuß 1985: 4,6 Mrd. \$

1986: 2,5 Mrd. \$

Rückgang der Exporterlöse 1986 (gegen 1985): 20%

Haushaltsdefizit 1986: 2,5 Mrd. US-\$

1987: 2,8 Mrd. US-\$ (geplant)

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts 1985: - 4,5%

1986: + 4,7%

Industrieproduktion 1986: + 12%

Landwirtschaftsproduktion 1986: - 2%

Nach Angaben des Wirtschaftsministers liegt damit die gegenwärtige



Wirtschaftsminister Sourrouille
wird für den Fernsehauftritt schön gemacht

ge Produktionsrate der argentinischen Wirtschaft auf dem gleichen Stand wie vor 15 Jahren.

Um die Exporte anzukurbeln verkündete die Regierung ein Maßnahmenbündel, das steuerliche Erleichterungen im Exportsektor vorsieht und die Finanzierung durch Fremdkapital in den exportträchtigen Bereichen von Bergbau, Industrie und Agroindustrie erleichtern soll.

"Die Modernisierung unserer Industrie ist ein weiterer wesentlicher Bestandteil der von uns angestrebten Öffnung der Wirtschaft. Um die Investitionen in diesem Bereich zu fördern, haben wir drei Maßnahmen getroffen: Erstens wurden die Importzölle für Investitionsgüter, die nicht im Lande hergestellt sind, auf null reduziert (...) Im Rahmen des Gesetzes zur Förderung der Industrie werden ferner die Investitionsgüter, die im Lande nicht vorhanden sind und deren Import die Effektivität und Kapazität unserer Inlandsversorgung verbessert wird, von Importsteuern befreit. Und schließlich werden geeignete Kreditlinien für Investitionen im Bereich der Hochtechnologie eingerichtet, um unsere nationale Maschinenbau- und Ausrüstungsindustrie zu fördern." Diese Maßnahmen bergen natürlich die Gefahr, daß sich damit das Loch in der Handelsbilanz Argentiniens weiter vergrößert, wenn die

erhöhten Importe nicht durch eine Steigerung vor allem der landwirtschaftlichen Exporte aufgefangen werden können, da Modernisierungsmaßnahmen sich (wenn überhaupt angesichts der Konkurrenz auf dem Weltmarkt) erst langfristig auf eine Erhöhung der industriellen Exporte auswirken werden.

Zusätzlich verkündete Sourrouille Maßnahmen zum Abbau des staatlichen Personals durch freiwillige Pensionierung (bei einer Abfindungssumme und einer begrenzten Zeit der Lohnfortzahlung) und die Gründung eines Direktorats für Staatsbetriebe, das Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz koordinieren soll.

Betrachtet man den von der argentinischen Regierung untezeichneten "letter of intent" gegenüber dem IWF, eine Verpflichtungserklärung, die Voraussetzung für die Kreditgewährung ist (vgl. die im folgenden abgedruckten Auszüge) dann wird deutlich, daß die geplanten Maßnahmen in engem Zusammenhang mit der Zahlung des Schuldendienstes stehen. Trotz zeitweiser rhetorischer Kraftakte gegen die "illegitime Auslandsverschuldung" sieht es nicht so aus, als erwäge die Regierung Alfonsín ernsthafte Maßnahmen zur Begrenzung der Schuldenzahlung. Und der IWF honoriert das musterhafte Verhalten, das so sehr von dem der Regierung Perus oder nun auch Brasiliens (vgl. den Artikel in dieser Nummer) absticht.

Auf Begeisterung sind die Ankündigungen keineswegs gestoßen. Es ist in den letzten Monaten deutlich geworden, daß das Instrument des Lohn- und Preisstops zwar die Inflation vorübergehend anhalten kann, aber jegliche Lockerung zu einem erneuten Ansteigen der Inflation führt. Insofern hat Sourrouille damit eine Notbremse gezogen, ohne daß deshalb klar wäre, wie es nach der viermonatigen Einfrierung weitergehen soll.

Unter den Gewerkschaften sind die Maßnahmen auf heftige Kritik gestoßen: Die vor der Einfrierung dekretierten Lohnerhöhungen gleichen den Kaufkraftverfall der letzten Monate nicht aus, und die ebenfalls verkündeten Erhöhungen der Zigarettenpreise und des Benzens bedeuten eine weitere Belastung.

Die Regierung sah sich aber aus innenpolitischen Gründen gezwungen, Entscheidungsfreude und schnelle Erfolge in der Inflationsbekämpfung vorzuweisen: Im Oktober stehen Nachwahlen für den Kongreß an, bei denen die Diskussion über die Wirtschaftspolitik eine wichtige Rolle spielen wird.

QUELLEN: El Clarín, Edición Internacional, Buenos Aires; Monitor Dienst der deutschen Welle vom 27.2.1987 (darin ist die Rede des Wirtschaftsministers abgedruckt), Handelsblatt

ABSICHTSERKLÄRUNG DER ARGENTINISCHEN REGIERUNG GEGENÜBER DEM INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS

Im folgenden dokumentieren wir die wichtigsten Passagen des "letter of intent", den die argentinische Regierung an den IWF richtete. Hierin werden die wirtschaftspolitischen Maßnahmen deutlich, zu denen sie sich verpflichten mußte, um den IWF-Kredit zu erhalten. Deutlich wird auch, wie die Politik darauf ausgerichtet ist, die Zahlung des argentinischen Schuldendienstes zu sichern.

Im Juni 1985 lancierte die Regierung einen integralen Plan, um die Ungleichgewichte der argentinischen Wirtschaft zu korrigieren. Dieser Plan beinhaltete eine starke Änderung bezüglich der früheren Anstrengungen und basierte auf der Prämisse, daß ein stabiles Wirtschaftswachstum nur durch eine bessere Allokation der Ressourcen und der Kapitalbildung erreicht werden kann. Die wichtigsten Elemente waren eine Reduzierung des Haushaltsdefizits, die Anpassung der Geldpolitik an eine Situation niedriger Inflation, die Einfrierung von Löhnen und Preisen sowie ein festes Austauschverhältnis der Währung zum US-Dollar, um eine Senkung der Inflation zu erreichen. Das Programm umfaßte weiterhin die Einführung einer neuen Währung und eine Finanzreform (...)

Die Ergebnisse des Plans waren sehr positiv. Die Teuerungsrate der Verbraucherpreise sank von 28% monatlich im zweiten Trimester 1985 auf 2,5% zwischen Juli 1985 und Februar 1986 (...). Nach einem Rückgang des Industrieprodukts im dritten Trimester 1985, war eine bedeutende Erholung der Industrieproduktion zu verzeichnen.

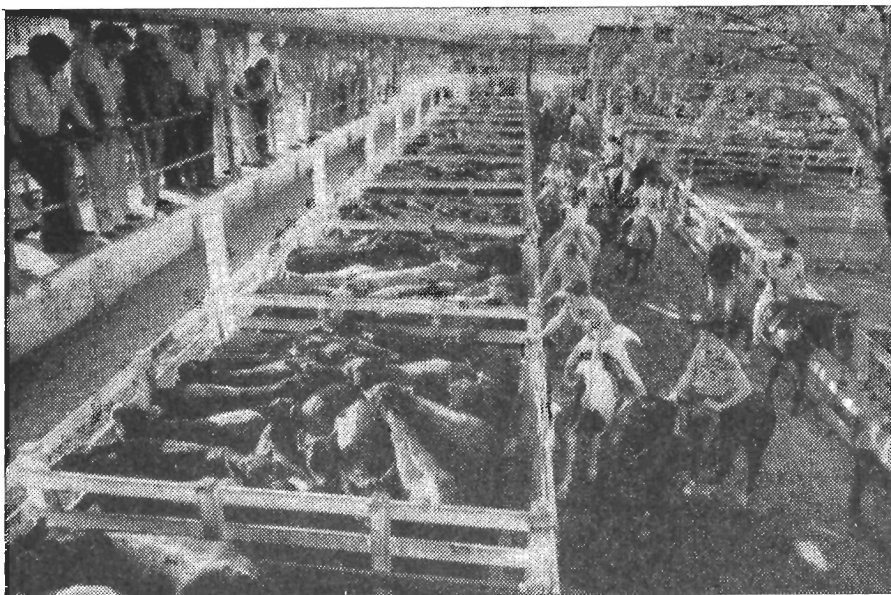
INFLATION

Seit März 1986 gab es eine zeitweilige Beschleunigung der Inflation. Das läßt sich zum Teil durch eine Verknappung des Fleischangebots (...) und durch saisonbedingte Faktoren erklären. Generell führte die Flexibilisierung von Löhnen und Preisen ab März 1986 zu einem Anstieg der Inflationsrate. (...) Zwischen Februar und Juni 1986 betrug die Steigerung der Verbraucherpreise im Monatsdurchschnitt 4,5%, im Juli 6,8% und 8,8% im August (...)

Um die Inflation zu kontrollieren paßte die Regierung ihre Wirtschaftspolitik Ende August an. Die Regierung beschloß, die Tarife für öffentliche Dienstleistungen und die kontrollierten Industriepreise entsprechend den offiziellen Planungen anzupassen und nicht wie bisher entsprechend der tatsächlichen Inflation der zurückliegenden Monate. Begleitet war diese Maßnahme von einer Geldpolitik, die der Reduzierung der Inflationsrate entsprach. Zusätzlich versuchte die Regierung eine weitere Indexierung der Löhne entsprechend der Inflation zu verhindern und erlaubte lediglich monatliche Lohnsteigerungen zwischen 3 und 4% entsprechend den Abkommen, die im Lauf des Jahres zwischen Gewerkschaft-

tern und Unternehmern getroffen worden waren. Dadurch stiegen die Verbraucherpreise im Dezember nur um 4,7% (...) Zwischen Dezember 1985 und Dezember 1986 lag der Anstieg der Verbraucherpreise bei 80%, während die Großhandelspreise um weniger als 60% stiegen – verglichen mit mehr als 1.100% bei beiden Gruppen in der 12-Monatsperiode vor dem Wirtschaftsprogramm vom Juni 1985. Die Verringerung der Inflationsrate war begleitet von einem signifikanten Wirtschaftswachstum. Man schätzt, daß das Industrieprodukt 1986 um 12% stieg, das inflationsbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 5,5%.

Ein vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik ist es, das 1986 beobachtete Wachstum zu sichern; die Regierung erwartet, daß ihr Programm zu einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von



ca. 4% führen wird. Dazu sind weitere Anstrengungen zur Reduzierung der Inflation nötig. Ein weiteres Ziel ist die Verbesserung der Zahlungsbilanz, auch wenn die externen Faktoren wahrscheinlich für Argentinien negativ bleiben werden. Mit dem Ziel, das Wirtschaftswachstum mittelfristig zu gewährleisten, wird die Regierung ihre Politik der strukturellen Reformen vertiefen. Diese Reformen umfassen Anstrengungen, die Produktivität des öffentlichen Sektors zu erhöhen, Veränderungen des Finanzsystems, um es niedrigen Inflationsraten und einem stabilen Wachstum der Investitionen anzupassen sowie die Reduzierung der Handelsbeschränkungen, der Zahlungsprobleme und der Lohn- und Preiskontrollen.

(...) Nach der Planung wird das gesamte Defizit der öffentlichen

Hand im ersten Halbjahr 1987 3,9% und im zweiten Halbjahr 1,1% des BIP (Bruttoinlandsprodukt) erreichen.

Das Reduzierung des Defizits der öffentlichen Hand (ohne Finanzsektor) soll vor allem durch erhöhte Einnahmen erreicht werden. Vorgesehen sind Mehreinnahmen in Höhe von 1% des BIP durch eine Steuerreform, wodurch bisher nicht deklarierte Steuerschulden eingetrieben werden können. Hinzu kommen Einnahmen (0,5% des BIP) durch zusätzliche Zahlungen der Unternehmer an die Pensionskassen entsprechend den kürzlich erfolgten Vereinbarungen. Die Einnahmen aus Exportsteuern werden um ca. 0,5% des BIP sinken, eine Folge der Senkung der Exportsteuern auf Landwirtschaftsprodukte, aber dies wird mehr als kompensiert durch eine Anhebung anderer Steuern. Vor allem ist eine Anhebung der Mehrwerts- und der Kapitalsteuer vorgesehen (...)

Die Regierung ist der Auffassung, daß ein stabiles Wirtschaftswachstum die Neudefinition der Rolle des staatlichen Sektors voraussetzt. Obwohl es nicht möglich sein wird, die Ausgaben der öffentlichen Hand zu senken, wird die Regierung strukturelle Reformen einleiten, die das Verhalten dieses Sektors in den kommenden Jahren positiv beeinflussen werden. Diese Veränderungen beinhalten ein Programm der freiwilligen Pensionierung, um die Zahl der Beschäftigten der öffentlichen Hand in den nächsten drei Jahren um 6 bis 7% zu vermindern. Danach werden die öffentlichen Angestellten, die freiwillig auf die Beschäftigung verzichten, eine Abfindungssumme und eine Lohnfortzahlung für 6 bis 12 Monate erhalten. Diese Maßnahme wird sich 1988 auf den Staatshaushalt auswirken. Ein Schritt zur Verbesserung der Effizienz der staatlichen Betriebe war die kürzlich erfolgte Gründung des Direktoriums der öffentlichen Betriebe; das die von den betreffenden Ministerien ausgearbeiteten Maßnahmen umsetzen soll. (...) Anfang 1986 machte die Regierung weiterhin bekannt, daß sie beabsichtigt, ihre Mehrheitsanteile an bestimmten Unternehmen verkaufen will; dazu ist dem Kongreß eine Gesetzesvorlage zugegangen, die den Verkauf ermöglichen soll.

LOHNLEITLINIEN

Insoweit wie die Inflationsrate sinkt und die Aussichten besser werden, will die Regierung sukzessive die bestehenden Regulierungen von Löhnen und Preisen reduzieren. In der Zwischenzeit jedoch wird die Regierung die Löhne und Preise regulieren, d.h. Ober- und Untergrenzen der Lohnerhöhungen festsetzen, die zwischen Gewerkschaften und Unternehmern im Privatsektor ausgehandelt werden.

WÄHRUNGSPOLITIK

Mittelfristig zielt die Regierung auf eine Verbesserung der Zahlungsbilanz ab. Um dieses Ziel mit dem des Wirtschaftswachstums zu vereinbaren, wird sie eine Politik der Exportförderung betreiben. Zu diesem Zweck verfolgt die Regierung eine Politik der

kleinen und häufigen Anpassungen der Wechselkurse seit April 1986 - um so die internationale Konkurrenzfähigkeit Argentiniens zu erhalten. (...)

ZAHLUNGSBILANZ

Das Zahlungsbilanzdefizit stieg von 950 Mio. US-\$ 1985 auf 2.650 Mio. \$ 1986. Die Exporterlöse gingen stark zurück wegen des Verfalls der Weltmarktpreise für die landwirtschaftlichen Produkte, die von Argentinien exportiert werden, und wegen der Schäden, die die Überschwemmungen im November 1985 anrichteten. (...)

Die Kapitalbilanz verbesserte sich 1986 leicht; das Gesamtdefizit stieg von 550 Mio US-\$ (1985) auf 2.000 Mio.\$ 1986. Trotz der Erwartung, daß die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte auch 1986/87 fallen werden, nimmt die Regierung an, daß das Programm zur Exportförderung zu einer Reduzierung des Anstiegs des Zahlungsbilanzdefizits führen wird; geplant ist für 1987 ein Defizit von 2.2 Mrd. US-\$. Außerdem hofft man, daß die geplante Finanzpolitik zu einem Netto-Kapitalzufluß führen wird. Auf dieser Basis hat die Regierung für 1987 ein Defizit in der Zahlungsbilanz von 1,7 Mrd. US-\$ errechnet. (...)

AUSLANDSVERSCHULDUNG

Ende 1986 ergaben sich Verwaltungsprobleme bei der Regulierung überfälliger Auslandszahlungen, darunter derjenigen, die in einem Abkommen mit dem Club von Paris vereinbart worden waren. Ende 1986 beliefen sich die ausstehenden Zahlungen auf 500 Mio. US-\$.



METZGEREI

"Beachten Sie unseren Plan des Ansparens vor dem Kauf"

Die Regierung beabsichtigt, die ausstehenden Zahlungen bis zum 15. Juni 1987 zu begleichen und verspricht, neue Verzögerungen zu vermeiden. (...)

Um das geplante Defizit der Außenhandelsbilanz zu finanzieren und die Wiederherstellung der Devisenreserven der Zentralbank zu garantieren, benötigt man 1987 außerordentliche Finanzierungen seitens privater und öffentlicher Gläubiger. Die Regierung wird mit dem Club von Paris Verhandlungen über eine Restrukturierung des mittel- und langfristigen Schuldendienstes (...) führen. (...)

Die gesamte Auslandsverschuldung Argentiniens - einschließlich der Verbindlichkeiten gegenüber dem Internationalen Währungsfonds - wird 1987 um ca. 2,7 Mrd. US-\$ auf 51,5 Mrd. \$ steigen.

Quelle: EL CLARIN INTERNACIONAL, Buenos Aires, 12.-18.1.1987
Unautorisierte Übersetzung: Lateinamerika Nachrichten

Die Mehrheit der Argentinier lebt zur Zeit mit einem Einkommen zwischen 600 und 700 Australes. Die Institute für Wirtschaftsforschung haben berechnet, daß der notwendige Warenkorb einer Familie (canasta familiar) ca. 550 Australes kostet.

"Das Straßenbild reflektiert den wirtschaftlichen Abstieg der Schicht, die sich weder als arm noch als reich definierte. Die Assoziation der Autohersteller schätzt den gegenwärtigen Bestand auf 4,4 Mrd. Autos, wobei sie allerdings deren hohen Veralterungsgrad hervorhebt. Betrachtet man die Menge von Autos, die in Rauchswaden gehüllt in den Straßen zirkulieren, wird die kalte Statistik zu einem Phänomen des Alltags.

Mit den Wohnungen sieht es ähnlich aus: Wieviele Menschen können eine Monatsquote von 400 Australes für einen Kredit von 5.000 Australes aufbringen?"

Nach Informationen der Union Schweizer Banken verdient ein Lehrer in New York 2.430 \$ im Monat, ein argentinischer Lehrer dagegen nur durchschnittlich 275 \$. Ein Mechaniker in einer Werkstatt von Buenos Aires erhält 225\$ im Monat, ein Venezolaner 880\$ und ein Mechaniker bei VW Wolfsburg 1.100 \$. Die Rechnung des Supermarkts, die Fahrten im Bus und die Miete verlangen von den Argentinern alle Anstrengungen. Und falls jemand auf die Idee kommt, zu sagen, "aber man ist billig", dann sie auf einen Artikel der Financial Times verwiesen, in dem es heißt: "(...) um ein Kilo Fleisch mittlerer Qualität zu kaufen, muß ein Nordamerikaner 17,5 Minuten arbeiten, ein Franzose 1 Stunde und 43 Minuten, ein Deutscher 1 Stunde und 14 Minuten und ein Argentinier 2 Stunden und 34 Minuten'.

Aus: El Clarín, Edición Internacional, Buenos Aires, 9.-15.2.

CHILE

Politische Gefangene im Hungerstreik

Seit dem 16.3. findet in allen chilenischen Gefängnissen ein Hungerstreik der politischen Gefangenen statt. Begonnen wurde dieser Hungerstreik bereits am 3. März von einer Gruppe von Gefangenen, die im Zusammenhang mit dem (angeblichen?) Auffinden von illegalen Waffenlagern im Herbst letzten Jahres verhaftet wurden.

Ihre Forderungen lauten:

- Zusammenlegung der politischen Gefangenen;
- unbeschränkte Besuchserlaubnis;
- Abschaffung der "ad-hoc-Militärstaatsanwälte";
- Abschaffung der Todesstrafe für politische Gefangene;
- Freilassung aller politischen Gefangenen.

Wie uns eine Vertreterin der "Vereinigung der Angehörigen der politischen Gefangenen Chiles", die sich z.Z. auf Europareise befindet, mitteilte, werden sich bis zum 24.3. alle 431 politischen Gefangenen dem Hungerstreik angeschlossen haben. Der 24.3. ist der Todestag des salvadoreanischen Bischofs Oscar Romero und der "Internationale Tag des politischen Gefangenen". Am selben Tag werden zusätzlich alle 135 politischen Gefangenen im Zuchthaus von Santiago einen Durststreik beginnen.

Die Vertreterin der Angehörigen wies erneut auf die z.T. skandalösen Haftbedingungen hin. Fast alle Gefängnisse sind überbelegt; beispielsweise sind die aus politischen Gründen inhaftierten 38 Frauen (und zwei Kleinkinder) in einem Trakt des Gefängnisses von San Miguel untergebracht, der eigentlich für zehn Gefangene ausgestattet wurde. Das Essen ist überall so mangelhaft, daß die Angehörigen die Gefangenen versorgen müssen, und die medizinische Betreuung ist entsprechend. Da die Gefangenen durchweg gefoltert wurden, befinden sie sich in einem besonders geschwächten Gesundheitszustand. Es ist deshalb zu befürchten, daß der am 24.3. beginnende Durststreik für die Gefangenen schwerwiegende Folgen haben wird.

STAATSANWÄLTE FÜR VERSCHLEPPUNGEN MITVERANTWORTLICH

Zu den Forderungen, speziell zur Forderung auf Abschaffung der Sonder-Militärstaatsanwälte, erklärte uns die Vertreterin der Angehörigen, daß diese Staatsanwälte auf der Basis von "Informationen" des Geheimdienstes CNI gegen die Gefangenen ermitteln. Darüberhinaus sorgen sie in den Gefängnissen für willkürliche Bestrafungen, Provokationen und Isolationshaft. Außerhalb der Gefäng-

nisse sind sie u.a. für Einschüchterungsmaßnahmen gegenüber den Angehörigen, z.B. durch Verfolgung, Entführung und Mißhandlung von Frauen und Kindern zumindest mitverantwortlich; so wurde die zwölfjährige Tochter eines seit Herbst Inhaftierten jetzt zum zweiten Mal inhaftiert.

In diesem Zusammenhang wies sie außerdem auf Widersprüche in der juntaeigenen Repressionslogik hin: "Es ist einfach grotesk: Da erklärt uns, dem chilenischen Volk, das Regime, daß wir uns in einem Krieg befinden, die politischen Gefangenen werden aber nicht als Kriegsgefangene anerkannt. Vor Gericht hingegen werden dieselben Gefangenen dann aber als Kriegsgefangene abgeurteilt!"

48 GEFANGENEN DROHT DIE TODESSTRAFE

Die Forderung nach Abschaffung der Todesstrafe für politische Gefangene erhält ihre Brisanz durch die große Gruppe der davon direkt Betroffenen. Für 14 Gefangene wurde die Todesstrafe bereits vom Militärstaatsanwalt gefordert bzw. sogar erstinstanzlich ausgesprochen. Darüberhinaus haben auch alle 34 Gefangenen, die wegen der Waffenfunde bzw. des Attentatsversuchs auf Pinochet am 7.9. letzten Jahres inhaftiert sind, dieses Strafmaß zu erwarten.

Die Vertreterin der Angehörigen äußerte die Befürchtung, daß "wenn sie einen der Unseren hinrichten, werden sie alle hinrichten; deshalb muß für sie eine intensive Kampagne durchgeführt werden."

Bereits 1969, noch unter dem Christdemokraten Frei, trat Chile dem Internationalen Abkommen von Costa Rica bei, das u.a. besagt, daß keine politischen Gefangenen zum Tode verurteilt werden dürfen. 1976 wurde es von Pinochet ratifiziert. Damit es aber in Kraft tritt, muß es im offiziellen Anzeiger veröffentlicht werden, was bis heute nicht geschehen ist: "Man kann es bloß als "Verarschung" bezeichnen, was Pinochet mit der chilenischen und internationalen Öffentlichkeit macht: Einen Pakt zu unterzeichnen, ihn aber nicht in Kraft zu setzen!"

UNO-MANDAT VERLÄNGERT

Die Vertreterin wurde während ihrer Reise auch in Genf von Fernando Volio, dem Sonderberichterstatter für Chile der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen empfangen. Nach seinem letzten Bericht über Menschenrechtsverletzungen in Chile wurde er am 12.3. nach einer einstimmigen positiven Abstimmung (ohne Enthaltungen) erneut mit dieser Aufgabe betraut. Am 21.3. wird er in dieser Mission wieder nach Chile reisen, wobei sicherlich ein wichtiges Arbeitsgebiet die Situation der politischen Gefangenen sein wird. Von daher erscheint der Termin des Hungerstreiks gut gewählt.

DER PAPST WILL NICHT IN'S GEFÄNGNIS

Ein weitaus wichtigeres Ereignis war sicherlich für die Terminwahl ausschlaggebend: der Papstbesuch vom 1. bis 6. April. Bis zum Abschluß dieses Besuches wird die chilenische Regierung mit repressiven Maßnahmen zurückhaltend sein. Doch wird auch von der "Vereinigung der Angehörigen" damit gerechnet, daß danach eine massive Repressionswelle innerhalb und außerhalb der Gefängnisse stattfindet. Alle Versuche dieser und vieler anderer Organisationen, den Papst von seiner Chile-Reise abzubringen oder ihn dazu zu bewegen, sich für die Opfer der Diktatur einzusetzen, blieben bisher ohne Erfolg. Ein Treffen mit den Angehörigen oder gar ein Besuch in einem der vielen Gefängnisse ist nicht vorgesehen. Stattdessen wird er sich im Präsidentenpalast Moneda, also dort, wo Präsident Allende 1973 umgebracht wurde, mit dessen Mörder und Nachfolger Pinochet treffen. Im Anschluß daran wird er ins Nationalstadion eilen, in dem vor handverlesenem Publikum ein "Akt für die Jugend" abgehalten werden wird. So wird er dann also doch noch ein Gefängnis besuchen, allerdings heute ohne Gefangene, war das Nationalstadion nach dem Putsch von 1973 doch das erste Konzentrationslager der Militärjunta ...

WAS ZU TUN BLEIBT

Nach der Kehraus am 6. April wird für die politischen Gefangenen sich durch den Papstbesuch nichts verbessert haben; während ihre Prozesse sich über Jahre dahinschleppen, werden sie weiterhin in den beschriebenen Haftbedingungen vegetieren. Etwa 30 Gefangene sind noch ohne Verteidigung, da die Finanzen für Anwälte fehlen. Die Vertreterin der Angehörigen bat hierfür um Unterstützung (Spendenkonto siehe unten). Außerdem rief sie dazu auf, den Forderungen der hungerstreikenden - und bald durststreikenden - Gefangenen durch Telegramme und Briefe aus dem Ausland gegenüber dem chilenischen Justiz- und Innenminister Nachdruck zu verleihen.

Adressen:

Sr. Rosendo
Ministro de Justicia
Agustinas 1401 - 1419
Santiago / Chile

Sr. Ricardo García
Ministro del Interior
Palacio de la Moneda
Santiago / Chile

SPENDENKONTO:

Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile e.V.,
Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, BLZ 380 101 11, Kto.Nr. 1020180600

Mörderischer Gehorsam

WIEDER PACKT EIN GEHEIMDIENSTLER AUS

Wenn am 6. April Richter Barrington Parker in Washington D.C. wie vorgesehen das Urteil gegen den ehemaligen chilenischen Major Fernández spricht, ist der "Fall Letelier" noch lange nicht abgeschlossen. Immer deutlicher zeichnet sich ab: Die Ermordung des chilenischen Oppositionspolitikers in seinem Washingtoner Exil und, als "Zufallsoffer", der US-Bürgerin Ronni Moffitt durch eine ferngezündete Autobombe war nicht nur ein gemeines Verbrechen, sondern politisch gesehen eine der größten Dummheiten Pinochets und des ihm direkt unterstellten Geheimdienstes DINA.

Seit Fernández am 4. Februar in Washington ausgesagt hat, veröffentlichen oppositionelle chilenische Zeitschriften Woche für Woche neue brisante Informationen; sie enthüllen vor allem, wie chilenische Generale nach dem Verbrechen seine Aufklärung vor chilenischen Gerichten vereitelt haben. In diesen Tagen wird der Militärgerichtshof (Corte Marcial) über eine Wiederaufnahme des 1985 ergebnislos eingestellten Prozesses entscheiden.

FERNANDEZ PACKT AUS

In einem langen Brief vom 21.1.1987 an den Stellvertretenden Oberbefehlshaber des Heeres, General Santiago Sinclair, verlangt Major Fernández seinen Abschied aus dem chilenischen Heer. In achtzehn Punkten listet er seine Gründe dafür auf. (1) Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Seine Vorgesetzten täuschten den jungen Leutnant (damals 25 Jahre) über das, wirkliche Ziel seiner Mission in den USA, Aufenthalt und Gewohnheiten Leteliers zu erkunden;
- als seine Beteiligung am Anschlag (im März 1978) bekannt wurde, ließen sie ihn fallen (Haft im Militärhospital), trotz ehrenwörtlicher Versicherung, ihm werde nichts geschehen;
- Generale klärten ab, was er vor der chilenischen Justiz falsch auszusagen habe und verweigerten ihm mehrfach die Erlaubnis, die Wahrheit zu sagen.
- Als der Name Fernández auch im Zusammenhang mit anderen Verbrechen chilenischer Militärs genannt wurde, schlugen sie ihm immer wieder ab, dazu Stellung zu nehmen.

1) Den Brief übergab sein Bruder am 2. Februar der Heeresleitung, als Fernández schon im Ausland war: zwei Tage, ehe er vor dem Richter aussagte.

Der Fall Letelier — Ein Rückblick

Orlando Letelier war das dritte prominente Opfer im Exil, gegen das die DINA, wie der chilenische Geheimdienst unter Oberst Contreras in seiner brutalsten Phase hieß, einen Mordanschlag durchführte. Ziel der Anschläge waren jeweils Personen, die Pinochets Regime in den ersten Jahren aus dem Ausland hätten gefährlich werden können:

Carlos Prats, Vorgänger Pinochets als Oberbefehlshaber, loyal gegenüber der Allende-Regierung; nach dem Putsch ging er nach Argentinien. Chilenische Militärs hielten Kontakt zu ihm. Hätte sich an seiner Person eine militärische Opposition gegen Pinochet kristallisieren können?

Im September 1974 starben er und seine Frau in Buenos Aires, als eine Bombe an seinem Auto detonierte.

Im Oktober 1975 wurde Bernardo Leighton, Christdemokrat im selbstgewählten Exil in Rom, mit seiner Frau Opfer eines Attentats; beide überlebten schwer verletzt. Leighton hatte im Gegensatz zur Führung der DC den Putsch nicht begrüßt; er stand für eine gemeinsame Opposition der DC und der Linken gegen Pinochet.

Letelier schließlich bemühte sich, einen Boykott gegen das Pinochet-Regime zu organisieren; aus seiner Botschafterzeit in Washington verfügte er noch über politische Kontakte.

Den politischen Zusammenhang und die Urheberschaft der DINA für die drei Anschläge konnte man wohl sehen, aber zunächst nicht beweisen.

Im Frühjahr 1978 gelang es dem FBI, den in Chile ansässigen US-Bürger und DINA-Agenten Townley als Mitglied des Mordkommandos gegen Letelier zu identifizieren und seine Auslieferung zu erreichen. Auch Fernández wird identifiziert. Nach eigenem Geständnis baute und montierte Townley die Bombe, die Fernzündung besorgten Exil-Kubaner, als er selbst Washington bereits verlassen hatte. Gegen sie sagte Townley als Kronzeuge aus; zwei wurden zu lebenslanger Haft verurteilt, die Urteile wurden jedoch in zweiter Instanz aufgehoben.

Townleys Beteiligung an den Anschlägen gegen Prats und Leighton ist mehr als wahrscheinlich, zur Kronzeugenregelung gehörte jedoch, daß diese Fälle im Prozeß ausgespart wurden. Als die Verteidigung der Exilkubaner Townleys Rolle dabei erörtern wollte, ließ der Richter das auf Einspruch der Anklage nicht zu.

In Rom nutzte Townley Kontakte der DINA zu italienischen Neo-Faschisten; Stefano della Chiaie, der als Hirn der

italienischen Rechten bezeichnet wird und sich in Südamerika aufhalten soll, bestellte als Mordschützen Pierluci Concutelli; gegen diesen wird seit November 1986(!) in Rom verhandelt, das Urteil ist in diesen Tagen zu erwarten (Antrag des Staatsanwalts: 28 Jahre; er bezeichnet die DINA als Auftraggeber).

Die Exil-Kubaner beim Anschlag gegen Letelier gehören zum terroristischen Movimiento Nacionalista Cubano. Die Zusammenarbeit mit ausländischen Terrorgruppen entsprach Contreras' Konzept, den "Kommunismus" nicht nur in Chile, sondern auf internationaler Ebene "zu bekämpfen".

Obwohl Pinochet selbst und seine jeweils zuständigen Minister irgendeine Beteiligung an den Anschlägen jederzeit bestritten, war der politische Druck dennoch stark genug, daß

- Contreras am 21.3.78 als Chef der DINA zurücktrat,
- Fernández (inzwischen Hauptmann), Oberst Espinoza (Operationschef der DINA) und Contreras unter Arrest gestellt wurden: Am 2.8.78, einen Tag nachdem gegen Townley, 5 Exilkubaner und diese drei chilenischen Offiziere formal Anklage in Washington erhoben worden war.

Als das chilenische Oberste Gericht am 1.10.79 nach einem Jahr den Auslieferungsantrag der USA gegen die drei Offiziere endgültig ablehnt, wird der Arrest gegen sie aufgehoben; die regimetreue Presse feiert die Entscheidung der "unabhängigen" Justiz als einen Unschuldsbeweis. Ein Verfahren vor chilenischen Gerichten gegen die drei ("wegen Fälschung u.a.") wird im Oktober 1985 auf Antrag von Contreras ergebnislos eingestellt.

Espinoza, Oberstleutnant a.D., genießt gegenwärtig diplomatische Immunität an der chilenischen Botschaft in Südafrika. Contreras schied ebenfalls aus dem aktiven Dienst aus und baute mit Ex-Agenten einen privaten Sicherheitsdienst auf; er blieb jedoch lange eine bedrohliche Figur im Hintergrund. Aktionen von Todesschwadronen wiesen in seine Richtung. Ominös blieb der Inhalt der Dokumente, die er (nach einer Meldung der rechten Zeitschrift QUE PASA) einen Monat nach seinem Rücktritt als DINA-Chef in zwölf Koffern auf den deutschen Frachter "Badenstein" lud.

Als er am 1.10.79 aus der Militärhaft entlassen wurde, blieb er Soldat in Zivil, wurde im Laufe der Jahre auch zum Major befördert, erhielt seinen Sold, aber keinerlei militärische Aufgaben mehr.

Im letzten Punkt seines Briefes schreibt Fernández: "Nach 9 Jahren ist mein berechtigtes Verlangen noch immer nicht erfüllt worden, meine Unschuld in all den Fällen zu klären, in die ich verwickelt wurde, nur weil ich als Offizier dazu erzogen wurde, Befehle zu erhalten und auszuführen." Fernández verlangt seinen Abschied, um als Zivilist klären zu können, "daß mein Name nichts mit Bluttaten zu tun hat, die dem militärischen Beruf fremd sind und für allein jene die Verantwortung tragen, die die höchsten Ränge des Heeres bekleiden."

Verbunden mit diesem Schritt, seinen Abschied als chilenischer Offizier zu verlangen, war der Entschluß, sich der US-Justiz zu stellen, wobei ihm, wie er wußte, ein Prozeß erwartete.



Fernández Laríos

Die Strafe, die ihm droht: Zehn Jahre, nachdem Richter Parker erklärt hat, er akzeptiere nicht die Übereinkunft, die die US-Anklagebehörde mit Fernández geschlossen hat und die ihm für seine "Kooperation" mit den US-Behörden eine Strafmilderung auf sieben Jahre, besonderen Schutz für die Zeit der Haft und eine neue Identität für die Zeit danach zu sichern (Townley - siehe Kasten - wurde 1979 zu zehn Jahren Haft verurteilt, aus der er aber bereits nach vierzig Monaten mit neuer Identität entlassen wurde.)

In der Übereinkunft mit der US-Justiz verpflichtete sich Fernández zur uneingeschränkten Mitarbeit, um den Fall Letelier, die Rolle der DINA in diesem Fall und die späteren Vertuschungsmanöver aufzuklären; dafür wurde ihm zugesagt, daß ein Auslieferungsantrag der chilenischen Regierung abgelehnt werde; sollte er jedoch zu irgendeinem Zeitpunkt die Mitarbeit verweigern, werde er nach Chile deportiert ... Bisher, so berichtet ANALISIS in seiner umfangreichen Berichterstattung aus Washington, hätten die Vernehmungen keine neuen Tatsachen über die Vorbereitung des Attentats erbracht, aber die seinerzeitige Darstellung Townleys bestätigt.

Es lohnt sich, über die Gründe für den Schritt des Majors Fernández zu spekulieren. Er selbst nennt Reue als Motiv und den Wunsch, seinen Namen reinzuwaschen; dazu mag kommen, die Desillusionierung eines offenbar begeisterten Berufssoldaten, der sich mißbraucht und verraten sieht, beruflich ohne wirkliche Perspektive, mit dem Makel behaftet, in eine Kette von Mordtaten des Regimes verwickelt zu sein (2) - und der seit Jahren Zeit hat, über den realen Gehalt des militärischen 'Ehrenkodex' nachzudenken.

Persönliche Bindungen an die USA mögen hinzukommen: Er wurde als Sohn eines chilenischen Militärattachés in den USA geboren, seine Schwester ist dort verheiratet - mit einem (zumindest früheren) FBI-Agenten. Gab es Einwirkungen von daher?

In einem Interview mit dem MERCURIO nennt er als weiteres treibendes Motiv, seinen ehemaligen Kameraden die Augen über ihren blinden Gehorsam zu öffnen.

PINOCHETS VERANTWORTUNG

Daß Pinochet für die Morde des ihm unterstellten Geheimdienstes DINA politisch und moralisch verantwortlich ist, ist

2) Fernández gehörte zum Stab des Generals Arellano Stark, der im Oktober 1973 den Norden Chiles bereiste und politische Häftlinge ermorden ließ; Fernández' Name wurde in Zusammenhang mit der Ermordung von General Prats genannt; Fernández beteuert, im ersten Fall nur zufällig Arellanos Leibwache, im Fall Prats absolut unbeteiligt gewesen zu sein.

selbstverständlich; daß der DINA-Chef Contreras die Morde ohne Kenntnis Pinochets geplant habe, ist unwahrscheinlich. Daß der damalige Leutnant Fernández, der anscheinend wirklich den Endzweck seines Späherauftrags nicht erkannte, über die Rolle Pinochets zuverlässig Bescheid gewußt hätte, kann man wohl verneinen. Er äußert sich unterschiedlich dazu; von Dritten hat er gehört, Contreras habe sich auf den "Chef" berufen; in einem Telefoninterview mit dem MERCURIO erklärt er, Pinochet habe nichts gewußt.

Als im August 1985 ein Richter zwölf Polizisten anklagte, an der Entführung und Ermordung dreier Kommunisten beteiligt gewesen zu sein, mußte Polizeigeneral und Junta-Mitglied Mendoza auf Druck Pinochets zurücktreten. Pinochet ist es bislang gelungen, genau diese Konsequenz für sich zu vermeiden. Contreras trat zurück und schwieg über seinen Auftraggeber.

DIE ROLLE DER USA

Es wird damit gerechnet, daß die US-Regierung erneut die Auslieferung des Ex-DINA-Chefs Contreras und des damaligen "Direktors für Operationen" Espinoza als den direkt Verantwortlichen für den Mordanschlag verlangen wird; bislang ist ein solcher Antrag allerdings nicht wieder gestellt. Am 1.10.79 (also nach der Verurteilung Townleys in Washington), hat das chilenische Oberste Gericht es mit der Begründung abgelehnt, die Aussagen Townleys seien als Ergebnis eines Kronzeugenhandels für die chilenische Justiz wertlos.

Die Auslieferung Townleys hatten die USA im April 1978 unter erheblichem Druck erreicht; im Hauruck-Verfahren, unter Mißachtung aller juristischen Formalitäten, wurde Townley in Santiago in ein Flugzeug gesetzt, in dem ihn FBI-Agenten mit Handschellen erwarteten. Im damaligen Prozeß in Washington beschränkten sich die US-Ankläger aber peinlich genau auf die rein kriminelle Dimension des Verbrechens, die Rolle der DINA wurde soweit wie irgend möglich ausgespart, ebenso die Mordanschläge gegen Prats und Leighton (siehe Kasten), an denen Townley vermutlich beteiligt war (3). Ein Vertreter der US-Anklage hatte dieser Eingrenzung schriftlich in Santiago vor der Übergabe Townleys zugestimmt; in gleicher Weise verpflichtete sich die US-Justiz in ihrem Kronzeugenabkommen gegenüber Townley und seinem Anwalt, nur in den USA oder gegen US-Bürger begangene Verbrechen vor Gericht zu untersuchen.

3) Dazu: John Dinges / Saul Landau: Asesinato en Washington, El Caso Letelier. Mexico 1982, 404 S. Die englische Originalausgabe erschien unter dem Titel "Assassination on Embassy Row". Die Autoren des spannenden Berichts stellen eingehend die politischen Rücksichten der US-Regierung während der Ermittlungen und der juristischen Aufarbeitung des Verbrechens dar.

Man muß wohl davon ausgehen, daß unter Reagans Präsidentschaft keineswegs ein größeres Interesse daran besteht, die politische Dimension ins Spiel zu bringen.

DIE KOMPLIZENSCHAFT DER GENERALE

In seinem Abschiedsgesuch beschreibt Fernández das Grundmuster, dem hohe Generale folgten, um nach 1978 die Aufklärung des Falles in Chile zu verhindern; eine zentrale Rolle in der Durchführung kam General Orozco zu. Er war damals Leiter des Geheimdienstes des Heeres und "fiscal militar" (Militärstaatsanwalt), später Kommandant von Santiago. Nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst wurde er chilenischer Botschafter in Paraguay; diese Mission wurde abrupt beendet, als im Februar die Erklärung von Fernández bekannt wurde.

Die Lage des Pinochet-Regimes ab März 1978 war prekär genug: Man hatte Townley preisgeben müssen, er würde vor einem US-Gericht aussagen. Zwar ließ sich durch das zunächst geheime Abkommen mit der US-Justiz der Schaden begrenzen, aber es mußte selbstverständlich unbedingt verhindert werden, daß Fernández, Espinoza und Contreras ausgeliefert würden. Das war nicht nur notwendig, um ihre Aussagen zu Sache vor Gericht zu verhindern, sondern das Regime mußte seinen Tausenden von Agenten und Befehlsempfängern demonstrieren, daß es auch für einen hohen politischen Preis bereit war, ihren blinden Gehorsam mit Straffreiheit zu belohnen. In diesem Kalkül der "Loyalität von oben" war der kleine Hauptmann Fernández mindestens so wichtig wie seine Vorgesetzten.



Auf die Komplizenschaft der chilenischen Justiz konnte sich das Regime nach aller Erfahrung durchaus verlassen, man mußte es nur richten, daß die Richter sagen konnten, die Beweise, die da auf dem Tisch lagen, seien keine Beweise. Orozco löste diese Aufgabe in dem Sinne erfolgreich, als 1985 das Verfahren gegen die drei Offiziere "ergebnislos" eingestellt werden konnte.



Karikatur aus der chilenischen Wochenzeitung HOY (1979)

Orozco ist 1978 zuständig für die Ermittlungen auf chilenischer Seite; er vernimmt Townley, vernimmt Fernández - er weiß, was gespielt wird. Im April 1978 reist Orozco in die USA und entbindet Townley dort - auf dessen Verlangen! - von seinem Schweigegelübde als DINA-Agent. Orozco instruiert Fernández, was er in Zukunft zu lügen habe, und übergibt seine Ermittlungsergebnisse an den DINA-Chef Contreras, dessen Verantwortung für das Mordkomplott ja untersucht werden soll, damit er nach Belieben damit verfare. Fernández lügt gehorsam weiter, auch als er trotz ehrenwörtlicher Zusicherung seiner Freiheit unter Arrest gestellt wird. Die chilenische Justiz spielt schamlos die Rolle, die von ihr verlangt wird. Die drei Offiziere bestreiten irgendeine Beteiligung an dem Fall, und was in Washington trotz aller Abmachungen dennoch zur Sprache kommt, ist für die chilenischen Richter irrelevant. Sie verfahren streng 'legal'. Ob das jemand für Gerechtigkeit hält, braucht sie nicht zu scheren.

Übrigens kann sich Major Fernández in seinem Brief an die Heeresleitung an einigen Stellen mit Verweisen begnügen: Der Stellvertretende Oberbefehlshaber Sinclair war Nachfolger Orozcos als Militärstaatsanwalt, ist also mit den Interna vertraut.

DIE ERSTE REAKTION DER MILITÄRS

In einer ersten Stellungnahme des Heeres vom 12.2.1987, also eine Woche nachdem der Major Fernández zum "Fall" wurde, heißt es, seine Handlungen "entfernen sich von den ethischen

und beruflichen Prinzipien und Werten, mit der die Institution die strenge Ausbildung ihrer Offiziere auszeichnet". Damit ist allerdings nicht seine Beteiligung am Mordkomplott gemeint, sondern das Verlassen des "nationalen Territoriums" ... Kein Wort vom Inhalt seines Geständnisses; Fernández' Akten gehen abermals an die Militärjustiz - wegen Desertion.

Wenige Tage später allerdings, der Skandal wird doch zu groß, setzt der Militärgerichtshof einen Berichterstatte für den Komplex "Paßfälschungen und Mord an Letelier/Moffitt" ein.

WEITERE REAKTIONEN

Deutlicher als die Militärs hat die politische Rechte begriffen, was auf dem Spiel steht - der Ruf der Streitkräfte als Institution. Ihn gilt es zu retten, wenn vielleicht auch unter Opfern. So heißt es in einer Erklärung der eben aus dem Zusammenschluß rechter Gruppen entstandenen "Nationalen Erneuerung" (Renovación Nacional): "Der Fall Letelier hat endgültig eine Dimension erlangt, die über den nur polizeilichen, rechtlichen und sogar politischen Bereich hinausgeht. Dieses Verbrechen, an sich und zusätzlich durch seine Vorausplanung und die Kälte seiner Ausführung verdammenswert, berührt - in noch größerem Maße als andere, noch nicht aufgeklärte - die moralischen Grundlagen unserer Gesellschaft und das Ansehen des Heeres."

Die übrigen Oberkommandierenden haben sich lang in verständliches Schweigen gehüllt. Lediglich Luftwaffenchef Matthei nahm Stellung - es wäre illoyal, wenn er eine Meinung äußere; aber er vertraue darauf, daß das Heer die notwendigen Maßnahmen ergreife, um das "abscheuliche und dumme" Verbrechen an Letelier aufzuklären.

Die Schwester Leteliers, die Rechtsanwältin Fabiola Letelier, die seit Jahren in Chile gegen das Regime und die Justiz um eine Aufklärung des Falles kämpft, hat in den letzten Wochen anonyme Drohungen erhalten. In einem Brief an den Papst verlangt sie, er solle sich während seines Besuchs Anfang April für Gerechtigkeit im Fall ihres ermordeten Bruders einsetzen. Wir wiesen schon in der vorigen Nummer der LN daraufhin, daß Richter Barrington Parker in Washington seinen Spruch für den Tag vorgesehen hat, an dem Johannes Paul Chile verlassen wird.

QUELLEN: Es mag unglaublich scheinen, trifft aber zu, daß praktisch alles hier verwendete Material chilenischen Zeitungen und Zeitschriften entstammt: Analisis, Hoy, Mercurio Internacional

KULTUR

Berlinale-Nachlese

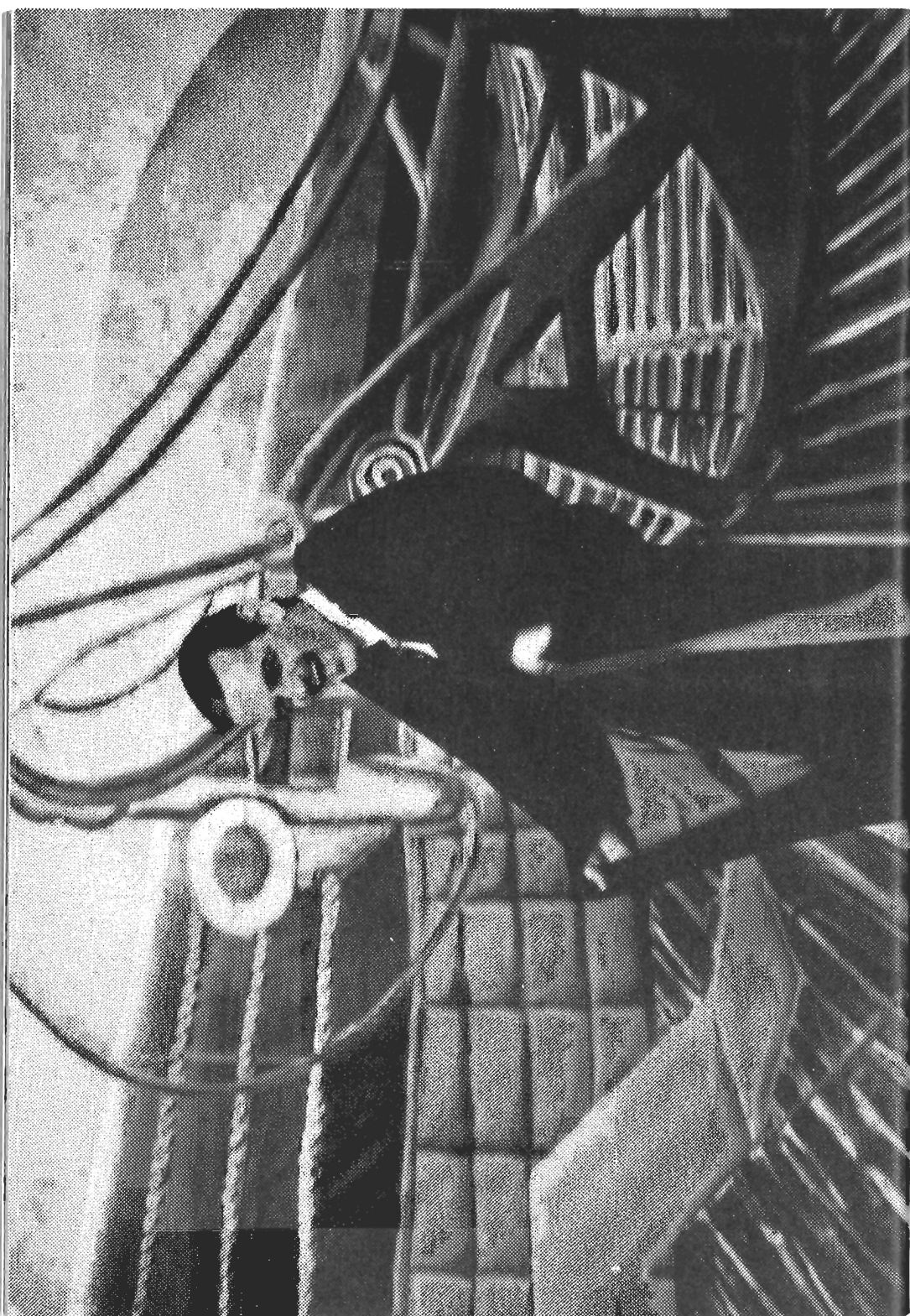
Wie in den vergangenen Jahren waren auch im Rahmen der 37. Berlinale zahlreiche Beiträge aus Lateinamerika in den unterschiedlichen Sektionen des Festivals zu sehen. Am stärksten war in diesem Jahr Venezuela mit sechs Filmen vertreten, es folgte Brasilien mit drei Beiträgen, jeweils ein Film kam aus Argentinien und Chile. Beiträge aus Mexico, Kuba, Kolumbien und Peru, sowie weitere Filme aus Brasilien und Argentinien liefen in der Filmmesse und waren also einer weiteren Öffentlichkeit nicht zugänglich. Positiv ist zweifellos die Prämierung von "Vera" zu vermelden: Wie schon im letzten Jahr ging ein Silberner Bär für die beste weibliche Rolle nach Brasilien an Ana Beatriz Nogueira.

VENEZUELA - EIN SCHWERPUNKT DES FORUMS

Venezuela, viertgrößter Filmproduzent in Lateinamerika, war mit insgesamt sechs Beiträgen im Rahmen des Internationalen Forums des jungen Films vertreten. Die Erwartungen waren aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre ('Tango-Reihe', Argentinien, Brasilien) recht hoch und konnten leider nur in sehr geringem Maß erfüllt werden. "So bietet dieses neue venezolanische Kino scharfe Einblicke in die soziale Wirklichkeit, die lange Zeit dem Konsumtrieb erlegen war und erst jetzt, in der Krise, Anstrengungen unternimmt, ihre Deformation zu überwinden", hieß es in der Programmankündigung - zu sehen war davon freilich kaum etwas. Noch am ehestens nahe kam diesem selbstformulierten Anspruch "Por los caminos verdes". Marilda Vera drehte 1984 die Geschichte jener kolumbianischen Arbeitsemigranten, die illegal nach Venezuela kommen und dort ihr bescheidenes Glück suchen. Am Ende des gleichermaßen poetisch wie sozial-realistisch inszenierten Films zerplatzen die Träume der Protagonisten in der glitzernden Metropole - vorgeführt wird hier exemplarisch das, was zur Realität der Arbeitssuchenden in Lateinamerika gehört.

Ähnlich überzeugte auch Olegario Barreras "Pequena revancha". Die Adaption eines Hörspiels von Antonio Skármeta rückt trefflich den Alltag von Kindern unter einer Militärdiktatur - Bezüge zur aktuellen Situation in Chile waren nicht zu übersehen - in den Mittelpunkt. Ansprechende Dialoge und eine überzeugende Bildsprache, die uns den täglichen Terror mit den Augen der Kinder sehen läßt, machen die "Kleine Revanche" zu einem vergnüglichen Film, der gleichwohl zum Nachdenken auffordert. Sehenswert waren auch Jacobo Penzos 1984 gedrehter "La casa de agua", das eindringliche

Acs: "Un Filme 100% Brasileiro" von José Sette



Portrait eines am Ende des Films an Lepra erkrankten Schriftstellers, der sich der Diktatur widersetzt und "Oriana", 1985 von Fina Torres gedreht. In ruhigen Einstellungen erzählt Fina Torres die Geschichte einer Frau, die über die Erfahrungen ihrer toten Tante zu sich selbst findet. Ein Film über die Schwierigkeiten, sich als Frau im Rahmen bourgeois-patriarchalischer Lebensverhältnisse zu behaupten.



Aus: "La película del rey" von Carlos Sorin

Als glatte Fehlgriffe erwiesen sich "Bolívar, Sinfonía Tropical" (Diego Risquez, 1980) und "Tres por tres" (Calógero Salvo, 1986). Während Risquez (bei uns bekannt durch "Orinoco, Nuevo Mundo") mit seinem Historiengemälde an der Starrheit seiner Bilder und seinem Ästhetizismus scheitert (alles erscheint eher als schlechte Kopie Glauber Rochas), bleibt Salvos "Experiment" den Nachweis der Originalität schuldig. Seine Dreiecksgeschichte, in San Francisco gefilmt, vermag an keiner Stelle Horizont und Alltag seiner Protagonisten zu überschreiten. Mithin eher Bilder aus den USA als lateinamerikanisches Kino, das etwas mitzuteilen hätte, abgesehen vielleicht vom tristen Alltag eines homosexuellen Exilkubanners in den USA.

Das Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und Realität des Programms der Venezuela-Reihe war denn auch Thema auf allen Diskussionen über das Filmland Venezuela. Nun mag es durchaus Probleme mit venezolanischen Partnern gegeben haben, die einem besseren

Filmangebot im Wege gestanden haben. Zu bezweifeln bleibt hingegen, ob dadurch ein wesentlich anderer Eindruck entstanden wäre: wenn dem nicht so wäre, bliebe zu fragen, warum die Arbeiten aus den letzten sieben Jahren erst 1987 den Weg auf die Berlinale fanden.

CHILE, ARGENTINIEN, BRASILIEN

Von den übrigen lateinamerikanischen Beiträgen im Rahmen des Forum war zweifellos "Acta General de Chile" der bemerkenswerteste. 1985 kehrte Miguel Littin für sechs Wochen illegal nach Chile zurück und hielt gemeinsam mit drei europäischen Filmteams seine Eindrücke fest. Entstanden ist ein vierstündiger Dokumentarfilm, dessen Stärke weniger in der Analyse der Verhältnisse als in der persönlichen Bestandsaufnahme dessen liegt, was Chile war und was es heute ist.

Zu den Enttäuschungen waren die Forumsbeiträge aus Brasilien und Argentinien zu zählen. Carlos Sorin kopierte in "La película del rey" die Handschrift Fellinis, ohne freilich dessen Qualität zu erreichen. Sein Protagonist ist ein mittelloser Regisseur, der das Leben jenes legendären Franzosen Orélie Antoine, der sich zum König von Patagonien und Araukanien ausrufen ließ, verfilmen möchte. Das Scheitern beider ist stellenweise recht witzig in Szene gesetzt, wirkt jedoch insgesamt zu stereotyp.

Ähnliches ließe sich auch über "Un filme 100% brasileiro" sagen. José Sete verarbeitet die Brasilien-Reise von Blaise Cendrars auf dessen Spuren er einen jungen Poeten wandeln läßt. Mit starrem Blick auf den europäischen Markt wurden gängige Brasilien-Klischees zu einem Spielfilm verarbeitet, dessen Phantasie begrenzt ist. Konformismus ist angesagt und nicht Avantgarde. Dies ließe sich für nahezu alle Forum-Beiträge aus Lateinamerika sagen; Provokierendes, Anstößiges hatte Seltenheitswert.

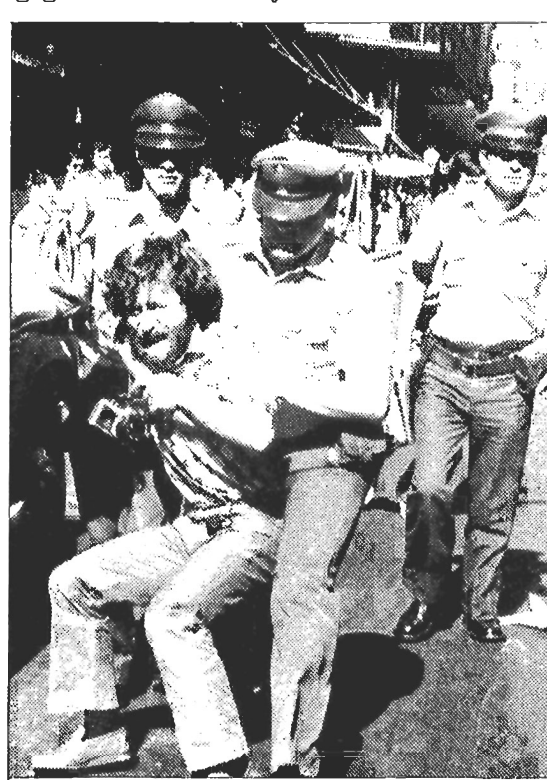
Ohne Zweifel fielen die beiden brasilianischen Produktionen "Vera" und "O cor do seu destino" inhaltlich wie stilistisch aus dem gängigen Rahmen der gezeigten Filme aus Lateinamerika. Zu Recht wurde Ana Beatriz Nogueira für ihre hervorragende schauspielerische Leistung in "Vera" mit einem Silbernen Bären ausgezeichnet. Sergio Toledo (bekannt durch "Bracos cruzados, maquinas paradas") verstand es, mit eigener Bildsprache die ungewöhnliche Geschichte einer Heranwachsenden zu erzählen, die quer zu den gesellschaftlichen Erwartungen ihre Rolle in der Gesellschaft selbst bestimmen will. Identitätsprobleme stehen auch im Mittelpunkt von "O cor do seu destino". Der seit mehr als zehn Jahren in Brasilien lebende Chilene Jorge Durán stellt einen jungen, in Rio lebenden Chilenen in den Mittelpunkt seines Films. Beschrieben wird mit eindrucksvollen Bildern jene junge Generation Exilierter, die mit den politischen Erfahrungen ihrer Eltern nur noch begrenzt etwas anfangen kann und einen eigenen Weg finden muß. Es bleibt zu hoffen, daß beide Filme ihren Weg ins bundesdeutsche Kino und Fernsehen finden.

— Ohne Filter — Unabhängige Pressefotografie in Chile '83 - '86

EINE AUSSTELLUNG DER NGBK UND DES FDCL

Fotografieren in Chile kann lebensgefährlich sein. Nicht erst seit der Ermordung des Fotografen Rodrigo Rojas im Juli 86 sind die unabhängigen Fotografen ein bevorzugtes Ziel der Diktatur. Sie fürchtet diese Fotografen, dokumentieren sie doch Verhältnisse, die die Diktatur lieber verschwiege: Den alltäglichen Terror gegen die Bevölkerung, die Verelendung weiter Schichten sowie die vielfältigen Formen des Widerstands.

Obwohl die Massenmedien fest in den Händen der Diktatur und seiner Anhänger sind, ist es den oppositionellen Fotografen in den letzten Jahren gelungen sich einen Freiraum zu erkämpfen und ein unabhängiges Informationssystem aufzubauen.



Mit der Gründung der 'Asociación de Fotografos Independientes' (AFI) und der alternativen Foto- und Nachrichtenagentur 'Cono Sur' schufen sie die organisatorischen Voraussetzungen unabhängiger Pressearbeit. Von diesem Informationssystem haben nicht zuletzt die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN profitieren können. Die übergroße Mehrzahl unserer Chilefotos stammt seitdem aus den Archiven der AFI und von Cono Sur. Neben der Belieferung internationaler Medien, stellt die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Studentenverbänden, Stadtteilgruppen und christlichen Basisgemeinden den Schwerpunkt ihrer Arbeit dar.

Gerade für die weitgehend vom Informationsfluß abgeschnittenen Bewohner

Aus: "Bolivar, Sinfonia Tropical" von Diego Risquez

der Slumviertel, bedeutet die Organisation von Fotoausstellungen und Diashows oft die einzige Möglichkeit, sich jenseits des regimetreuen Fernsehens ein Bild von der politischen und sozialen Situation zu machen. Gleichzeitig trug die gemeinsame Arbeit von Fotografen und Slumbewohnern dazu bei, ein neues Selbstbewußtsein dieser vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossenen Schichten zu schaffen.

Diese Freiräume sind jedoch permanent bedroht. Den unabhängigen Fotografen wird von der Regierung permanent das Arbeitsrecht bestritten, bei Demonstrationen sind sie den Übergriffen paramilitärischer Schlägertrupps ausgeliefert. Angesichts der prekären finanziellen Lage – die Honorare ermöglichen oft nicht einmal den Kauf ausreichenden Filmmaterials – bedeutet der Verlust einer Kamera nicht selten monatelange Arbeitsunfähigkeit.

Um die Arbeit der unabhängigen Fotografen zu unterstützen, haben Redakteure der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN in Zusammenarbeit mit der NEUEN GESELLSCHAFT FÜR BILDENDE KUNST eine Ausstellung zusammengestellt, die die Arbeit der chilenischen Fotografen dokumentiert. Die etwa 100 großformatige Fotos umfassende Ausstellung vermittelt Eindrücke vom Kampf der chilenischen Bevölkerung gegen die fast vierzehnjährige Gewaltherrschaft Pinochets. Demonstrationen der Slumbewohner, Aktionen der Frauenbewegung, Universitätsbesetzungen, aber auch vom alltäglichen Kampf gegen Hunger und Arbeitslosigkeit. Ergänzt wird die Ausstellung durch Dokumente und Aussagen der Betroffenen sowie Überblickstafeln zur wirtschaftlichen und sozialen Situation Chiles.

Die Ausstellung "OHNE FILTER" wird vom 27. März – 24. April 1987 in den Räumen der NGBK-Berlin, Tempelhofer Ufer 25 gezeigt. Ab Ende April kann die Ausstellung für eine angemessene Spende zugunsten der unabhängigen Fotografen Chiles gebucht werden. Darüberhinaus steht weiterhin unser Spendenkonto für Einzahlungen zur Unterstützung der Fotografen zur Verfügung (vgl. LN 148 S. 66 – 69).

INFORMATION UND BUCHUNG:

NGBK; STICHWORT 'OHNE FILTER'
TEMPELHOFFER UFER 25, 1000 Berlin 61

SPENDEN: Postgirokonto Berlin-West Nr. 3800 87-108 (BLZ 10010010)
Elfriede Kohut, Sonderkonto 'Hilfe für Chile',
Stichwort: AFI-rg/Chile

SOLIDARITÄT

Freiheit für Beatriz Brinkmann

MARBURGER LEHRERIN NOCH IMMER IN HAFT

Am 9. September 1986 erklärte Diktator Pinochet in einer Rede, daß er alle Personen in Chile verhaften oder aus dem Land ausweisen lassen wolle, die "mit den Menschenrechten hausieren gehen".

Am 19. September 1986 wurde die deutsch-chilenische Lehrerin Dr. Beatriz Brinkmann in Valdivia verhaftet; 16 weitere Personen aus ihrem Stadtteil wurden festgenommen. Vier der Verhafteten kamen nach der Vorführung bei der Militärstaatsanwaltschaft frei; sie berichteten von Folterungen.

Beatriz Brinkmann wurde von sechs zivil gekleideten, bewaffneten Agenten der Geheimpolizei festgenommen, die nachts in ihre Wohnung eindringen. Sie verhafteten sie ohne Angabe von Gründen; ihre Mitbewohnerin wurde gezwungen, eine Blankounterschrift unter ein unausgefülltes Beschlagnahmeprotokoll zu leisten.

Beatriz Brinkmann war fünf Tage lang beim Geheimdienst CNI. Sie wurde dort mit Elektroschocks an Armen und Beinen gefoltert, geschlagen und mit verbundenen Augen pausenlos verhört. Das Vernehmungsprotokoll mußte sie unterschreiben, ohne Einblick nehmen zu können – es wurde abgedeckt.

Nach diesen fünf Tagen kam sie weitere 10 Tage in Isolationshaft, das bedeutet: Leben in einer fensterlosen, feuchten Zelle mit einer verdreckten Toilette und einer Matratze. Während der Isolationshaft durfte sie sich weder waschen noch umziehen, sie konnte von keinem Angehörigen besucht werden; ihr Verteidiger konnte sie nicht unter vier Augen sprechen. Ihr Gesundheitszustand verschlechterte sich: Zu einem Magenleiden kam eine chronische Bronchitis hinzu. Erst seit dem 3.10.1986 wurde sie – verlegt in das städtische Gefängnis, wo nun auch die anderen Inhaftierten sitzen – laut eigenen Angaben angemessen behandelt. Auch die anderen Gefangenen waren schwersten Folterungen ausgesetzt. Alle Inhaftierten sind der militärischen Staatsanwaltschaft unterstellt.

Beatriz Brinkmann ist in Chile geboren und hat deutsche Eltern, die in Chile leben. Es ist ihr Wunsch, nach ihrer Freilassung in Chile bei ihrer Familie leben zu können. Bis zu ihrer Verhaftung arbeitete sie an der deutschen Schule in Valdivia. Sie lebte von 1968 bis 1985 in Marburg, wo sie studierte und promovierte; dort arbeitete sie auch im Akademischen Auslandsamt der Universität, führte Sprachkurse durch und setzte sich intensiv und erfolgreich für die Interessen der ausländischen Studenten ein. Sie arbeitete mehrere Jahre am Lessing-Kolleg für Sprachen und Kultur.

Seit 1974 setzte sich B. Brinkmann zusammen mit der KINDERHILFE CHILE für die unter den Folgen von Repression und Wirtschaftskrise leidenden Kinder ein. Die KINDERHILFE unterstützt Projekte im Gesundheitsbereich, wobei auch Kinder betreut werden, die unter psychischen Schäden durch Verfolgung und Verhaftung ihrer Eltern leiden.

In Marburg bildete sich infolge der Nachricht von Beatriz Brinkmanns Verhaftung die INITIATIVE "FREIHEIT FÜR BEATRIZ BRINKMANN"; mehr als 100 bekannte Marburger gaben eine Ehrenerklärung für Frau Brinkmann ab, darunter der Oberbürgermeister Dr. Hanno Drechsler. Die Initiative erhielt Unterstützung vom Magistrat; sie organisierte Mahnwachen und eine Protestaktion vor der chile-



nischen Botschaft in Bonn; es folgten eine Unterschriftenaktion an den Bürgermeister von Valdivia sowie ein Hungerstreik. Eine Delegation reiste nach Chile, und der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve besuchte Beatriz Brinkmann im Gefängnis.

Alle anfangs von der chilenischen Staatsanwaltschaft erhobenen Anklagen (Beteiligung an Gewaltaktionen, Waffenbesitz) mußten fallen gelassen werden; es liegt derzeit kein Beweis für ein strafbares Vergehen der Lehrerin vor.

Beatriz Brinkmann befindet sich seit nunmehr 6 Monaten im Gefängnis. Ihrem Anwalt, Juan Concha, wurde jegliche Akteneinsicht verweigert. Am 13. Januar 1987 lehnte der Oberste Gerichtshof in Santiago den Einspruch gegen das Verfahren ab. Das bedeutet, daß Beatriz Brinkmann ohne zeitliche Festlegung des Prozeßbeginns inhaftiert bleibt. Die Verweigerung der Akteneinsicht macht deutlich, daß selbst die minimalen Voraussetzungen eines rechtsstaatlichen Verfahrens nicht gegeben sind. Der Anwalt von Frau Brinkmann wird unterdessen - ebenso wie andere Anwälte des Solidari-tätsvikariats - selbst bedroht.

Der 12. Kongreß der KINDERHILFE CHILE der Bundesrepublik, der vom 6. bis 8. 2.1987 in Bonn stattfand, forderte die Bundesregierung auf, sich für die sofortige bedingungslose Freilassung von Beatriz Brinkmann einzusetzen.

Aktionen für die Freilassung von Beatriz Brinkmann umfassen: eine Unterschriftensammlung zugunsten einer Resolution an Außenminister Genscher, die ihm Ende März überreicht werden soll; eine Postkartenaktion zugunsten weiblicher politischer Gefangener in Chile sowie Postkarten an den Militärstaatsanwalt, den Gouverneur von Valdivia und Beatriz Brinkmann.

INFORMATIONEN (z.B. eine Liste der inhaftierten Frauen und Zeugenaussagen), POSTKARTEN UND DIE RESOLUTION FÜR GENSCHER SIND ZU BESTELLEN BEI:

Initiative "Freiheit für Beatriz Brinkmann"
c/o Ulrike Alms-Hartwig
Goldbergstr. 17
3550 Marburg 7
Tel.: 06421 / 42403

Briefe an Beatriz Brinkmann (in spanischer Sprache!) sind zu richten an:

Señora Beatriz Brinkmann
Centro de Detención Preventiva
Isla Teja
Valdivia
CHILE

LETZTE MELDUNG:

Am 19.3. schloß sich Beatriz Brinkmann dem Hungerstreik der politischen Gefangenen an. (siehe Artikel in diesem Heft)

Aufruf zur Unterstützung des Referendums gegen das Amnestiegesetz in Uruguay



Am 22.12.1986 verabschiedete das Parlament von Uruguay gegen die Stimmen der linken Opposition und auch gegen die von Teilen der bürgerlichen Parteien ein Gesetz, das alle Polizei- und Militärangehörigen, amnestiert, die sich während der Zeit der Militärdiktatur zwischen 1973 und 1985 nachweislich schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben.

Während dieser Zeit gab es in Uruguay über 50.000 politische Gefangene (bei einer Bevölkerung von ca. 3 Millionen war das jeder sechzigste), von denen alle über längere Zeit schwer gefoltert wurden.

- Als Folge des "schmutzigen Krieges" gelten heute 300 Menschen als vermisst.

Die meisten Namen der dafür verantwortlichen Personen sind bekannt.

Die vor kurzem erst wiedererlangte Demokratie kann für die uruguayische Bevölkerung nicht glaubwürdig sein, solange es noch möglich ist, jeden Tag seinem ehemaligen Folterer auf der Straße zu begegnen.

Auf Initiative der Organisation der "Mütter und Angehörigen der Verhafteten und Verschwundenen", unterstützt von verschiedenen sozialen und politischen Organisationen, wird seit dem 22.2.87 eine Unterschriftensammlung mit dem Ziel durchgeführt, einen Volksentscheid über dieses bereits beschlossene Gesetz zu erzwingen. Sollten 25% der Wahlberechtigten dieses Vorhaben unterstützen, sieht die Verfassung die Möglichkeit eines solchen Plebiszits vor.

DIESE KAMPAGNE KOSTET GELD!

Deswegen rufen wir alle Privatpersonen, Gruppen und Organisationen, die diese Initiative unterstützen wollen, zu Spenden auf.

Spendenkonto: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
Postgiroamt Berlin, Kto. Nr. 67958-100
Sonderkonto, Stichwort "Uruguay"

Zusätzliches Informationsmaterial kann bei der "Initiative Pro-Referendum" (Postadresse beim FDCL) angefordert werden.

In Berlin sind in den nächsten Wochen Informationsveranstaltungen zum Thema geplant (s.u. Termine)

Keine Kinderpatenschaften!

terre des hommes Deutschland distanziert sich von terres des hommes Lausanne

Die Kinderhilfsorganisation terre des hommes Deutschland hat sich von Spendenaufrufen der "terre des hommes Kinderhilfe" aus Lausanne in der Schweiz distanziert. In einer am Mittwoch in Osnabrück veröffentlichten Erklärung wies terre des hommes Deutschland darauf hin, daß zwischen beiden Hilfswerken kein organisatorischer Zusammenhang mehr bestehe. Die von der Schweizer Organisation angebotenen Kinderpatenschaften für Kinder aus der Dritten Welt würden bei tdh Deutschland nicht mehr vermittelt, da sie sich als entwicklungspolitisch nicht sinnvoll erwiesen hätten. Spender könnten bei tdh Deutschland sog. Projektpartnerschaften übernehmen, mit denen nicht Einzelpersonen, sondern Gemeinschaften zur Selbsthilfe unterstützt würden.

tdh Lausanne ist die Ursprungsorganisation der europäischen tdh-Sektionen, die es mittlerweile in acht Ländern gibt und die in einer Föderation zusammengeschlossen sind. tdh Lausanne hatte die Föderation 1973 verlassen, da unterschiedliche Auffassungen über Arbeitsmethoden und über die Kriterien für Hilfe in der Dritten Welt bestanden.

Seit kurzem wirbt tdh Lausanne mit Anzeigen, die auch in der Bundesrepublik erscheinen ("Ein Kind, eine Partnerschaft ... die Geschichte einer Liebe") für Kinderpatenschaften. "Wir nehmen uns mißhandelter, unterernährter, verlassener Kinder an", heißt es im Text. "Wir erlösen sie von den extremen Qualen, ernähren und erziehen sie. Und wir lieben sie."

Auch tdh Deutschland hatte bis in die siebziger Jahre Kinderpatenschaften vermittelt, jedoch lernen müssen, daß sich mit dieser Form der Hilfe nichts ändert. Die Kinder werden lediglich für einen begrenzten Zeitraum aus ihrer Not herausgeholt, um später wieder ins Elend entlassen zu werden. Seitdem fördert tdh Deutschland Projekte von solchen Menschen in der Dritten Welt, die sich zusammengeschlossen haben, um gemeinsam ihre Lebensbedingungen und die ihrer Kinder zu verbessern.

(aus: terre des hommes an die presse, 11.3.1987)

Orientierungsgruppe für Lateinamerikaner

Im Rahmen des Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile - Lateinamerika (FDCL) arbeitet eine Gruppe von Lateinamerikanern und Deutschen, die sich mit den zahlreichen Problemen von in Berlin im Exil lebenden Lateinamerikanern beschäftigt.

Die Gruppe hat das Ziel Hilfestellung bei der Lösung dieser Probleme zu geben: Aufenthaltsrecht, Arbeit und oder Studium, Wohnung, Sozialversicherung und Probleme der allgemeinen Orientierung in der Umwelt.

Die Gruppe gibt keine direkte juristische Beratung. Sie hat auch nicht die Möglichkeit wirtschaftliche Hilfen zu geben (dazu fehlen der ausschließlich ehrenamtlich arbeitenden Gruppe die Mittel).

Über die Notwendigkeit der direkten Hilfestellung bei konkreten Problemen hinaus hat sich die Notwendigkeit gezeigt, eine Gruppe zu haben, in der Schwierigkeiten der Exilierten offen angesprochen und gemeinsam Wege der Überwindung gesucht werden können.

Gerade das Phänomen des Exils erfordert eine interdisziplinäre Zusammenarbeit, um auf die Bedürfnisse eingehen zu können, die durch die erzwungene kulturelle Anpassung entstehen. Die in diesem Zusammenhang auftauchenden Probleme betreffen u.a. das Familienleben, Arbeit und Studium; eine wichtige Rolle spielen Situationen der Isolation, der Zurückweisung durch die Umgebung, die Suche nach künstlichen Fluchtwegen; auch die Alternative zwischen Rückkehr in die jeweiligen Heimatländer und der Integration wird immer mehr zu einem wichtigen Thema.

Die Gruppe hat zur besseren Arbeit zwei Termine in der Woche:

MITTWOCH, 17 - 18 Uhr: Besprechung von Problemen aus den Bereichen Aufenthaltsrecht, Wohnung, Arbeit und Studium, Versicherung u.ä.

SAMSTAG, 17 - 18.30 Uhr: Besprechung von allgemeinen Problemen mit der Umwelt, vor allem derjenigen, die eine Folge der Exilsituation sind.

ORT: FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1^oBerlin 61, Aufgang 3, 5. Stock. Tel: 693 40 29.

Zeitschriftenschau

ila-info Nr.103, März 1987

Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Flüchtlinge - kein gelobtes Land in Sicht; die Beiträge möchten den Blick auf die weltweite Völkerwanderung der Armen, Unterprivilegierten und Vertriebenen lenken und plädieren für eine andere Schwerpunktsetzung in der aktuellen Asyl-Diskussion - Neben den "Thesen zur Weltflüchtlingsfrage" von medico international enthält der Schwerpunkt Artikel zur Flüchtlingssituation in Zentralamerika, zum Einsatz von Flüchtlingen als Billigarbeiter und zur besonderen Diskriminierung weiblicher Flüchtlinge. Weitere Beiträge: Guatemala vor dem Besuch Richard von Weizsäckers, Hintergründe des Contra Netzwerks in den USA, radioaktives Molkepulver für Brasilien, der Vatikan und die Verschuldung, drei Beiträge zur Musikszene Lateinamerikas, ein Diskussionsbeitrag zum taz-Konto "Waffen für El Salvador", der Aufruf zum 11.BUKO in Fulda und die Rezension von Büchern zur Entwicklungspolitik nach der Wende.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ 5/1986

Postfach 2346, 2000 Hamburg 20

Themenswerpunkt ist die industrielle Entwicklung in Indien und ihre Neubestimmung durch die derzeitige Regierung. Weitere Beiträge zur Computer- und Rüstungsindustrie, zu Indiens Rolle als Entwicklungshilfe-Geber sowie zur Bedeutung der indischen Privatindustrie. Letztere wird an zwei indischen "Multis", den Birlas und Tatas aufgezeigt. Die sozialen Auswirkungen der "neuen Wirtschaftspolitik" sind ein weiterer Schwerpunkt. Außerdem enthält die Ausgabe einen ausführlichen Informationsteil zu den einzelnen Bundesstaaten und Unionsterritorien.

BOLIVIA - SAGO-Informationsblatt Nr. 63, Januar/Februar 1987

Wittenbergplatz 3a, 1000 Berlin 30

Das neue ökonomische Programm / Bekämpfung der Hyperinflation / Folgen der Sparpolitik / der Hungerstreik und sein Ende / das Gesicht der Arbeitslosigkeit / Quinoa-Anbau in großer Stile / Wie sinnvoll ist Technologie-Transfer? / Interview zur Solidaritätsarbeit / Kurznachrichten / Zeitschriftenschau

epd-Entwicklungspolitik 3/1987

Friedrichstr.2-6, 6000 Frankfurt 1

"Hauptsache, sie fangen Mäuse": zur Rüstungsexport Chinas / Evangelikale blind für die Unterdrückung in Südafrika / Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung / Infos: Weltbank fördert weiter uzstitrenes Projekt für Brasilien; Weltbank gründet Risikoversicherung für Investoren; in Brasilien blüht Schweizer Asbestproduktion / Dokumentation: Vatikandokument zur Verschuldungskrise!

epd-Entwicklungspolitik 4/1987

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 1

Können Bio- und Gentechnologie den Hunger in Entwicklungsländern verringern? / Tausende von iranischen Flüchtlingen in der Türkei droht die Abschiebung in den Iran / Raketen und Aufrüstung in Nahost / Infos: Weizenlobby in der USA / Auslandschulden werden zu Investitionskapital, ein problematischer Weg.

epd - Entwicklungspolitik 5/6/87

Friedrichstr. 2 - 6, 6000 Frankfurt 1

In Indien gibt es eine große Zahl von Basisinitiativen, die in erstaunlichem Umfang von Frauen getragen werden. Ein Interview mit einer Frau aus einem indischen Elendsviertel zeigt, wie sehr sich traditionelles Rollenverhalten ändert. Mit dem Stichwort "Interkulturelle Theologie" befasst sich Werner Simpfendorfer. Infos: Verschuldung der Entwicklungsländer gestiegen / Indische Pharmahersteller profitieren von Liberalisierung / Konflikt um mexikanisches AKW / Grüne Partei in Brasilien? / Hungerkrise durch Contras in Mosambik.

blätter des iz3w, Nr. 140, März 1987

Postfach 5328, 7800 Freiburg

Themenschwerpunkt: Neue soziale Bewegungen in der Dritten Welt

Neue soziale Bewegungen in den Industrienationen / Fordismus und neue soziale Bewegungen / Fordismus und die Dritte Welt / Vamos Mujeres - Zur Frauenbewegung in Chile heute / Brasilien: Stadtteilbewegung - Landlosenbewegung - Straßenkinder in Brasilien: Hilfe zur Selbsthilfe.

Der Irak im Golfkrieg / Interview mit einem iranischen Asylbewerber / Zum Export atomar verseuchter Lebensmittel in die Dritte Welt.

AIB 4/1987

Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Schwerpunkt: US-Außenpolitik: Beiträge zur Reagan-Doktrin und "Low Intensity Conflict", zur Iran-Contra-Affäre, zur US-Strategie im Nordwestpazifik und zur Funktion der Cruise Missiles.

Weitere Themen: Südafrika: Bilanz des Widerstands unter dem Ausnahmezustand / Namibia: Interview mit Sam Nujoma / Äthiopien: Verfassungsreferendum / Guinea-Bissau: Ausweg aus der Dauerkrise? / Libanon: Hintergründe des syrischen Einmarschs in Beirut / Philippinen: Schwere Zeiten für die Linke? UdSSR: Rüstungstransfers in die Dritte Welt / Energie: Braucht die Dritte Welt AKW's?

EINGEGANGENE BÜCHER

AK Nicaragua: Propaganda des Krieges - Wintermänner der Contra: "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte". Dokumentation. 1987. Bezug: AK Nicaragua, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Frauengruppe El Salvador u.a. (Hg.): Frauen in El Salvador im Kampf gegen Krieg und Repression. 1987. Bezug: Zentralamerika Komitee, Belthlestr.40, 74 Tübingen

Lühr / Schulz (Hg.): Zur Öffentlichkeitsarbeit entwicklungspolitischer Organisationen in Berlin. Breitenbach Publishers, Saarbrücken - Fort Lauderdale 1987

Otto Benecke-Stiftung (Hg.): Politische Betätigung von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland. Referate anlässlich eines Expertengesprächs für Asylrichter. 13.-14.10.1986 in Bonn. Nomos-Verlag, Baden-Baden 1987

Termine

11. BUNDESKONGRESS ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTIONSGRUPPEN
28.5.-31.5.1987 in Fulda

"ELENDE SCHULD - UNVERSCHULDETES ELEND"

Der 11. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen soll zum Kampf gegen die Strukturen und Mechanismen der internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen beitragen und die Solidarität mit den vom "verschuldeten Elend" Betroffenen gegen die Verursacher der "elenden Schuld" stärken.

Veranstalter: Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nerstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.040/393156

RUND-UM-WELT

UMWELT IN ENTWICKLUNG - 3.WELT

In Zusammenarbeit mit der katholischen Studentengemeinde soll in der Vortragsreihe des VFLU (Verein zur Förderung von Landwirtschaft und Umweltschutz in der Dritten Welt e.V.) beispielhaft anhand verschiedener Länder der 3.Welt eine Bestandsaufnahme gemacht und auf mögliche alternative Entwicklungen hingewiesen werden.

Es finden 14-tägig DIAVORTRÄGE statt, jeweils Montags um 20.00 Uhr in der Katholischen Studentengemeinde (KSG) am Ballplatz 5 in MAINZ.

Näheres bei: VFLU, Mainzer Str.14, 6501 Stackeden-Elsheim 2
Tel. 06130/460, werktags nach 17.00 Uhr

FÖRDERUNGSWERK für rückkehrende Fachkräfte der Entwicklungsdienste

Mit den Themen wird sich an die Rückkehrer der sechs deutschen Entwicklungsdienste gewandt. Ziel des Seminarprogramms ist es, diesen Kreis ehemaliger Entwicklungshelfer zu eigener entwicklungspolitischer Informationsarbeit zu ermutigen, um die Belange der Dritten Welt in unserer Bevölkerung bekannt zu machen.

Das Seminarprogramm sowie weitere Informationen sind zu erhalten beim FÖRDERUNGSWERK, Scheffelstr.4, 6140 Bensheim 3, Tel. 06251/73023 oder 73024

SEMINAR: SOWJETUNION UND DIE DRITTE WELT

vom 3.-5.4. in der evangelischen Jugendakademie Radevormwalde

An Beispielen von Cuba, Mozambique, Nicaragua, Zimbabwe und Afghanistan soll diese bei den meisten Gruppen bisher nicht zur Diskussion stehende Thema angesprochen werden. Anhand der erwähnten Länder wird dann Historisches und Aktuelles der Sowjet-Politik referiert und diskutiert.

Anmeldung: BuKo, Nerstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.040/393156

SEMINAR: AUTONOMIE AN NICARAGUAS ATLANTIKKÜSTE

Das Informationsbüro Nicaragua e.V. bietet ein Seminar an, bei dem auf dem Hintergrund allgemeiner Nicaragua-Kenntnisse die aktuelle Lage an Nicaraguas Atlantikküste aufgearbeitet werden soll. Im Mittelpunkt wird die Situation der ethnischen Minderheiten sowohl in Nord- als auch in Südzelaya stehen. Darüberhinaus ist beabsichtigt, zukünftige Aktivitäten und Projektunterstützungen für diesen Teil des Landes zu beraten.

Ort des Seminars ist Vreden in Westfalen.

Schriftl. Anmeldung und Information: Informationsbüro Nicaragua e.V., Postfach 101320, 56 Wuppertal 1

URUGUAY: KAMPAGNE GEGEN DAS AMNESTIEGESETZ FÜR MILITÄR- UND POLIZEIANGEHÖRIGE

Dias und Informationen zum Amnestiegesetz und die Kampagne für ein Plebiszit über dieses Gesetz.

Veranstalter: Comité Pro-Refrendum, FDCL

Im FDCL (Mehringhof), Gneisenausstr. 2, 1000 Berlin 61, Aufgang 3 5. Stock

Am Freitag, den 10. April 1987 um 19.30 Uhr

HAITI: Historisches, Kulturelles, aktuelle gesellschaftliche und politische Entwicklungsprozesse, Perspektiven der Zukunft.

VERANSTALTER: Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung/GEB

TERMIN: 15. - 17. Mai 1987

ORT: Frille bei Minden / Westfalen

Information, Anmeldung und MfG über GEB, Klaus Kittsteiner, Ringstr.83, 1000 Berlin 45, Tel: 030/833 28 25

WANDERAUSSTELLUNG: IM NAMEN DES DOLLARS INS ELENDE - SCHULDENSKLAVEREI AM BEISPIEL PERU

Endlich ist sie fertig:

Die Wanderausstellung zur Verschuldungseskalation.

Auf 27 DIN A 1 Plakaten werden die Zusammenhänge der Verschuldungssituation der "3. Welt" am Beispiel Peru dargestellt:

- IWF + transnationale Banken
- "Stabilisierungs"-Politik konkret: soziale Auswirkungen, Widerstand
- deutsch-peruanische Beziehungen
- Lösungsvorschläge ??

Die Aufstellung eignet sich als Einführung in die Problematik.

Zu entleihen über:

Christine Manske/

Jürgen Steinhäuser

Soester Str. 62

4400 Münster

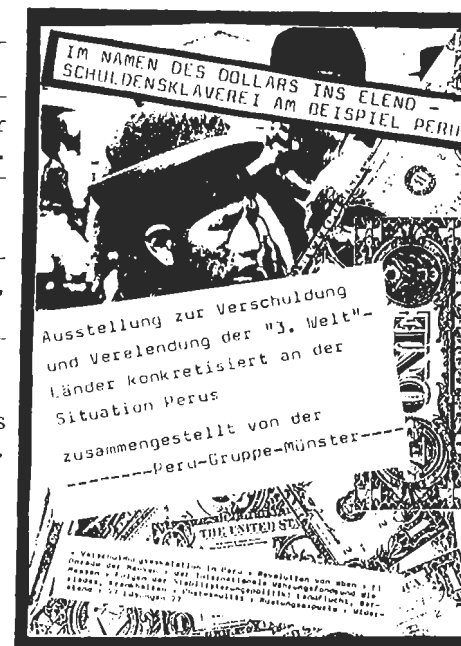
Tel.: 0251/662109

oder

Gustav Kriener, Staufenstraße 37, 4400 Münster

Tel.: 0251/375393

!!! Ihr tragt nur die Transportkosten !!!



Der ESPACE BARTHELEMY DE LAS CASAS unter Leitung von François BIOT op bietet eine deutsche Ausgabe seines in Frankreich gerade mit grosser Resonanz begonnenen Fernkurses an

die BEFREIUNGSTHEOLOGIE

Zehn Beiträge von lateinamerikanischen Korrespondenten und Kennern berichten über Ursprünge, Bedeutung und Aktualität dieser christlichen Glaubenspraxis.

Option A: zehn Beiträge über 18 Monate 85 DM

B: " mit individuellen Bearbeitungs-
vorschlägen und Rückkorrektur 115 DM

Einschreibeunterlagen und Details:

Espace Barthélémy de las Casas, BP 105, F-69210 L'ARBRESLE

**SPANISCH
LERNEN**

**an der
Costa Verde**

**In
COMILLAS**

Am Meer/Provinz Santander

2 Wo Kurs m. Unterkr. 610,-/690,-

4 Wo Kurs m. Unterkr. 970,-/990,-

Kinderbetreuung
Reiten, Wandern etc.
Land und Leute kennenlernen

Info/Anmeldung

M. Zubiri

Weberstr. 31, 6 Frankfurt/M. 1

☎ 069/59 98 07 oder 55 37 19

C.E.C.

Centro Español de Comillas

**FRAUEN IN
EL SALVADOR**

**im Kampf gegen
Krieg und Repression**

Herausgeberinnen: Frauengruppe El Salvador

Maria Carranza

Tübingen / Bochum

Inhalt: In El Salvador herrscht Krieg

Zur Geschichte El Salvadors

Frauen organisieren sich

Lokale Volksmacht PPL

"Ohne die Beteiligung der Frauen gibt
es keine Revolution"

64 Seiten DM 4,- (zzgl. Versandkosten)

Bezug: Zentralamerika Komitee

Belthlestr. 40

7400 Tübingen

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift
für libertäre Kultur und Politik

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Bildung eines libertären Gegenraums (Libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.



Inhalt von Nr.23

★ Gentechnologie, Mönnersprache,

★ Antipädagogik, Soziale Bewegungen,

★ Neokonservative, Anarchafeminismus – Bericht über das letzte FU-Treffen von Friederike Kannann

★ RAF-Kritik und autonome Selbstreflexion – von Lupus aus Frankfurt

★ Spassguerilla – über notwendige Aktionen ganz anderer Art zusammengestellt von Wolfgang Haug

★ § 130a, Kessel-Treiben und andere freihändig erprobte Herrschaftsmittel

★ Neokonservatismus am Beispiel Späths – Libertäre Initiative Tübingen

★ Spanienfilme – über den ideologisch-politischen Standort ihrer Macher von Jörg Auberg

★ Von der FAUD zur NSDAP – eine Dortmunder Gruppenentwicklung nachgezeichnet von Andreas Müller

★ Der arme Teufel – Robert Reitzel neuentdeckt, eine Rezension von Heinz Hug

Einzelnummer: 5,- DM

SF-Abonnement: 15,- DM

Sondernummer ARBEIT: 5,- DM

Sonderdruck: SF 0-12: 10,- DM

Redaktion Schwarzer Faden

Postfach

7031 Grafenau-1

PSK Stuttgart, Kto.-Nr. 57463-703

**FRAUEN IN
MEXIKO**

**BEWEGUNG
IN
SLUMS**

HERAUSGEGEBEN VOM AKTIONSZENTRUM DITTE WELT E.V. - HAMBURG

Aus dem Inhalt:

- Die Rolle der Frau in der mexikanischen Revolution und was daraus geworden ist

- Mexikanische Frauen und Machismo

- Frau und Arbeit in mexikanischen Städten

u.v.m.

72 Seiten A4

DM 5,50

Bezug: Aktionszentrum

Dritte Welt e.V.

Nernstweg 32

2000 Hamburg 50

Edition FDCL 8

Manfred Ernst / Sönke Schmidt Hrsg.

**Demokratie in
Costa Rica**

ein
zentralamerikanischer
Anachronismus?



Costa Rica – vorgeblich neutrale »Musterdemokratie« Zentralamerikas – wird in die Destabilisierungspolitik der USA gegen Nicaragua einbezogen. Strenge Austeritätspolitik polarisiert die Gesellschaft in arm und reich. 70% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Oppositionelle Forderungen werden zunehmend mit repressiver, autoritärer Politik beantwortet.

Januar 1986, 224 Seiten und 16 Bildseiten DM 19,80
ISBN 3-923020-07-4

In Ihrer Buchhandlung oder bei:

LN-Vertrieb, Gnelsenaustr. 2, D-1000 Berlin 61